



TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
BERLIN



Ringbahntrasse Berlin-Neukölln



SiQua – Sicherheitsanalysen und -vernetzung für Stadtquartiere im Wandel

Michael Hahne
Zentrum für Technik und Gesellschaft
TU Berlin
Kaiserin-Augusta-Allee 104
D - 10553 Berlin

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

SiQua

Inhalt

Teil 1 Einführung

1	Einleitung.....	2
2	Fallstudiengebiet Ringbahntrasse	2

Teil 2 Subjektive Sicherheitswahrnehmung

1	Quantitative Untersuchung zur Sicherheitswahrnehmung.....	10
2	Qualitative Untersuchung zur Sicherheitswahrnehmung.....	15
3	Wahrnehmung der Polizei.....	42
4	Problembewertung und Konstitution des Unsicherheitsempfindens.....	45

Teil 3 Kooperative Sicherheitsproduktion

1	Akteurs- und Kooperationslandschaft.....	53
2	Wahrnehmung und Zusammenarbeit zwischen den Akteur*innen	56
3	Praxisbeispiele kooperativer Sicherheitsproduktion	61
4	Gelingensbedingungen und Handlungsempfehlungen	77
	Literaturverzeichnis	82

Teil 1 Einführung

1 Einleitung

Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Verbundprojekt *Sicherheitsanalysen und -vernetzung für Stadtquartiere im Wandel* (SiQua) verfolgte das Ziel, kommunale Probleme von Sicherheit und Sicherheitswahrnehmung mit Bezug zu Flucht, Migration und Integration aufzuzeigen und die Kompetenz von Sicherheitsakteur*innen im Umgang mit diesen aktuellen und sich weiterhin verändernden Herausforderungen zu stärken. Im Rahmen des Projekts, an dem neben der TU-Berlin auch die Deutsche Hochschule der Polizei, die Universität Potsdam, die TU-Dresden, und die Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May“ beteiligt waren, wurden in drei Städten (Berlin, Dresden, Essen) in insgesamt neun Fallstudien auf Quartiersebene die Sicherheitswahrnehmung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen sowie die Erfolgsbedingungen quartiersorientierter kooperativer Sicherheitsproduktion untersucht. In Berlin waren neben der hier beschriebenen Fallstudie Ringbahntrasse auch der Bereich obere Sonnenallee, das Gebiet Buckow, Wedding Mitte sowie in Friedrichshain das Gebiet rund um den Boxhagener Platz beteiligt.

Der vorliegende Stadtquartiersbericht befasst sich mit dem Fallstudiengebiet Ringbahntrasse. In Teil 1 geht es um die Frage der subjektiven Sicherheitswahrnehmung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und in Teil 2 um die kooperative Sicherheitsproduktion. Die dem Bericht zu Grunde liegenden empirischen Erhebungen wurde im Zeitraum zwischen Juli 2018 und Juni März 2020 durchgeführt. Coronabedingt konnte die Erhebung nicht vollumfänglich abgeschlossen werden.

2 Fallstudiengebiet Ringbahntrasse

2.1 Sozialräumliche Daten

Das Fallstudiengebiet Ringbahntrasse (vgl. Abb. 1) erstreckt sich entlang der Ringbahntrasse, angefangen auf Höhe des Tempelhofer Feldes bis hin zur S-Bahnstation Sonnenallee und schließt damit die Stationen Hermannstraße und Berlin-Neukölln ein. Südlich eingegrenzt von der Silbersteinstraße und ihrer Verlängerung, der Lahnstraße sowie der Saalestraße bis hin zur Sonnenallee befinden sich die für das Gebiet prägenden Wohngegenden nördlich der Ringbahntrasse. Im Osten endet der Fallstudienraum mit dem nördlichen Ende des Richardplatzes und seiner Verlängerung bis zur Sonnenallee. Richtung Westen stellt die Thomasstraße die nördliche Grenze dar, sowie die Okerstraße oberhalb der Verlängerung des St. Thomas-Kirchhofes. Damit schließt das Gebiet einen kleinen Teil des Schillerkiezes ein, beziehungsweise des LORs Schillerpromenade. Neben dem weniger bewohnten westlichen Abschnitt, zugehörig zum LOR Silbersteinstraße, in welchem sich neben dem St. Thomas Kirchhof auch der St. Jacobi Friedhof befindet, liegen somit primär der Körnerpark und südliche Richardkiez mit zentralen Plätzen im Fallstudienraum.

2.1.1 Bevölkerungsstruktur¹

¹ Die Zahlen zu Bevölkerung und Alter beziehen sich auf das Jahr 2019.

Die Bevölkerung im Bereich der Ringbahntrasse, welche von 72.007 Personen bewohnt wird, setzt sich aus vielen heterogenen Gruppen zusammen. 55,01% der Anwohner*innen haben einen Migrationshintergrund². Der Berliner Durchschnitt liegt bei 35%.

63,98% der Bevölkerung im Fallstudiengebiet besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft, davon sind 44,04% deutsche Staatsbürger*innen ohne Migrationshintergrund und 19,88% mit Migrationshintergrund. Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit machen 36,02% der Bevölkerung aus.

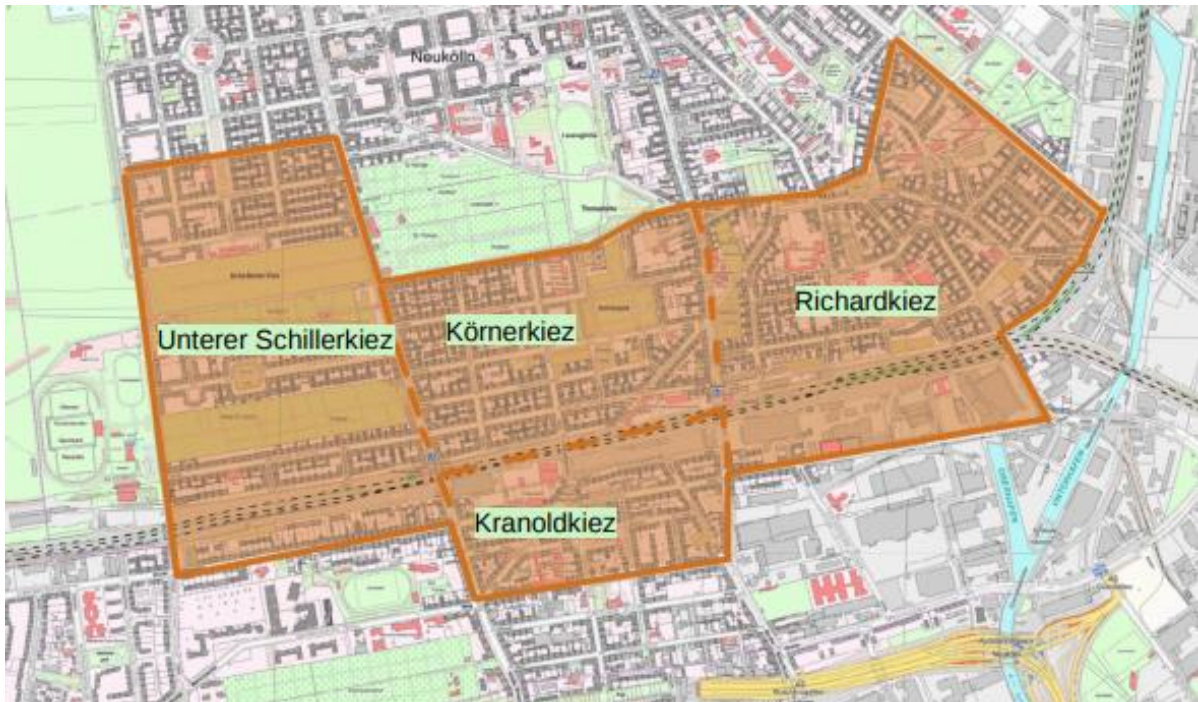


Abbildung 1 Fallstudiengebiet Ringbahntrasse (Karte: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen 2021)

Von den 39.677 Personen mit Migrationshintergrund sind 31,3% aus Ländern der Europäischen Union, wobei Polen mit 5,5% (der Menschen mit Migrationshintergrund), gefolgt von Italien mit 3,64%, Bulgarien mit 3,2% und dem Vereinigten Königreich mit 2,9% die größten Gruppen ausmachen. Der größte Anteil entfällt mit 39,4% auf Menschen aus „Islamischen Ländern“³. Darunter sind vor allem die Türkei mit 19,7%, verschiedene arabische Länder einschließlich Syrien⁴ mit 15,7%, worunter wiederum der Libanon mit 6% die größte Gruppe ausmacht. Im Vergleich zu gesamt Berlin ist dies besonders auffällig, denn insgesamt liegt der Anteil an Menschen mit libanesischem Migrationshintergrund nur bei 2,3%. Deutlich höher als im Gesamtberliner Schnitt ist auch der Anteil an Menschen mit Migrationsgeschichte aus dem ehemaligen Jugoslawien, welche im Bereich der Ringbahntrasse 8,4% ausmachen, in

² Das Statistische Bundesamt definiert dies wie folgt: „Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Im Einzelnen umfasst diese Definition zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer, zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte, (Spät-) Aussiedlerinnen und (Spät-) Aussiedler sowie die als Deutsche geborenen Nachkommen dieser Gruppen.“ (Statistisches Bundesamt 2020). Vertriebene des Zweiten Weltkriegs werden nicht in diese Gruppe einbezogen.

³ Dazu werden vom Amt für Statistik alle Mitglieder der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) einschließlich Syriens gezählt (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2020). Die OIC hat 56 Mitgliedstaaten.

⁴ Als Arabische Länder versteht das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2020) alle Mitglieder der Arabischen Liga: Ägypten, Algerien, Bahrain, Dschibuti, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Komoren, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Mauretanien, Oman, Saudi-Arabien, Somalia, Sudan, Syrien, Tunesien, Vereinigte Arabische Emirate und Palästinensische Gebiete.

Berlin insgesamt jedoch nur 2,3%. Ähnliche Differenzen gelten auch für Menschen mit italienischem, bulgarischem oder britischem Migrationshintergrund, welche je etwa 2% über dem Schnitt liegen. Größer ist der Unterschied im Bereich der „Islamischen Länder“, welche in Berlin gesamt um 27% niedriger sind (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2020).

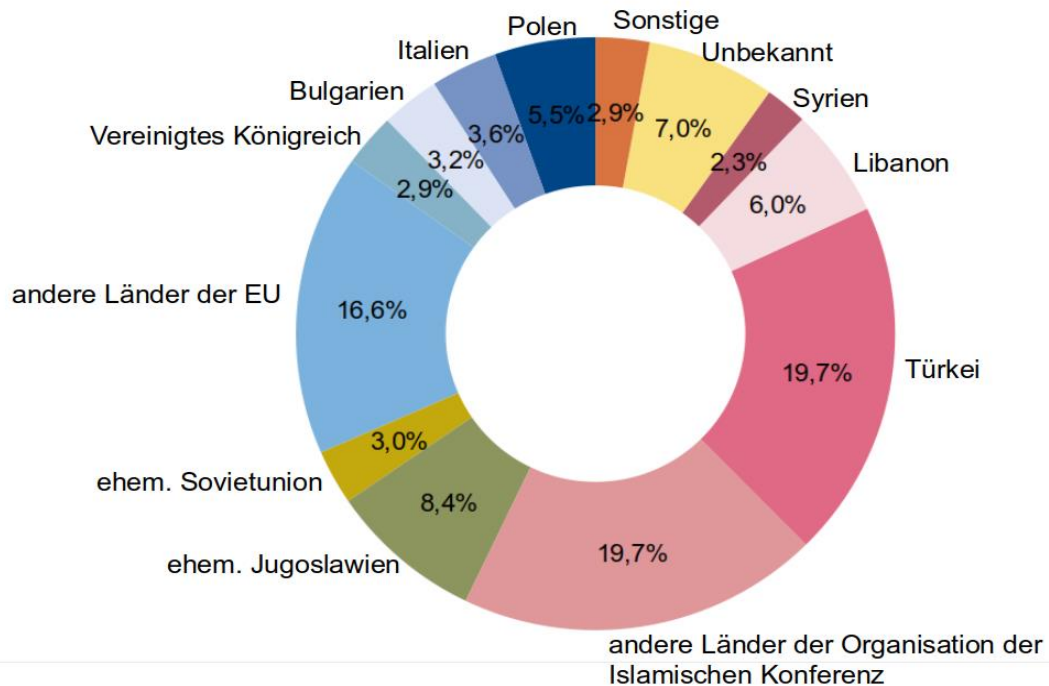


Abbildung 2 Einwohner*innen nach Migrationshintergrund

2.1.2 Altersstruktur

Das Fallstudiengebiet hat eine vergleichsweise junge Bevölkerung. Die größte Altersgruppe machen mit 43,3% die 27-45-Jährigen aus, gefolgt von den 45 bis 65-Jährigen, welche 20,8% der Bevölkerung stellen. 13% der Einwohner*innen sind unter 15 Jahren, 2,1% im jugendlichen Alter (15-18), und 11% zwischen 18 und 27. Lediglich 9,7% sind älter als 65 Jahre, in ganz Berlin ist dieser Anteil mit durchschnittlich 19,1% deutlich höher. Insgesamt ist die Altersstruktur im Fallstudiengebiet somit jünger als im Berlin-weiten Vergleich. Dort ist vor allem der Anteil der 27 bis 45-Jährigen mit fast 29% deutlich geringer, sowie der Anteil der über 45-Jährigen höher. Die Anteile der unter 27-Jährigen unterscheiden sich eher geringfügig.

Vergleicht man innerhalb des Fallstudiengebiets weiter die Altersstruktur der Menschen mit Migrationshintergrund mit dem Fallstudiengebiet insgesamt, so fällt auf, dass die Gruppe mit Migrationshintergrund eine noch jüngere Bevölkerung aufweist. So machen hier beispielsweise die unter 15-Jährigen 17,8% aus, während die über 65-Jährigen nur 6,9% ausmachen (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2020).

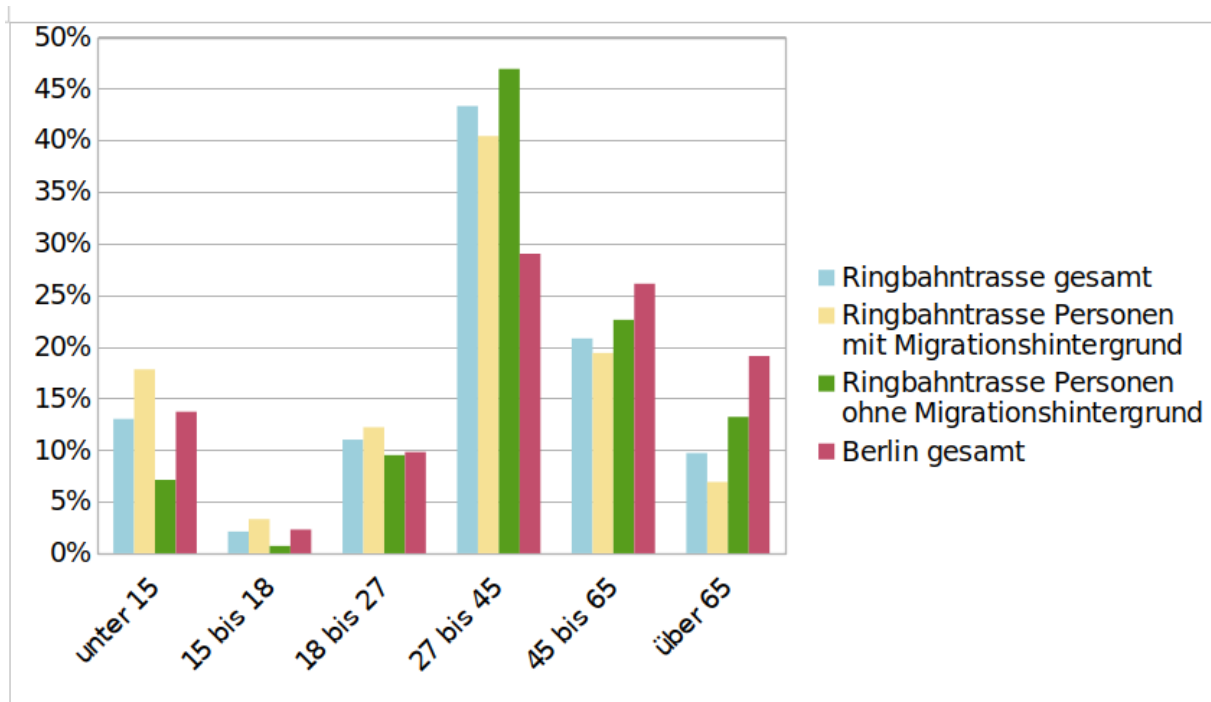


Abbildung 3 Vergleich der Altersstruktur

2.1.3 Soziale Lage⁵

Verschiedene Indikatoren zur sozialen Lage weisen darauf hin, dass es im Fallstudiengebiet mehr Menschen in prekärer Lebenssituation gibt als im Schnitt. Der Anteil der Arbeitslosen ist mit 10,2% und der Langzeitarbeitslosen mit 3,2% jeweils deutlich größer als im Berliner Durchschnitt (6,2%, bzw. 2%). Der Anteil der Transferleistungsbezieher*innen (Grundsicherung sowie ALG-II) ist mit 25,3% und der Anteil der Kinder (unter 15 Jahren), die von Kinderarmut betroffen sind, mit 57,4% sogar mehr als doppelt so hoch als im Durchschnitt (12,2%, bzw. 27%) (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin 2017a). Schließlich liegt auch die Altersarmut, mit 18,1% im Fallstudienraum weit über dem Berliner Schnitt von 5,9% (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin 2017b).

Gleichzeitig zeigte sich im Jahr 2017 ein eindeutig positiver Trend im Rückgang des Anteils an Transferbezüglern und Kinderarmut, welche um 5,8%-Punkte sank, im Berliner Schnitt aber lediglich um 1,6%-Punkte abnahmen (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin 2017a). Es kann vermutet werden, dass dies auf den starken Zuzug von Mittelschichtsfamilien zurückzuführen ist.

⁵ Die Daten beziehen sich auf Erhebungen aus dem Jahr 2016 (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin 2017a).

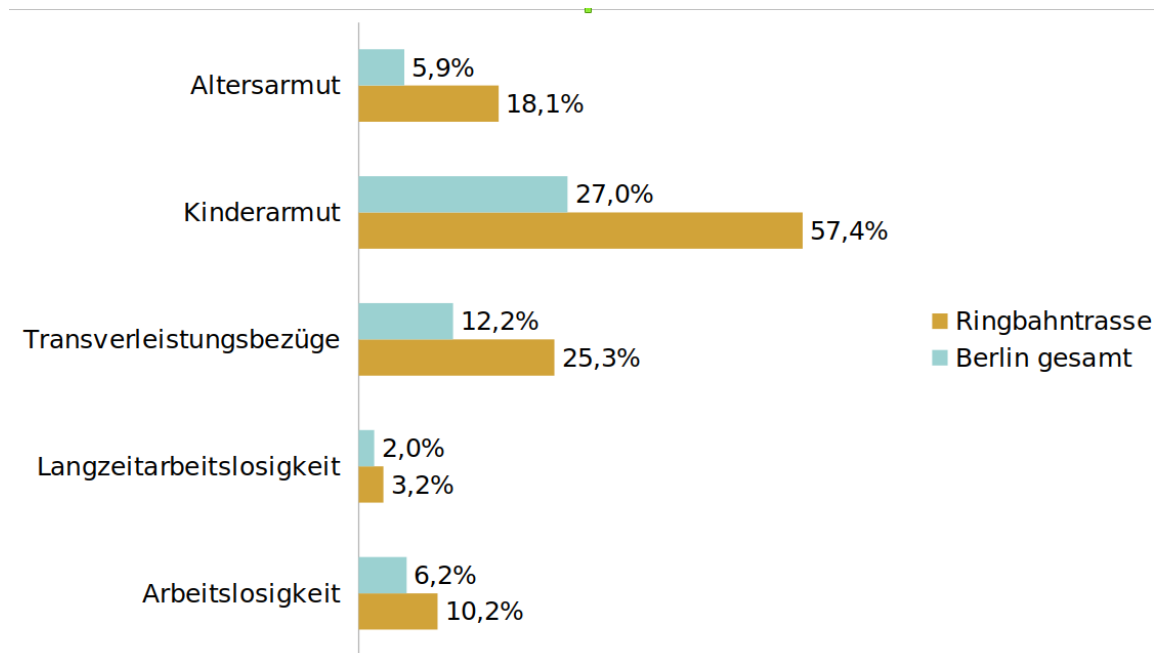


Abbildung 4 soziale Lage

2.2 Kriminalitätslage⁶

Die Daten zur Kriminalitätslage werden von der Berliner Polizei auf Basis der lebensweltlich orientierten Räume (LOR)⁷ ausgewertet. Die unterste Ebene der LOR stellen die Planungsräume dar. Sie sind die Datengrundlage für die vorliegende Auswertung. Das Fallstudiengebiet Ringbahntrassen ist jedoch mit diesen Planungsräumen nicht deckungsgleich. Wie die Karte in Abbildung 5 zeigt, gehen die einzelnen Planungsräume deutlich über das eigentliche Fallstudiengebiet hinaus (dargestellt als schraffierte Bereiche). Die nachfolgende Darstellung der Kriminalitätslage entspricht somit nicht ganz dem tatsächlichen Fallstudiengebiet, sondern gibt dieses mit Abweichungen wieder. Das so erweiterte Gebiet, welches die Datengrundlage für die nachfolgende Auswertung bildet, wird als Summengebiet bezeichnet. Abbildung 5 stellt das Summengebiet als Ganzes dar. Das tatsächliche Fallstudiengebiet ist dort schwarz markiert. Die lila schraffierten Bereiche zeigen die Flächen an, die aufgrund der nur auf LOR-Ebene verfügbaren Daten zusätzlich in die Auswertung eingeflossen sind.

Nachfolgend werden die Kriminalitätslage und besonders häufige sowie in der Öffentlichkeit wahrnehmbare Straftaten für das Summengebiet dargestellt. Zur Einordnung der Zahlen werden diese sowohl mit den Werten für ganz Berlin als auch für den Bereich Nordneukölln verglichen. Zum Bereich Nordneukölln werden hier alle Gebiete Neuköllns, die nördlich des S-Bahnringes gelegen sind gezählt sowie der Bereich Köllnische Heide.⁸

⁶ Die Daten in diesem Bereich beziehen sich auf das Jahr 2018.

⁷ Seit 2012 orientiert sich die Polizei in der Betrachtung der Kriminalitätsbelastung an der dreistufigen Raumbgliederung des Berliner Senats (gemeinsam als LOR bezeichnet). Die LOR wurden 2006 vom Senat eingeführt um eine einheitliche Struktur in der Beobachtung, Analyse und Planung von demografischen und sozialen Entwicklungen zu schaffen (Polizei Berlin- Landeskriminalamt 2020, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin 2019).

⁸ Der Bereich Nordneukölln entspricht den LOR: 080101, 080102, 080103, 080104, 080105

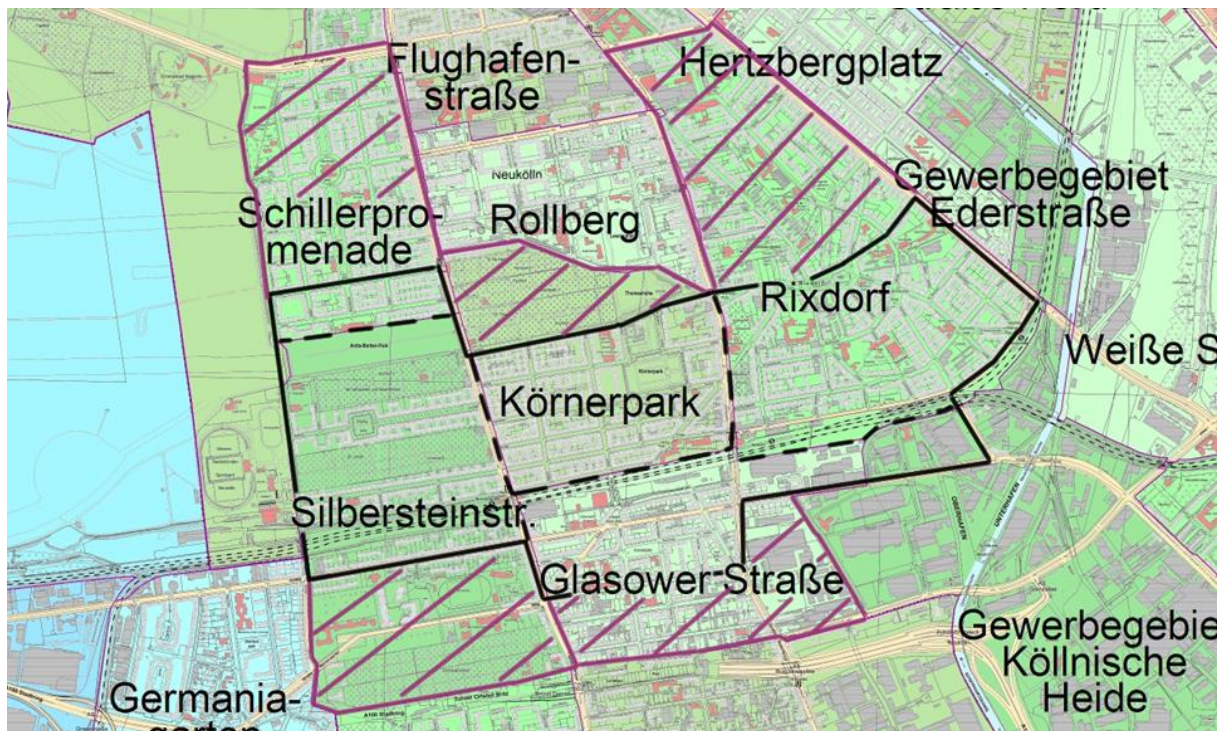


Abbildung 5 Summengebiet der LOR-Planungsräume (lila) und Abgrenzung des Fallstudiengebietes (schwarz) (Karte: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen 2021)

Betrachtet man das Summengebiet fällt zunächst auf, dass die Häufigkeitszahl⁹ der Straftaten um 13% über dem Wert für Gesamtberlin liegt. Dabei fällt auf, dass die Häufigkeitszahl der gesamten Straftaten in den einzelnen Planungsräumen stark variiert. So liegt sie in der Glasower Straße um 129% über dem Berliner Durchschnitt und in der Silbersteinstraße um 16% höher, während die Belastung im Körnerpark und der Schillerpromenade ca. 10% unter dem Durchschnitt liegt. In verschiedenen Teilbereichen fällt die Glasower Straße besonders mit deutlich höheren Werten auf und ist der im Summengebiet am stärksten kriminalitätsbelastete Abschnitt, gefolgt von der Silbersteinstraße.

Den größten Anteil an allen Straftaten macht im Summengebiet mit 42% **Diebstahl** aus, die Häufigkeitszahl für Diebstahl liegt außerdem um 25% über dem Berliner Schnitt. Auch hier fällt besonders der Bereich Glasower Straße auf, welcher eine um 192% höhere Häufigkeitszahl aufweist als Gesamtberlin. Ein genauerer Blick zeigt, dass hier vor allem Ladendiebstahl als besonderer Problemaspekt auffällt. Dieser macht in Bereich Glasower Straße 28,8% der Straftaten aus und war um 856% häufiger als in Gesamtberlin. Gleichzeitig liegen die Häufigkeitszahlen für Ladendiebstahl in den Bereichen Silbersteinstraße (-85%), Körnerpark (-72%) und Rixdorf (-37%) deutlich unter dem Berliner Schnitt. Über die Gründe für den extremen Ausschlag für Ladendiebstahl liegen keine konkreten Erkenntnisse vor. Da sich im fraglichen Gebiet ein großer Supermarkt und mehrere andere größere Einkaufsgeschäfte befinden, die weit über das Gebiet hinaus Publikum anziehen, ist zu vermuten, dass diese bei gleichzeitig relativ geringer Einwohnerzahl die Häufigkeitsziffer stark verzerrt. An diesem Beispiel wird deut-

⁹ Die Häufigkeitszahl gibt die erfassten Straftaten errechnet auf 100.000 Einwohner*innen an (Zahl der begangenen Straftaten x 100.000, geteilt durch die Einwohner*innenzahl). So entsteht eine Zahl, die unabhängig von den tatsächlichen Einwohner*innen angibt, wie häufig bestimmte Straftaten auftraten. Die Häufigkeitszahl drückt damit die Kriminalitätsgefährdung in einem bestimmten Gebiet aus und ermöglicht gleichzeitig Vergleichbarkeit.

lich, wie stark einzelne Werte eines kleinen Teilgebiets das Bild des gesamten Fallstudiengebiets verzerren können. Im Summengebiet ist Ladendiebstahl insgesamt um 63% häufiger als im Berliner Schnitt und stellt damit den Deliktbereich mit der größten Differenz gegenüber Gesamtberlins dar.

Ein weiteres Delikt mit hoher Abweichung zwischen verschiedenen Teilen des Summengebiets stellt der **Wohnungseinbruchsdiebstahl** dar. Im Summengebiet liegt er zunächst sogar 2% unter dem Berliner Schnitt (-3% für Nordneukölln) und fällt damit zunächst relativ wenig auf. Ein Blick in die Teilgebiete zeigt jedoch erhebliche Unterschiede. Während er im Gebiet Körnerpark besonders selten ist, -52% gegenüber dem Berliner Schnitt, liegt er in Bereich Schillerpromenade um 35% darüber. Dies macht deutlich, wie problematisch die Verwendung von PKS Zahlen für großräumige Bereiche sein kann.

Nach den Diebstahldelikten stellen **Rauschgiftdelikte** im Summengebiet die Deliktform mit der größten Abweichung gegenüber ganz Berlin dar. Hier ist die Häufigkeitszahl um 53% erhöht. Im Vergleich zu Nordneukölln jedoch um 16% niedriger. Die am stärksten betroffenen Gebiete stellen Rixdorf mit 84% über dem Berliner Schnitt, sowie Silbersteinstraße (64%) und Körnerpark (69%) dar und damit besonders die Abschnitte, welche größere Parkflächen sowie die Ringbahn- und U-Bahntrasse einschließen, die besonders häufig als Konsumorte genutzt werden. In der Glasower Straße und Schillerpromenade gibt es im Vergleich dazu wesentlich weniger Rauschgiftdelikte.

In Bezug auf die Sicherheit im öffentlichen Raum ist insbesondere die Häufigkeit von **Körperverletzungsdelikten** hervorzuheben, die im Summengebiet im Schnitt um fast 30% höher liegt als in Gesamtberlin und insgesamt 8% aller Straftaten im Gebiet umfasst. Mit Blick auf die einzelnen Teilgebiete fallen die Bereiche Glasower Straße und Silbersteinstraße mit einer deutlich größeren Differenz in der Häufigkeitszahl auf. In beiden Bereichen liegt diese um etwa 80% über dem Berliner Schnitt. Der größte Teil der in der Kategorie Körperverletzung zusammengefassten Delikte entfällt mit mehr als zweidrittel aller Fälle auf einfache Körperverletzungsdelikte. Im Kontrast dazu machen Formen schwerer Gewaltdelikte nur einen relativ kleinen Teil aus. Diese werden unter dem Summenschlüssel „**Gewaltkriminalität**“ in der PKS noch einmal gesondert erfasst und beinhalten verschiedene Delikte schwerer Gewalt, wie Mord und Totschlag, Raub und räuberische Erpressung oder Vergewaltigung und sexuelle Nötigung. Den eindeutig größten Teil machen hier wiederum Formen der gefährlichen und schweren Körperverletzung aus. Da hierzu jedoch auch Taten im privaten Umfeld gehören und diese nicht gesondert geführt werden, lässt sich aus dem Schlüssel Gewaltkriminalität nicht unmittelbar auf die Lage im öffentlichen Raum schließen. Dies berücksichtigend lässt sich sagen, dass die Gewaltkriminalität im Summengebiet im Schnitt 56% höher ist als in Gesamtberlin. Im Bereich der Gewaltkriminalität fallen besonders die Bereiche Silbersteinstraße und Glasower Straße auf, welche um etwa 110% über der Gesamtberliner Häufigkeitszahl liegen. Auch in allen anderen Teilgebieten lag die Häufigkeitszahl deutlich über dem Berliner Schnitt. Diese Befunde machen einerseits deutlich, dass Gewalt ein herausstechendes Sicherheitsproblem im Summengebiet darstellt. Andererseits ist aber auch zu berücksichtigen, dass Gewaltkriminalität generell lediglich 4,3% aller Straftaten im Summengebiet ausmacht, gegenüber einem Anteil von 3,1% in Gesamtberlin.

Für **Sachbeschädigung**, welche besonders in der Wahrnehmung des Straßenbildes prägend ist, liegt die Häufigkeitszahl im Summengebiet um 26% über Gesamtberlin. Die am stärksten belasteten Bereiche sind die Glasower Straße (43% höher) und Rixdorf (33% höher).

Auch im Bereich der **Straßenkriminalität**, welche sich noch konkreter mit der Lage im öffentlichen Raum befasst, ergibt sich ein differenziertes Bild für die verschiedenen Gebietsabschnitte. Die Straßenkriminalität liegt im Summengebiet um 21% über der Gesamtberliner Zahl und ist in den einzelnen

Abschnitten in der Glasower Straße mit 58% über dem Berliner Schnitt besonders hoch. In der Schillerpromenade hingegen liegt die Belastung 2% unter Gesamtberlin und somit deutlich unter den restlichen anderen Teilgebieten (21-24%). Mit 23,5% macht Straßenkriminalität einen beachtlichen Teil der Straftaten im Summengebiet aus, aber nur etwas mehr als in Gesamtberlin (21,9%). Im Abschnitt Körnerpark sind es gar 30,7% der Straftaten, allerdings gibt es hier insgesamt weniger Straftaten als in Gesamtberlin.

Für die Betrachtung der Sicherheit im Kiez ist schließlich von Bedeutung, ob die Täter selbst aus dem Gebiet stammen oder ob es sich bei den Straftaten um Delikte handelt, die durch Personen in das Gebiet „importiert“ wurden, die dort gar nicht wohnen. Dies wird unter dem Summenschlüssel der „**kiezbezogenen Straftaten**“ erfasst. Zu kiezbezogenen Straftaten werden Delikte gerechnet, bei denen ein „enger räumlicher Bezug zwischen Tatort und Wohnort des Täters [besteht.]“ Hierzu zählen z.B. Fälle häuslicher Gewalt, Körperverletzung, Nötigung und Bedrohung, Verwahrlosungstendenzen wie Destruktionsdelikte und Vandalismus und „eine erkennbare Nichtachtung staatlicher Autorität“ (Polizei Berlin- Landeskriminalamt 2020). Mit 3666 HZ liegen die kiezbezogenen Straftaten im Summengebiet um 39% über dem Durchschnitt (HZ=2646) aber fast gleichauf mit den Werten für Nordneukölln. Sie machten 23,8% der gesamten Straftaten 2018 aus, in allen Teilgebieten waren es zwischen 25,6% und 28,3%, mit Ausnahme der Glasower Straße. Dort sowie im Gebiet Silbersteinstraße lagen die kiezbezogenen Straftaten mit 64%, bzw. 62% besonders hoch über der Häufigkeitszahl in Gesamtberlin, was vermutlich an den hohen Zahlen für Körperverletzungsdelikte in diesen Abschnitten liegt. In den restlichen Abschnitten liegen sie bei je um die 30% über dem Schnitt. Dies macht deutlich, dass es sich bei den festgestellten Straftaten mehrheitlich nicht um importierte Kriminalität handelt.

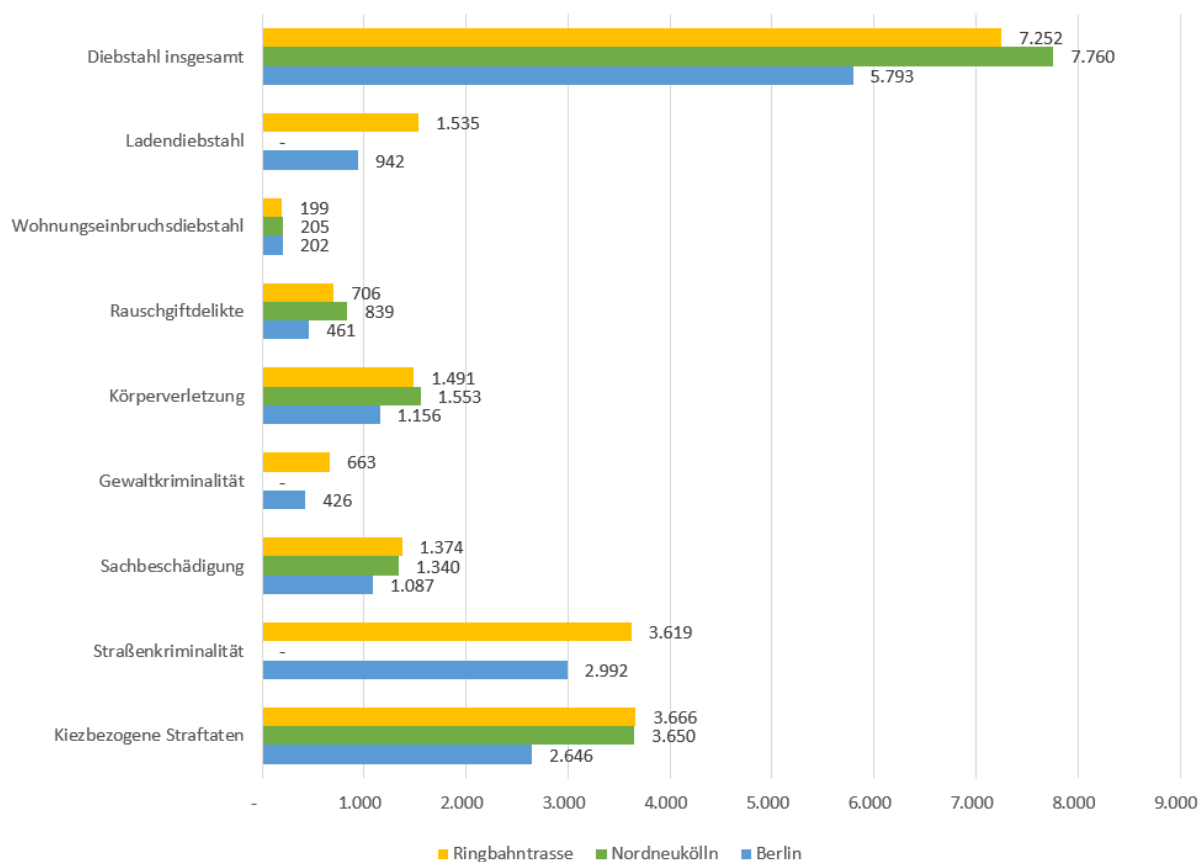


Abbildung 6 Häufigkeitszahlen für ausgewählte Delikte und im Vergleich (teilweise eigene Berechnung auf Basis der verfügbaren PKS Daten 2018)

Teil 2 Subjektive Sicherheitswahrnehmung

1 Quantitative Untersuchung zur Sicherheitswahrnehmung

Im Rahmen des SiQua-Projekts wurde eine postalische Befragung im Fallstudiengebiet Ringbahntrasse durchgeführt, um über die offiziellen Daten der polizeilichen Kriminalstatistik hinaus in der Bevölkerung abzufragen, ob Personen im Jahr 2019 Opfer einer Straftat geworden sind. Darüber hinaus wurde die Bevölkerung zu ihrem subjektiven Sicherheitsempfinden befragt. Angeschrieben wurden 5.000 zufällig aus dem Melderegister ausgewählte Personen im Alter von 17-85 Jahren. Etwa 8 % der Briefe konnten nicht zugestellt werden. Die Befragten antworteten überwiegend postalisch durch Rücksendung eines deutschsprachigen Fragebogens. Eine Online-Teilnahme und die Nutzung englischer, türkischer, russischer und arabischer Fragebögen waren ebenfalls möglich. 920 Fragebögen gehen in die Auswertung mit ein, ca. 20 % der zugestellten Fragebögen. Aufgrund einer Panne der Druckerei ist für etwa 14 % der Fragebögen keine sichere LOR-Zuordnung möglich. Die nachfolgend dargestellten Befunde wurden durch zusätzliche Analysen abgesichert.

Die insgesamt 920 berücksichtigten Fragebögen verteilten sich wie folgt nach Bevölkerungsgruppen:

Geschlecht		Alter		Migrationshintergrund	
weiblich	57 %	17-24	5 %	ohne	67 %
männlich	43 %	25-34	33 %	mit, in D geboren	13 %
		35-44	26 %	mit, nicht in D geboren	20 %
		45-54	11 %		
		55-64	12 %		
		65-74	7 %		
		>74	5 %		

Abbildung 7 Rückläufer nach Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund

Zunächst wurde die Bevölkerung danach gefragt, ob sie in den vergangenen 12 Monaten Opfer einer Straftat geworden ist. In den ausgewerteten Fragebögen beantworteten 53% diese Frage mit ja, wobei Frauen mit 60% etwas häufiger angaben, Opfer geworden zu sein als Männer (47%). Unter den Straftaten, die die Leute angaben, stellten Fahrraddiebstahl, sonstiger Diebstahl, Sachbeschädigung und sexuelle Belästigung die am häufigsten genannten Deliktarten dar.

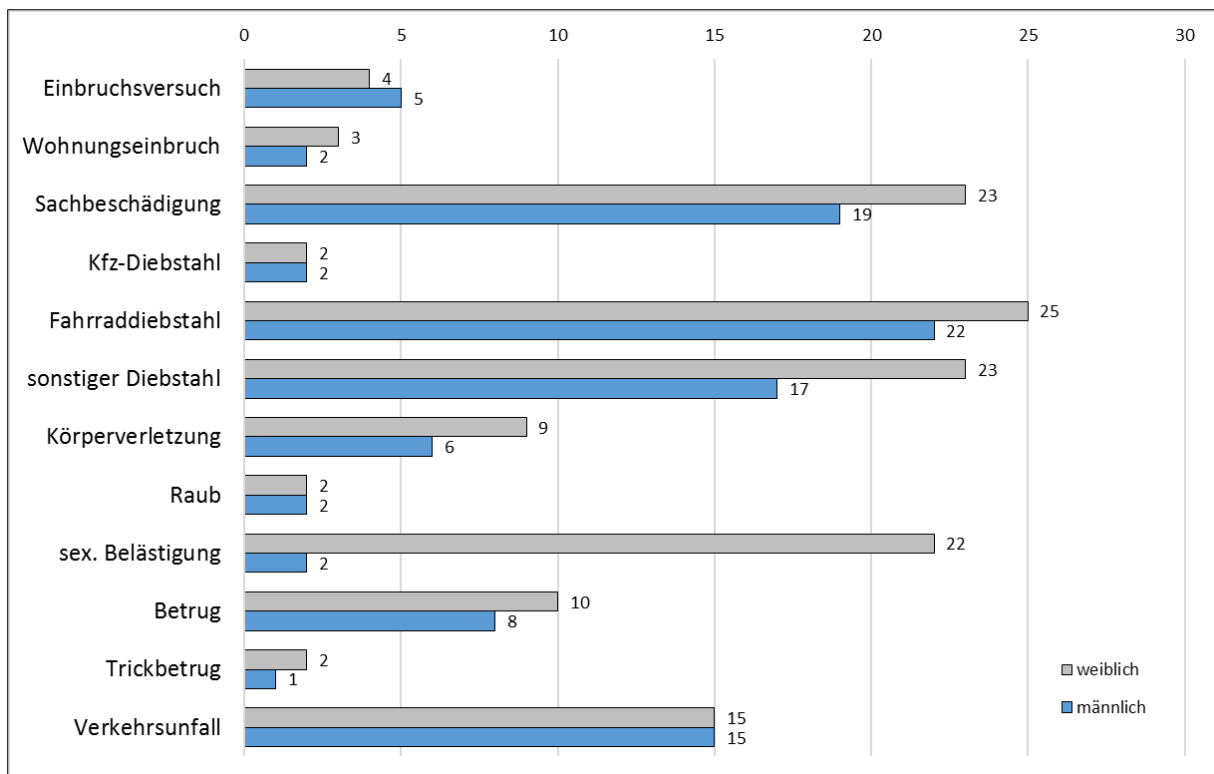


Abbildung 8 Opferanteil der letzten zwölf Monate nach Geschlecht (Prävalenzraten in %)

In Hinblick auf die subjektive Sicherheitswahrnehmung wurde die Bevölkerung gefragt, wie sicher sie sich fühlt, wenn Sie bei Dunkelheit bzw. tagsüber allein in ihrer Wohngegend unterwegs ist. Diese Frage gilt in der Forschung als Standardindikator für subjektive Sicherheit und wird so in allen Studien zu diesem Thema verwendet. Dies erlaubt eine Vergleichbarkeit über Städte- und Ländergrenzen hinweg. Auf diese Frage antworteten 30% der Befragten, dass sie sich bei Dunkelheit eher oder sehr unsicher fühlen. Im bundesweiten Viktimisierungssurvey von 2017 gaben 28% der Befragten in ganz Berlin eine dieser beiden Antworten (BKA 2019). Dies zeigt, dass die subjektive Sicherheitswahrnehmung im Fallstudiengebiet nicht stärker ausgeprägt ist als in anderen Teilen Berlins. Gleichwohl finden sich deutliche Unterschiede bei einem Blick in unterschiedliche Bevölkerungsgruppen. Wie Abbildung 9 zeigt, steigt die Unsicherheitswahrnehmung insbesondere mit zunehmendem Alter stark. Auch unter Frauen ist der Anteil derer, die sich unsicher fühlen höher als unter Männern. Beide Befunde stehen im Einklang mit zahlreichen Untersuchungen in anderen Städten und Ländern. Keinen besonderen Unterschied macht hingegen der Migrationshintergrund der Befragten. Interessant ist schließlich ein Blick in die unterschiedlichen LOR Gebiete des Fallstudiengebiets. Hier zeigt sich, dass das Unsicherheitsempfinden in den südlich der Ringbahntrasse gelegenen LOR Silbersteinstraße (35%) und Glasower Straße (51%) deutlich größer ist als in den nördlich gelegenen LOR Schillerpromenade (20 %), Körnerpark (33 %) und Rixdorf (27 %).

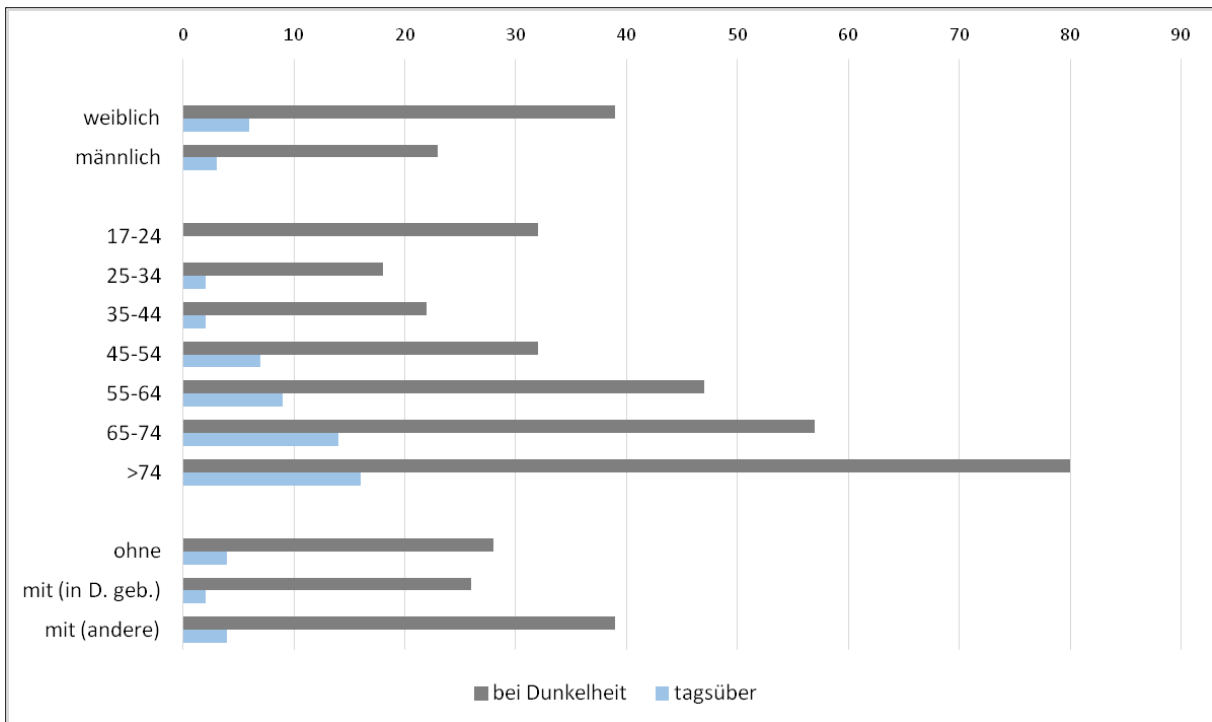


Abbildung 9 Sicherheitsempfinden im Wohngebiet

Es wurde weiterhin gefragt, wie stark unterschiedliche Delikte die Menschen persönlich beunruhigen. Wie sich zeigte (vgl. Abb. 10), ist die Hälfte von allen Befragten in Sorge, Opfer eines Verkehrsunfalls zu werden. Diese Sorge ist fast doppelt so groß wie jene vor dem am zweithäufigsten genannten Delikt. Hier folgen sexuelle Belästigung (28% der Frauen), Wohnungseinbruch (27%), Diebstahl und Pöbeleien (jeweils 26%). Mit etwas Abstand dahinter folgen Gewaltverbrechen wie Körperverletzung (20%) und Raub (18%). Interessant ist zum einen, dass parallel auch andere nicht sicherheitsbezogene Gefahren abgefragt wurden, die für deutlich mehr Menschen Grund zur Sorge sind, als das Thema Sicherheit. So gaben 90% der Befragten an, vor den Folgen des Klimawandels in Sorge zu sein. 87% gaben an, durch das Erstarken des Rechtspopulismus und 83% durch die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich beunruhigt zu sein. Obwohl Sicherheit in den Medien zwar häufig als großes Thema unserer Zeit dargestellt wird, zeigen diese Zahlen doch, dass die Sorge um eine intakte Umwelt und eine solidarische und gerechte Gesellschaft die Menschen weit stärker beschäftigt.

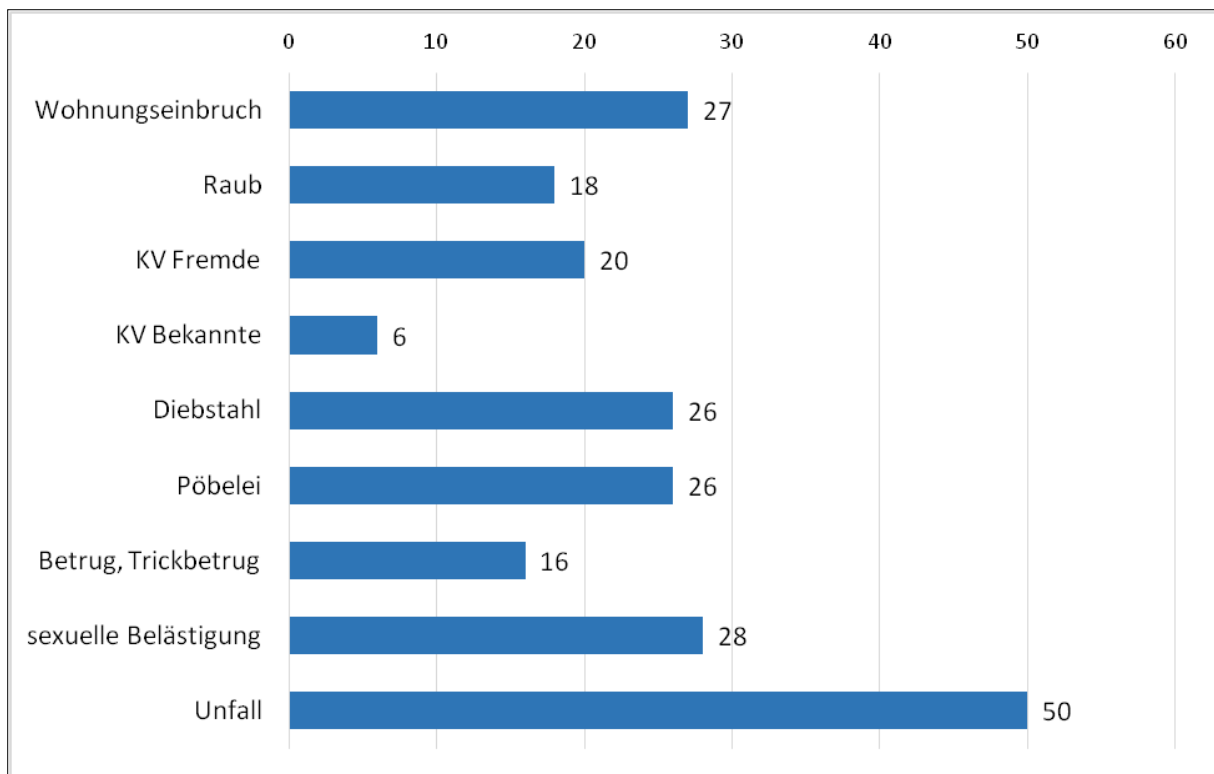


Abbildung 10 Anteil der Personen, die sich wegen dieser Delikte ziemlich oder sehr stark beunruhigt fühlen

Die Untersuchung zeigt, dass klassische Straftaten die Menschen weitaus weniger beschäftigen als angenommen. Lediglich die Sorge vor Verkehrsunfällen treibt große Teile der Bevölkerung um. Dies wirft die Frage auf, was dann das subjektive Unsicherheitsempfinden der Menschen im Fallstudiengebiet hervorbringt. Um diese Frage zu klären, wurde parallel zur quantitativen Befragung eine qualitative Studie durchgeführt (siehe Kapitel 2). Dort wurden die Menschen offen gefragt, woran sie beim Thema Sicherheit denken. Auch dort zeigte sich, dass in keinem Interview klassische Straftaten an erster Stelle stehen. Vielmehr waren es sogenannte Unordnungsphänomene („incivilities“), die die Menschen als erstes nannten. Diese Erkenntnis ist aber nicht außergewöhnlich für das Fallstudiengebiet, sondern ebenfalls in zahlreichen Studien überall auf der Welt gut dokumentiert worden. Daher wurden im Rahmen der quantitativen Befragung die Menschen gefragt, wie häufig ihnen bestimmte Unordnungsphänomene begegnen und wie stark sie diese beunruhigen (Abb. 11).

Anders als bei Straftaten sind sich die Menschen in Bezug auf die Unordnungsphänomene über weite Teile einig. So stören sich mehr als 80% der Befragten über Rücksichtslosigkeit im Straßenverkehr, den aggressiven Umgang der Menschen untereinander, Spuren von Drogenkonsum, Gewalt im öffentlichen Raum, Vandalismus und über herumliegenden Müll. Zusammen mit dem Drogenhandel in der Öffentlichkeit (>70%) sowie dem vor allem von Menschen mit Migrationshintergrund beklagten zunehmenden Rassismus sind dies genau die Phänomene, auf die sich die Menschen auch in den qualitativen Interviews beziehen. Gleichwohl tendieren die Menschen in den Interviews dazu, die Phänomene stärker über die wahrgenommenen Tätergruppen (z.B. junge Männer, Drogenkonsumenten) wahrzunehmen und erst in zweiter Linie nach Delikten zu differenzieren (vgl. unten). Dennoch unterstreichen die Ergebnisse die zentrale Bedeutung von Unordnungsphänomenen für die subjektive Sicherheitswahrnehmung. Interessant ist hierbei auch, dass es weniger die Häufigkeit dieser Phänomene ist, die die Menschen umtreibt, sondern die Bewertung dieser Phänomene. Dies wird insbesondere am Beispiel von Streit und Schlägereien im öffentlichen Raum deutlich. Zwar sagen nur etwas mehr als

20%, dass sie entsprechende Phänomene oft oder sehr oft beobachten, aber über 90% halten diese für schlimm oder sehr schlimm. Dies entspricht ziemlich genau dem, was sich auch auf der qualitativen Ebene gezeigt hat. So spielen Erfahrungen, Berichte und Beobachtungen von aggressivem und gewalt-samem Verhalten in fast allen Interviews eine Rolle. Gleichzeitig zeigte sich aber auch, dass es oft die gleichen wenigen, aber besonders einprägsamen Vorfälle sind, über die die Menschen immer wieder berichten.

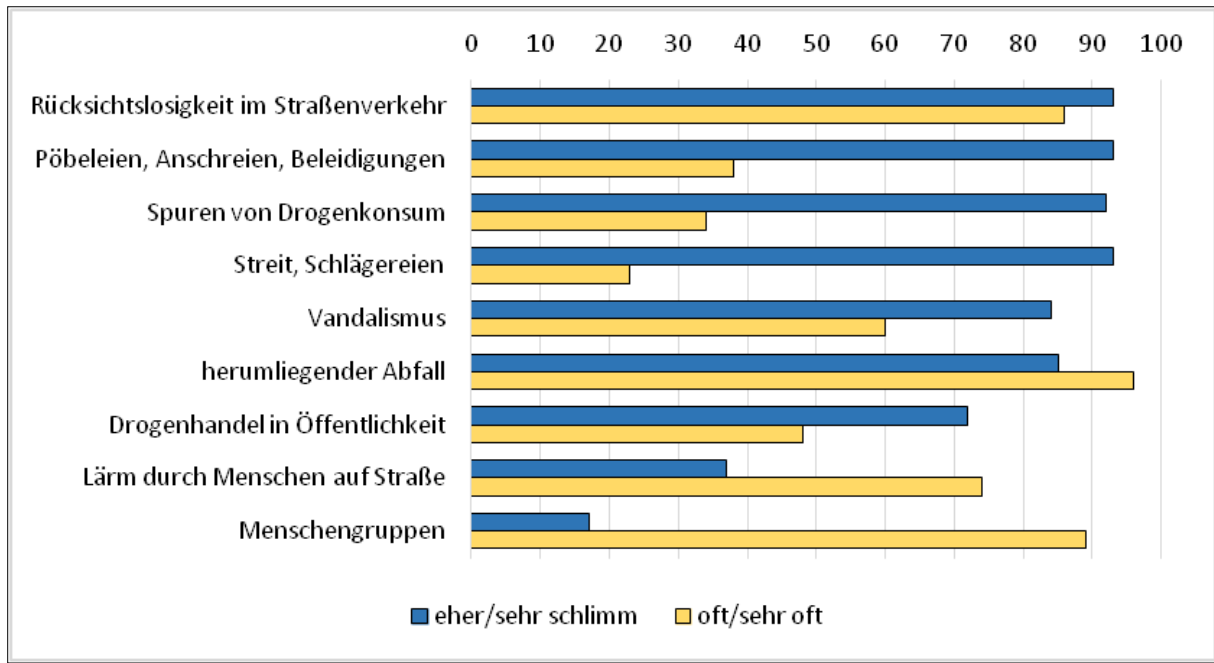


Abbildung 11 Bewertung und Häufigkeit von Unordnungsphänomenen („incivilities“)

2 Qualitative Untersuchung zur Sicherheitswahrnehmung.

Über die quantitative Abfrage von Häufigkeiten der Wahrnehmung und Bewertung unterschiedlicher Delikte und Unordnungsphänomene hinaus wurden eine Reihe von Menschen im Untersuchungsgebiet ausführlich zu ihrer Sicherheitswahrnehmung befragt. Hierzu wurde zunächst allgemein nach dem Sicherheitsempfinden gefragt. Im Anschluss wurden die Befragten gebeten zu schildern, welche Sicherheitsphänomene sie in ihrem Wohnumfeld wahrnehmen und inwiefern sie sich durch diese konkret beunruhigt oder sogar verängstigt fühlen. Dabei wurde zwischen der Einstellung der Befragten und möglicherweise daraus resultierendem Verhalten (z.B. Vermeidung bestimmter Orte) unterschieden. Schließlich wurden die Befragten gebeten darzustellen, wie sie sich die Phänomene in ihrem Wohnumfeld erklären. Hierzu gehört die Frage, wer aus ihrer Sicht die Täter*innen sind und welche Ursachen deren Verhaltensweisen haben. Mit diesen Fragen sollte einerseits aufgeklärt werden, inwiefern unterschiedliche Erklärungsansätze für die beobachteten Phänomene das Unsicherheitsempfinden beeinflussen und andererseits untersucht werden, welche Rolle Migration im Kontext der Sicherheitswahrnehmung spielt und inwiefern zur Ursachenbeschreibung gruppenbezogene Stereotype (z.B. Religion, Kultur, Temperament) herangezogen werden.

Ein besonderes Anliegen des Projekts war es, Migration nicht nur zum Gegenstand der Untersuchung zu machen, sondern insbesondere auch Bürger*innen mit Migrationshintergrund selbst zu Wort kommen zu lassen. Untersucht werden sollte daher, inwiefern sich die Sicherheitswahrnehmung von Personen mit Migrationsgeschichte von denen der deutschstämmigen Bevölkerung unterscheidet. Da insbesondere in Stadtteilen wie Berlin Neukölln eine Dichotomie aus deutschstämmiger und Bevölkerung mit Migrationshintergrund die Realität der Bevölkerungszusammensetzung nicht hinreichend abbildet, wurde auch vor dem Hintergrund der Fluchtbewegungen um das Jahr 2015 zusätzlich zwischen Personen unterschieden, die erst seit kurzem in Deutschland, bzw. Berlin Neukölln wohnen und solchen, die bereits ihr ganzes Leben oder zumindest seit vielen Jahrzehnten ansässig sind.

Schließlich folgte das Projekt der Annahme, dass für das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung nicht nur sicherheitsrelevante Phänomene von Bedeutung sind, sondern auch die Präsenz und Handlungsfähigkeit der Sicherheitsbehörden. Daher wurde einerseits auch nach der Wahrnehmung und Bewertung der Arbeit der Polizei durch die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen gefragt. Andererseits wurde aber auch die Polizei selbst ebenso wie die Bevölkerung nach ihrer Wahrnehmung der Lage im Quartier und den Ursachen für Sicherheitsphänomene befragt.

Für die Studie wurden im Fallstudiengebiet 43 Interviews mit insgesamt 69 Anwohner*innen oder Gewerbetreibenden geführt. Aufgrund des besonderen Fokus auf das Thema Migration wurde bei der Auswahl der Interviewpartner besonders darauf geachtet, dass sowohl Personen mit und ohne Migrationshintergrund und sowohl solche, die schon seit vielen Jahrzehnten und solche die erst seit einigen Jahren hier leben einbezogen wurden. Bei der Auswahl der Interviewpartner*innen und für die Auswertung wurden folgende Bevölkerungsgruppen angenommen:

- **Langansässige ältere Deutsche ohne Migrationshintergrund** (n=12), die seit Jahrzehnten in Neukölln leben und trotz Vorbehalten gegen einige Migrant*innengruppen meist auch über positive Erfahrungen mit Menschen mit Migrationshintergrund berichten konnten. Ein kleiner Teil dieser Gruppe (n=2) war jedoch nicht bereit, diese positiven Erfahrungen als authentisch anzuerkennen.

- **Langansässige türkei- oder arabischstämmige Bürger*innen** (n=35), die ebenfalls seit Jahrzehnten in Neukölln leben oder hier geboren und aufgewachsen sind. Da im Rahmen der Studie nur begrenzte Mittel für die Durchführung von Interviews zur Verfügung standen, wurden keine Personen mit anderen Migrationshintergründen interviewt. Dies hat zur Folge, dass ein Teil der Bevölkerung zwar nicht berücksichtigt wurde, dass im Gegenzug aber für die Gruppe der türkei- und arabischstämmigen Mitbürger*innen eine hinreichende Verlässlichkeit der Ergebnisse angenommen werden kann. Die Gruppe der langansässigen Menschen mit Migrationshintergrund lässt sich noch einmal grob in zwei Untergruppen aufteilen. Zum einen solche, die mit Menschen aus anderen Bevölkerungsgruppen positiv erlebte Erfahrungen gemacht haben, weil sie z.B. in sozialen Berufen arbeiten (n=22) und solche, die nicht oder nur wenig über positiven Kontakt mit Menschen anderer Herkunft berichten konnten (n=13).
- **Zugezogene Mittelschicht** (n=14): Personen aus dieser Gruppe waren meist nicht in Berlin geboren, sondern aus anderen Teilen Deutschlands nach Neukölln zugezogen. Meist hatten diese Personen einen akademischen Hintergrund oder arbeiteten in sozialen Berufen. Die meisten hatten Kinder im Kindergarten- oder Schulalter.
- **Studierende**, bzw. junge Erwachsene in kreativen Berufen (n=4). Trotz der geringen Fallzahl für Studierende sind die Ergebnisse als zuverlässig anzusehen, da in der parallel durchgeführten Studie im Bereich der „oberen Sonnenallee“ vergleichbare Sicherheitsempfindungen, -einstellungen und Argumentationen in dieser Gruppe herausgearbeitet werden konnten.
- **Mitglieder der Drogenszene** (n=4): In den Interviews mit dieser Bevölkerungsgruppe standen die besonderen Sicherheitsprobleme von Drogenabhängigen im Zentrum. Entsprechend wurde die Perspektive dieser Gruppe nur im Zusammenhang mit dem Thema Drogenhandel und Drogenkonsum ausgewertet. Die Interviews wurden mir durch Fixpunkt e.V. vermittelt. Entsprechend handelt es sich um einen Personenkreis, der bereit ist bestimmte Hilfsangebote zu nutzen. Ein Großteil der Drogenkonsument*innen bevorzugt jedoch eine größere Anonymität und nimmt die Angebote von Fixpunkt nicht wahr. Inwiefern diese Personen andere Sicherheitsempfindungen haben, konnte entsprechend im Rahmen der Erhebung nicht ermittelt werden.

Um darüber hinaus auch die Perspektive der Polizei angemessen berücksichtigen zu können wurden insgesamt 8 Interviews mit Vertreter*innen der Polizei und des Ordnungsamts durchgeführt. Darunter waren drei Personen, die nur für das Fallstudiengebiet und fünf, die für Gesamtneukölln zuständig sind. Schließlich wurden vier Personen befragt, die im Fallstudiengebiet als Konsument*innen harter Drogen aufhielten oder lebten und die teilweise einen osteuropäischen Migrationshintergrund hatten. Die Befragung erfolgte anhand eines qualitativen Interviewleitfadens, der gemeinsam mit Kolleg*innen der Universität Potsdam und der Deutschen Hochschule der Polizei ausgearbeitet und in allen 9 Fallstudiengebieten angewandt wurde. Die Interviews wurden in der Mehrzahl der Fälle als Einzelinterviews durchgeführt. In einigen Fällen waren die Interviewpartner*innen aber auch zu zweit. Schließlich konnten drei Gruppeninterviews mit 6-8 Personen durchgeführt werden. Die Auswertung aller Interviews erfolgte inhaltsanalytisch.

2.1 Zusammenfassung der Ergebnisse zur subjektiven Sicherheitswahrnehmung

Der Blick auf die Zahlen zur Kriminalitätslage hat deutlich gemacht, dass insbesondere Gewalt und Betäubungsmitteldelikte im Untersuchungsgebiet herausragen. Die quantitative Befragung hat hingegen verdeutlicht, dass insbesondere Unordnungsphänomene wie regelwidriges Verhalten im Straßenverkehr, Vermüllung, Vandalismus, Pöbeleien sowie aggressives oder gar gewaltsames Verhalten in der Öffentlichkeit die Menschen besonders sorgen. Diese Phänomene zeigen sich auch in den qualitativen Interviews. Jedoch werden die Sicherheitsphänomene, die von den Bürger*innen benannt werden weniger von den Delikten her, als vielmehr von den Täter*innengruppen und sichtbaren Anzeichen im öffentlichen Raum her verstanden. In den Interviews werden die zentralen Themen entsprechend etwas anders formuliert. Zentrale Sicherheitsphänomene waren hier:

- Drogendealer*innen und Drogenkonsumierende, sowie deren Verhalten und Hinterlassenschaften
- Junge Männer und deren respektloses, teilweise aggressives Verhalten im öffentlichen Raum
- Zunehmende Aggressivität und Konflikte unter den Anwohner*innen
- Rassismus in unterschiedlichen Ausprägungen
- Unordnungsphänomene: Vermüllung, Verkehr, Problemimmobilien, Spielcasinos und Wettbüros.

Die Wahrnehmung der Phänomene ist dabei relativ unabhängig von der Herkunft, Bildung oder Einstellung gegenüber Kriminalität, Unordnung oder Migration. Unterschiede ergeben sich nur dort, wo Personen aus besonderen z.B. beruflichen Gründen besondere Einblicke in bestimmte Gebiete oder Bereiche haben oder wenn sie selbst Opfer bestimmter Formen von Kriminalität geworden sind. Insbesondere das Thema Rassismus spielt in diesem Zusammenhang für die Menschen mit Migrationshintergrund eine wichtige Rolle. Darüber hinaus zeigen sich Unterschiede meist nur in der Reihenfolge, in der sie thematisiert werden oder in den Ereignisberichten der Befragten.

Hinsichtlich der Frage nach der subjektiven Sicherheitswahrnehmung zeigt sich daher, dass zwischen der Wahrnehmung lokaler Sicherheitsphänomene und dem subjektiven Sicherheitsempfinden kein starker Zusammenhang besteht. Vielmehr hängen Differenzen davon ab, *wie* die Befragten die vielfältigen Phänomene verstehen und bewerten. Diese Beobachtung bestätigt sich auch im Vergleich zwischen den verschiedenen Fallstudien. Die Art wie unterschiedliche Bevölkerungsgruppen Sicherheitsphänomene verstehen und bewerten ist somit weitestgehend unabhängig vom Stadtquartier. Aber auch Faktoren wie Alter, Bildung, Geschlecht oder Migrationshintergrund können die Unterschiede in der Sicherheitswahrnehmung nur teilweise erklären. Besser geeignet sind hingegen bestimmte geteilte Einstellungen und Erfahrungen, um das Sicherheitsempfinden zu erklären.

Stand im Projekt SiQua die Frage im Zentrum, welchen Unterschied die Dauer der Anwohnerschaft und der Migrationshintergrund für das Sicherheitsempfinden haben, kann nach der Auswertung festgestellt werden, dass die Migrationsgeschichte der Befragten zwar die Art beeinflusst, wie die unterschiedlichen Phänomene eingeordnet werden, aber für sich alleine nicht geeignet ist, die subjektive Sicherheitswahrnehmung zu erklären. Sicherheit wie Unsicherheit empfindende Personen finden sich sowohl in der Gruppe der Menschen mit als auch in der ohne Migrationshintergrund. Hinsichtlich der Frage nach der Dauer der Anwohnerschaft im Fallstudiengebiet besteht demgegenüber ein deutlicherer Zusammenhang. Personen, die erst seit kurzem im Fallstudiengebiet leben, fühlten sich unabhängig von ihrem Alter meist sicherer als Personen, die bereits seit Jahrzehnten im Fallstudiengebiet leben.

Vor diesem Hintergrund stellt sich auch die Frage, inwiefern das Alter der Befragten ein relevanter Einflussfaktor für das Sicherheitsempfinden ist. Auf den ersten Blick scheinen die Interviews dies zu bestätigen. Jedoch zeigte sich in zwei Fällen in denen Personen interviewt wurden, die selbst schon älter waren aber erst seit kurzem in Neukölln leben, dass diese ebenfalls nur ein geringes Unsicherheitsempfinden haben. Vor diesem Hintergrund könnte die Dauer der Anwohnerschaft den größeren Einfluss auf das Sicherheitsempfinden haben als das Alter der Personen allein. Dies lässt sich aufgrund der geringen Datenbasis jedoch nicht abschließend beantworten. Ein weiterer Aspekt stellt die persönliche Opfererfahrung, bzw. die Bekanntschaft mit Personen dar, die Opfer einer Straftat geworden sind. Unter den Befragten waren nur wenige (n=6), die von sich selbst sagten, dass sie schon einmal Opfer einer Straftat geworden sind. Von diesen sagten drei, dass sie sich besonders unsicher fühlten. In allen Fällen gesteigerter Unsicherheit lag die Straftat relativ kurz zurück. Dies steht im Einklang mit anderen Forschungsergebnissen, die einen schwachen Zusammenhang zwischen Opfererfahrung und subjektiver Sicherheitswahrnehmung sehen und diesen zudem in Zusammenhang mit dem zeitlichen Aspekt bringen (vgl. Russo und Roccato 2010; Hirtenlehner und Hummelsheim-Doss 2015).

Ein anderer Aspekt scheint schließlich einen wesentlich stärkeren Einfluss auf die Sicherheitswahrnehmung zu haben. Wie sich zeigt ist bei vielen der Beteiligten die Wahrnehmung von Sicherheitsphänomenen mit der angenommenen Herkunft der vermeintlichen Täter*innen verbunden. Das Sicherheitsempfinden hängt demnach davon ab, zu welchem Grad fremdenfeindliche Überzeugungen zur Erklärung und Bewertung der Phänomene herangezogen werden. So zeigt sich, dass Personen, die sich Kriminalität über die Kultur oder Religion der vermeintlichen Täter*innen erklären, sich gleichzeitig auch weniger sicher fühlen. Dies ist unabhängig vom Migrationshintergrund der Befragten. Fremdenfeindliche Erklärungsmuster finden sich in allen Bevölkerungsgruppen und richten sich meist gegen Gruppen, die weniger lange in Deutschland oder Neukölln wohnen als die eigene ethnische Gruppe. Je größer die Ressentiments sind, umso größer ist auch das subjektive Unsicherheitsgefühl. Personen, die jedoch auch positive, persönliche Erfahrungen mit Mitgliedern anderer ethnischer Gruppen gemacht haben, haben meist auch ein geringeres Unsicherheitsempfinden. Persönliche, positive Erfahrungen scheinen somit geeignet zu sein, stereotype Deutungsmuster zu reduzieren und dadurch das Sicherheitsempfinden zu steigern.

Umgekehrt bedienen sich Bevölkerungsgruppen, die sich sehr sicher fühlen meist relativierender Deutungsmuster und erklären sich Unordnung und Kriminalität als Folgen von Armut, fehlender Bildung oder schwierigen Lebensverhältnissen der Verursacher*innen. Häufig ist der Satz zu hören, dass es dieses oder jenes Sicherheitsproblem auch an vielen anderen Orten gibt und ebenso von jeder anderen ethnischen Gruppe begangen wird. Diese Relativierung der auch in dieser Gruppe nicht bestrittenen lokalen Phänomene hat zur Folge, dass das Sicherheitsempfinden in dieser Gruppe sehr hoch ist und sie jede Form von Argumentation, die auf ethnische Besonderheiten abzielt, weit von sich weist. Auffällig ist in dieser Gruppe schließlich, dass der Anteil von Menschen mit einem höheren Bildungshintergrund größer ist als in anderen Gruppen. Gleichwohl kann Bildung alleine die unterschiedliche Sicherheitswahrnehmung auch nicht erklären, da sich sowohl Akademiker*innen in der Gruppe der Personen mit gesteigertem Unsicherheitsempfinden fanden, als auch Nicht-Akademiker*innen in der Gruppe der Personen mit geringem Unsicherheitsempfinden. Unter letzteren sind vor allem Erklärungsmuster dominant, die die Verursacher*innen auch als Opfer ihrer Lebensumstände sehen.

Nachfolgend wird zunächst kurz das allgemeine Sicherheitsempfinden der untersuchten Gruppen dargestellt und sodann die durch die Bevölkerung benannten Phänomene vorgestellt und für die am häu-

figsten genannten Phänomene beschrieben, wie und warum sich die verschiedenen Bevölkerungsgruppen durch die Phänomene in ihrer Sicherheitswahrnehmung beeinträchtigt fühlen. Im Anschluss wird zusammenfassend erörtert, welche Faktoren die Sicherheitsempfindungen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen besonders beeinflussen

2.2 Allgemeines Sicherheitsempfinden

Von Seiten der **Polizei** wird vor allem auf zwei Herausforderungen im Fallstudiengebiet hingewiesen: Zum einen der Drogenhandel und damit einhergehenden Hinterlassenschaften sowie Belästigungen von Passant*innen durch aggressive Dealer*innen oder öffentlich Konsumierende. Zum anderen kommt es in der Gegend häufiger zu Auseinandersetzungen zwischen oder mit kriminellen Mitgliedern arabischer Großfamilien. Neben ihren Machenschaften im Bereich der organisierten Kriminalität fallen sie in der Öffentlichkeit und gegenüber den Sicherheitskräften vor allem durch aggressives und respektloses Verhalten auf. Aus diesen Gründen schätzt die Polizei die Sicherheitslage im Fallstudiengebiet als problematisch ein.

In der Gruppe der **langansässigen türkei- und arabischstämmigen Bevölkerung** lässt sich demgegenüber kein so klares Bild zeichnen. Vielmehr zeigen sich zwei etwa gleich große Gruppen. Während erstere (n=16) sich in Neukölln relativ sicher fühlt, äußert die zweite Gruppe deutlich ihre Sorgen und Ängste im Fallstudiengebiet (n=19).

In der Gruppe derer, die sie sich in Neukölln sehr sicher fühlen, wird meist betont, dass es sich um einen sehr belebten Stadtteil handelt, wo auch abends immernoch viele Menschen unterwegs sind und dass es hier viele „Ausländer*innen“ gibt. Dies verbinden die Befragten entweder mit einer großen Solidaritätswahrnehmung oder sie betonen diesen Aspekt im Zusammenhang mit der dadurch angenommenen geringeren Gefahr rassistischer Übergriffe im Vergleich zu anderen Stadtteilen:

„Ich fühle mich in Neukölln eigentlich sicher. Ja weil ich bin Ausländer und hier gibt es viele Ausländer, unterschiedliche Kulturen gibt es. Wir unterstützen uns immer zusammen.“ (D92:2)

Eine andere Gruppe äußerte jedoch ein starkes Unsicherheitsempfinden. Dies begründeten die Interviewten zum einen damit, dass sie in den Medien häufig von Kriminalität und Straftaten in ihrem Wohnumfeld lesen. Auch wenn sie selbst häufig keine eigenen Opfererfahrungen gemacht haben, zeigten sie sich durch die Berichte in den von ihnen gelesenen Zeitungen oder Berichten im TV äußerst beunruhigt.

„Wenn ich Nachrichten sehe, denke ich, ist gefährlich geworden in Neukölln. Wenn ich zur U-Bahn laufe, dann mache ich mir Sorgen, vielleicht passiert mir gleich was, was ich in den Nachrichten gesehen habe.“ (D85:4)

Jedoch gehören in diese Gruppe auch Personen, die zwar im selben Quartier wie die Gruppe oben leben, deren unmittelbares Wohnumfeld jedoch insbesondere in der Nacht wesentlich weniger belebt ist oder die über die schlechte Beleuchtungssituation in ihren Straßen klagten. Diese Erfahrungen des unmittelbaren Wohnumfeldes ist dabei prägend für die Unsicherheitswahrnehmung des ganzen Stadtteils.

“Also ich fühle mich sehr unsicher hier. Bei mir zum Beispiel fehlt die Beleuchtung in meiner Straße und es ist immer eine leere Strecke. Vor allem Nachts gehe ich nicht raus. Da ist nicht so viel los. Wenn man in der Nacht da ist, also ich gehe nur, wenn ich mein Auto da parke, aber ungerne laufe ich auch alleine diese Strecke. Das ist leer und unbeleuchtet.“ (D83:7)

Auch in der Gruppe der **langansässigen deutschstämmigen Bevölkerung** findet sich eine entsprechende Zweiteilung und ähnliche Argumente. In der Gruppe derer, die sich relativ sicher fühlen steht die Belebtheit der Straßen und teilweise das angenehme Klima in der Nachbarschaft im Zentrum ihrer Argumentation:

„Wenn Sie mich fragen, ob ich mich in diesem Gebiet sicher als Anwohnerin fühle, dann sage ich Ihnen ja. Ich würde jetzt nicht durch die ganz kleinen Wege gehen nachts, aber ansonsten ist hier viel los. Ich bewege mich hier überall, da fühle ich mich völlig sicher.“ (D57:1)

Im Gegensatz dazu betonen Personen aus der Gruppe, die ein größeres Unsicherheitsempfinden äußerten ebenfalls häufig die negativen Berichterstattungen in den Medien und häufig auch ihre persönliche Wahrnehmung des Verhaltens von Migrant*innen. Insbesondere das Verhalten junger Männer mit Migrationshintergrund steht dabei im Fokus ihres Unsicherheitsempfindens (vgl. unten).

Auch in dieser Gruppe ist der Anteil der Frauen etwas größer als der Anteil der Männer. Dies steht im Einklang mit den Ergebnissen anderer Studien, die das Geschlecht als signifikanten Einflussfaktor für die Sicherheitswahrnehmung identifiziert haben. Eine Ausnahme stellen jedoch teilweise Frauen im Rentenalter dar. Hier entstand der Eindruck, dass zwar nicht das Unsicherheitsempfinden abnimmt, jedoch äußerten diese Frauen oft weniger Angst, sondern zeigten eher eine kämpferische Haltung z.B. im Zusammenhang mit negativen Begegnungen mit jungen Männern (s. unten):

„Ich habe keine Angst herauszugehen [...]. Aber so, was sie so nachts hier veranstalten, die Jugendlichen, ist natürlich schon nicht mehr schön. Aber ich bin kein Angsthase, mir können die nichts.“ (D90:1)

Der Großteil der Vertreter*innen der **neuen Mittelschicht** hat kein besonders Unsicherheitsempfinden. Die meisten Befragten gaben an, sich sicher oder sehr sicher in ihrem Wohnumfeld zu fühlen. Gleichzeitig bedeutet dies nicht, dass die Befragten keine Sensibilität für mögliche Gefahren haben. Anders als in den anderen Gruppen reagieren Vertreter*innen der neuen Mittelschicht jedoch anders auf diese. Zum einen durch ihr Verhalten: Die Befragten gehen davon aus, dass sie Gefahren erkennen und diesen aus dem Weg gehen können. Zum anderen durch ihre Einstellung: Die Befragten gehen entweder davon aus, dass Konflikte häufig auf Rivalitäten unter Jugendgruppen, Clans oder unterschiedlichen Ethnien zurückgehen und sie selbst daher gar nicht betroffen sind. Oder sie gehen davon aus, dass insbesondere negatives Verhalten junger Männer ein Phänomen sei, das unabhängig vom Stadtteil überall anzutreffen sei. Die Relativierung des Phänomens hat zur Folge, dass die Befragten kein gesteigertes Unsicherheitsempfinden empfinden. Vielmehr geben sie an, dass entsprechende Situationen mit Freundlichkeit oder aus dem Weg gehen beherrschbar seien.

„Also ich habe keine Angst. Klar, ich gucke kurz raus, wenn ich den Laden zuschließe ob gerade eine Meute davorsteht, die mir dann den Schlüssel abnimmt. Das gucke ich schon. Das würde ich nachts aber überall machen.“ (D812:8)

„Ich finde es absolut ungefährlich. Ich habe noch nie ein schlechtes Erlebnis gehabt. Und meine Kinder sind hier auf der Schule und die Klasse ist gemischt. Da sind natürlich auch Türken, Araber, Juden. Aber das Problem ist, dass die sich untereinander nicht verstehen. Aber mit meinen Kindern gab es keine Probleme.“ (D811:10)

Jedoch zeigt sich auch, dass dann, wenn Situationen auftreten, in denen Gewalt im öffentlichen Raum offen zu Tage tritt, man Gefahren nicht mehr aus dem Weg gehen kann oder unklar wird, ob Konflikte

wirklich nur „die Anderen“ betreffen, sich Vertreter*innen dieser Gruppe ebenfalls verunsichert fühlen. Schließlich berichten Eltern kleiner Kinder von Spritzenfunden und Auseinandersetzungen auf Spielplätzen oder von den Gefahren des Straßenverkehrs. Während Gefahren, die die eigene Person betreffen sich nur geringe auf das Unsicherheitsempfinden auswirken, haben die Gefahren, denen ihre Kinder ausgesetzt sind, durchaus das Potential das Unsicherheitsempfinden auch in dieser Gruppe zu steigern.

Unter den **Studierenden** ist das Unsicherheitsempfinden am geringsten ausgeprägt. Die Argumentations- und Verhaltensmuster folgen dabei denen der neuen Mittelschicht. Dies verwundert nicht, da Studierende in eben diese Schicht hineinwachsen. Da sie meist noch keine Kinder haben, entfallen zudem hierdurch bedingte Unsicherheitsempfindungen. Unter weiblichen Studentinnen spielt vereinzelt die Frage eine Rolle, inwiefern man sich als Frau nachts sicher auf der Straße bewegen kann. Jedoch schätzen zumindest die hier Befragten ihr Wohnumfeld in dieser Hinsicht als so belebt ein, dass dies nicht zu einer Steigerung des Unsicherheitsempfindens führt.

2.3 Drogenhandel und Drogenkonsum

2.3.1 Raumbezogene Phänomenbeschreibung

Im Fallstudiengebiet wird sowohl mit weichen als auch mit harten Drogen Handel betrieben. Wichtige **Handelsorte** sind die im Gebiet liegenden Parkanlagen, insbesondere der Körnerpark, der Anita-Berber Park und die an das Fallstudiengebiet angrenzende Thomashöhe. Des Weiteren sind die Bahnhöfe der U-Bahnlinie 8, Hermannstraße, Leinestraße und Boddinstraße beliebte Handelsplätze. Im Richardkiez findet der Handel zudem im Bereich der Braunschweigerstraße sowie den angrenzenden Seitenstraßen statt und auch im Körnerkiez wurde davon berichtet, dass sich in den an den Körnerpark angrenzenden Straßen, insbesondere Selkestraße und Schierkerstraße Drogendealer aufhalten. Während sich unter den **Käufer*innen und Konsument*innen** weicher Drogen Menschen aus allen Bevölkerungsgruppen befinden, hat die Zahl der Konsumierenden harter Drogen aus Osteuropa sowie neuerdings auch Geflüchtete aus Syrien oder dem Irak in den vergangenen Jahren zugenommen. In der Gruppe der Konsumierenden finden sich aber auch viele andere Personen sowohl mit als auch ohne Migrationshintergrund. Laut Aussagen der Polizei habe sich die Zahl der Dealer*innen und Konsument*innen über die Jahre nur wenig verändert. Allerdings habe sich die Sichtbarkeit und Zusammensetzung der Konsumierendengruppen verändert, da Rückzugsräume wie z.B. Brachflächen oder leerstehende Gebäude aufgrund des Immobilienbooms in den letzten Jahren zunehmend weniger geworden sind und sich die Konsument*innen daher andere Orte suchen mussten, die meist stärker in der Öffentlichkeit liegen. Dies hat dazu geführt, dass als **Konsumorte** nun vermehrt Hauseingänge, Parkhäuser, öffentliche Toiletten, Parkanlagen, Spielplätze oder die U-Bahnhöfen benutzt werden.

Bei den **Dealerinnen** handelt es sich meist um junge Männer mit Migrationshintergrund. Darunter finden sich sowohl Personen, die **in Berlin aufgewachsen sind** als auch solche die erst in den letzten Jahren z.B. als **Geflüchtete** aus Syrien oder dem Irak nach Berlin gekommen sind. Entsprechend hat sich die Dealerszene in den vergangenen Jahren etwas gewandelt. Aus Sicht der Geflüchteten, die ansonsten oft Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt haben, stellt der Drogenhandel eine Möglichkeit dar, Geld zu verdienen. Die Polizei geht davon aus, dass Geflüchtete von den Mitgliedern der organisierten Kriminalität gezielt angeworben werden, da sich diese Personengruppe mit relativ wenig Geld zufriedengibt und einfacher unter Druck gesetzt werden kann weiterzumachen. Darüber hinaus sind die Geflüchteten im Fallstudiengebiet nicht als besonders kriminalitätsauffällig beschrieben worden.

Als **Ursachen für den Drogenhandel** werden zum einen das geringe Risiko genannt, dass es zu einer Verurteilung der Dealer*innen kommt. Dies ist der Fall, da in Berlin relativ große Mengen mit sich geführt werden dürfen, bevor ein Strafverfahren eingeleitet wird. Die Täter*innen haben somit kaum etwas zu befürchten, selbst wenn Sie von der Polizei mit Drogen angetroffen werden. Zum anderen spielt eine Rolle, dass die Park- und U-Bahnanlagen von den Dealenden gut kontrolliert werden und sie im Fall einer bevorstehenden Polizeikontrolle leicht flüchten können.

Bei der lokalen Drogenszene handelt es sich jedoch wohl auch um ein relativ **dynamisches Phänomen**. So wird berichtet, dass Handelsplätze von Tag zu Tag variieren können und die Dealenden entsprechend nicht immer an denselben Orten anzutreffen sind. Der Handel mit Drogen findet zudem wohl auch über gezielte Verabredungen zwischen Dealer*innen und Konsument*innen per Telefon oder neuerdings auch über soziale Medien statt. Außerdem berichten die Befragten auch, dass die wahrgenommene Konsumhäufigkeit im öffentlichen Raum im Fallstudiengebiet in letzter Zeit etwas abgenommen habe. Dies erklären sich die Befragten damit, dass durch Fixpunkt e.V. zunächst ein mobiler Konsumraum und später ein stationärer Drogenkonsumraum in der Karl-Marx Straße eingerichtet wurde. Zudem haben viele Hausbesitzer*innen ihre Gebäude besser gesichert, um den Konsum z.B. in Haus Eingängen zu erschweren. Schließlich hat auch die Polizei in den letzten beiden Jahren vermehrt Kontrollen im Untersuchungsgebiet durchgeführt. Das Zusammenwirken dieser Maßnahmen hat aber auch dazu geführt, dass ein Teil der Drogenszene nun in andere Teile Neuköllns und Berlins verdrängt wurde.

Neben dem Konsum harter und weicher Drogen spielt auch das Thema Alkohol eine nicht unerhebliche Rolle. Insbesondere auf dem Freundschaftsplatz trifft sich regelmäßig die lokale Trinkerszene. Dabei kommt es immer wieder auch zu Streitereien zwischen den Betrunkenen.

2.3.2 Bewertung durch unterschiedliche Akteur*innengruppen

In den Interviews viel auf, dass unterschiedliche Bevölkerungsgruppen teilweise andere Aspekte im Zusammenhang mit Drogen in den Vordergrund stellen. Während für die einen der Handel im Vordergrund steht, stören sich andere verstärkt am Konsum im öffentlichen Raum. Dies heißt aber nicht, dass die jeweils anderen Phänomene nicht auch wahrgenommen werden oder keinen Einfluss auf die Unsicherheitswahrnehmung haben. Es sagt lediglich etwas darüber aus, welche Aspekte die Wahrnehmung der Personen in besonderer Weise prägen und somit von besonderer Relevanz für die Sicherheitswahrnehmung sind.

Aus Sicht der **Polizei** steht die Bekämpfung des Drogenhandels im Zentrum. Konsumierende kommen hingegen meist nur dann in den Fokus, wenn sie aus anderen Gründen straffällig werden und im Zuge von Durchsuchungen Betäubungsmittel (BTM) gefunden werden. In diesem Fall ist die Polizei zur Strafverfolgung verpflichtet. Aufgrund der Tatsache, dass die Dealer*innen aus juristischer Sicht wenig zu befürchten haben, macht eine intensivere Strafverfolgung der Straßendealer*innen aus Sicht der Polizei aber nur wenig Sinn. Der Ressourcenaufwand steht in keinem Verhältnis zu den möglichen Effekten. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass Personen in Berlin relativ große Mengen BTM mit sich führen dürfen, bevor es zu einer Einleitung eines Strafverfahrens kommt. Durch Erhöhung des Kontrolldrucks wäre zwar eine Verdrängung möglich und findet teilweise auch statt, diese hat jedoch den Nachteil, dass in den Gebieten, in die die Dealenden und Konsumierenden sich in der Folge ansiedeln, meist keine Kontroll- und Unterstützungsstrukturen vorhanden sind, die zumindest den Konsum im öffentlichen Raum limitieren.

Um die Möglichkeiten der Bekämpfung der BTM Kriminalität zu verbessern wäre aus Sicht der Polizei zunächst die Politik gefragt, andere rechtliche Grundlagen zu schaffen.

Aus Sicht der **türkei- und arabischstämmigen Bevölkerung** wird vor allem der Drogenhandel als verunsichernd und beängstigend hervorgehoben. Viele Befragte haben den Eindruck, dass sich die Problematik in den vergangenen Jahren verstärkt und die Zahl der Dealenden im öffentlichen Raum stark zugenommen hat: *„Jetzt sind die da wie die Ameisen im Park“* (D89:7). Insbesondere unter den Frauen aus dieser Gruppe war die Angst vor den Dealenden besonders stark ausgeprägt. Viele äußerten offen ihre Ängste und ihre empfundene Ohnmacht, nichts gegen die Situation unternehmen zu können. Die größte Sorge ist, dass die Kinder von Drogendealer*innen angesprochen und zum Kauf oder zum Ausprobieren von Drogen animiert wurden. Mehrere Personen berichteten, dass dies ihren Kindern zum Teil bereits mehrfach passiert ist.

„Mein Sohn hat mir erzählt: Einer hat mir etwas angeboten, in unserer Sprache. ‚Nimm, nimm‘ hat er gesagt. ‚Ich nehme das nicht, ich rauche nicht‘ hat mein Sohn gesagt. ‚Nein, nimm, nimm, nimm und morgen kannst du mir Geld geben‘. Und er ist meinem Sohn hinterhergerannt. Mein Sohn hat Angst gehabt.“ (D832:26)

Aber nicht nur in Bezug auf ihre Kinder verängstigt die Befragten der Drogenhandel. Vor allem unter den Frauen gibt es einen Teil, der auch die Dealer*innen selbst als Bedrohung wahrnimmt und versucht, einen möglichst großen Bogen um sie zu machen. Jedoch konnte keine der Befragten von konkreten Übergriffen durch Dealende berichten. Für Eltern kleinerer Kinder war zudem die Angst vor Spritzen und anderen Hinterlassenschaften der Drogenkonsumenten auf Spielplätzen oder in den Parks von sehr großer Bedeutung. Die genannten Fälle verdeutlichen, dass das Unsicherheitsgefühl durch konkrete Gefährdungserfahrungen sowohl der eigenen Person als auch naher Verwandter stark beeinträchtigt werden kann.

Es müssen jedoch keine konkreten Erfahrungen vorliegen. In vielen Fällen genügt es, wenn das Verhalten der Dealer*innen oder Konsument*innen als Verletzung kultureller Normen und Werte wahrgenommen wird. Entsprechend nehmen die Befragten die Konsumierenden vor allem dann als verunsichernd wahr, wenn diese zugleich als Obdachlose z.B. in den Parkanlagen übernachten oder durch lautes oder psychologisch abweichendes Verhalten negativ auffallen. Unter den türkei- und arabischstämmigen Befragten wurde zudem mehrfach darauf hingewiesen, dass der Konsum von Drogen im Islam eine Sünde und somit einen Verstoß gegen für diese Bevölkerungsgruppe wichtige kulturelle Werte darstellt.

Ein Teil der Befragten hatte schließlich den Eindruck, dass die Polizei nicht mehr ausreichend oder konsequent genug gegen den Drogenhandel vorgeht: *„Es gab mal eine Zeit, wo die Polizei öfter gefahren ist und kontrolliert hat. Jetzt ist aber wieder keiner da und die Drogenabhängigen bauen ihre Zelte im Park auf“* (D831:1). Dieser Eindruck verstärkt sich für einige der Befragten auch dadurch, dass sie davon ausgehen, dass die Dealenden, wenn sie denn einmal gefasst werden meist nur für kurze Zeit ins Gefängnis kommen. Aufgrund dieser Wahrnehmung unterstellen einige der Befragten, dass der deutsche Staat und die Polizei den Drogenhandel in Deutschland bewusst dulden oder sogar fördern. Zu wahrgenommenen Bedrohungen und Störungen des eigenen Wert- und Normverständnisses kommen mit dem Gefühl von mangelndem staatlichem Schutz somit ein dritter Aspekt hinzu, der das Unsicherheitsempfinden dieser Gruppe beeinträchtigt.

In den Interviews mit Vertreter*innen der **langansässigen deutschstämmigen Bevölkerung** spielte das Thema Drogen in den Interviews eine wesentlich geringere Rolle. Wo es thematisiert wurde, ging es vor allem um Hinterlassenschaften der Drogenkonsumierenden. Berichtet wurde bspw. über zurückgelassene Spritzen und Folien in Treppenhäusern von Privatgebäuden oder in Parkanlagen. Betont wurde auch das Brandrisiko oder das man gehört habe, dass Spritzen sogar in Kinderwägen entsorgt wurden. Keine*r der Befragten konnte jedoch über eigene negative Erfahrungen mit Dealer*innen oder Konsument*innen berichten. Auch spielte die Gefährdung von Kindern durch Hinterlassenschaften in Parks oder auf Spielplätzen in den Interviews keine besonders prominente Rolle. Lässt sich dies durch das fortgeschrittene Lebensalter der Befragten oder z.B. fehlende Enkelkinder, die in Neukölln leben, erklären, kann die Tatsache, dass die Drogenproblematik in den Interviews mit dieser Gruppe generell eher selten thematisiert wurde vor allem dadurch erklärt werden, dass andere Themen die Befragten wesentlich stärker verunsicherten. Dies mag der zufälligen Auswahl der Befragten geschuldet sein, die eben keine eigenen persönlichen negativen Erfahrungen gemacht haben und das Thema vor allem aus einer Unordnungsperspektive betrachten. Es ist jedoch zu vermuten, dass es etwas damit zu tun hat, dass viele Anwohner*innen schilderten, dass die Konsumproblematik vor allen in Wohnhäusern durch vielfältige Maßnahmen ein Stück weit entschärft wurde. Insbesondere wurde die Einrichtung des Drogenmobils und des Druckraums auf der Karl-Marx-Straße positiv erwähnt: *„da kann man die ja mal loben, was Politik, QM und Polizei gut gemacht haben, dass sie Anwohnerversammlungen gemacht haben, wo die verschiedenen Akteure, die Anwohnerin oder der Drogenabhängige sich dann äußerten. Und es sind ja einzelne Maßnahmen getroffen worden, das Drogenmobil zum Beispiel um das ein Stück zu kanalisieren. Das fand ich einen guten Ansatz.“ (D57:4)*

Für die befragten Vertreter*innen der **zugezogenen Mittelschicht** stellt die Drogenszene an sich kein angsteinflößendes oder bedrohliches Phänomen dar. Zu einem Ärgernis bzw. zu einem Phänomen das ihnen Sorgen bereitet wird es erst durch die Begleiterscheinungen, wie Beschaffungskriminalität., Hinterlassenschaften der Drogenabhängigen oder unangemessenem Verhalten der Drogendealer*innen. Aber auch diese nehmen die meisten nicht als Bedrohungen, sondern als Unordnungsphänomene und Verstoß gegen übliche Wert- und Normvorstellungen wahr, die vor allem „nerven“. Dass es überhaupt zu diesen Begleiterscheinungen kommt, halten die Befragten für ein Problem des Staates, der bessere Lösungen für die Drogenproblematik finden sollte. So sprechen sich die Befragten z.B. für eine Legalisierung „weicher“ und teilweise auch „harter“ Drogen aus oder fordern verstärkte Unterstützungsangebote für Abhängige von „harten“ Drogen. Auch begrüßen Personen dieser Gruppe Hilfsangebote für Konsumierende wie den mobilen Konsumraum oder den neu eingerichteten Druckraum sehr:

„Ich empfinde keine Bedrohungslage. Ich weiß, es wird gedealt. Ich finde, man sollte es legalisieren. Dann ist das gegessen. Dann verliert das Ganze das Interesse von Dealern, wenn es frei käuflich ist wie in Holland. Ich kenne keinen, der am Kiffen gestorben ist.“ (D811:9)

Es finden sich jedoch auch in dieser Gruppe Personen, die die beschriebenen Einstellungen zwar grundsätzlich teilen, für die aber insbesondere dann, wenn Kinder durch die Begleiterscheinungen in Gefahr gebracht werden, eine Grenze überschritten wird, die nicht mehr nur als Unordnungsphänomen, sondern als indirekte Bedrohung wahrgenommen wird. Dies ist z.B. der Fall, wenn Spritzen auf Spielplätzen, in Kinderwägen oder in Hauseingängen gefunden wurden. Entsprechende Personen dieser Untergruppe verwenden dementsprechend deutlich stärkere Begriffe, um ihre Besorgnis und ihren Ärger zu artikulieren:

„Ich bin auch sehr für Druckräume. Aber wenn mein Nachbar Spritzen in seinem Kinderwagen findet, das ist schon krass. Das ist der Punkt, wo meine Toleranz eine Grenze hat.“ (D14:6)

Schließlich war unter den Befragten dieser Gruppe auffällig, dass viele bereits den Versuch unternommen hatten, mit den Dealer*innen in Kontakt zu kommen und dabei durchaus festgestellt hat, dass diese auch höflich und sogar hilfsbereit sein können. Dies verdeutlicht, dass eine offene, unvoreingenommene Grundeinstellung und die Kontaktaufnahme mit Personen, die mit Unordnungsphänomenen in Verbindung gebracht werden, hier einen wichtigen Beitrag dazu leisten, das Sicherheitsempfinden positiv zu beeinflussen.

„Also, ich kenne so ein paar von denen und einige, sind immer sehr freundlich. Also, wenn wir uns auf der Straße sehen, so auf einen Handschlag, wie geht es, alles klar. Vor allem die Anführer sind die freundlichsten, höflichsten mit den besten Umgangsformen. Deshalb fühle ich mich von denen nicht bedroht.“ (D82:18)

Unter **Studierenden** ist das Unsicherheitsempfinden generell am geringsten ausgeprägt. Dies gilt insbesondere auch in Bezug auf das Thema Drogen. In Bezug auf die Dealenden ging es anders z.B. als bei den Menschen mit Migrationshintergrund nicht um deren Rolle als Dealer, sondern um ihre Präsenz und ihr Verhalten als junge Männer im öffentlichen Raum (vgl. Kapitel 2.4). Den Verkauf von Drogen betrachteten die Studierenden weder als Bedrohung, noch als Verstoß gegen ihre Wertvorstellungen. Ebenso wenig wurde die Rolle von Polizei oder Staat thematisiert. Anders verhält es sich hingegen in Bezug auf die Konsument*innen. Hier äußerten die Befragten häufig eine empathische, mitfühlende Position in Bezug auf die Lebenssituation der Drogenabhängigen:

„Mich macht das traurig, dass man mit so einem Leid konfrontiert ist in der Stadt. Aber es bedroht mich persönlich nicht, weil die mich nicht angreifen und auch nichts von mir wollen. Sie tun mir leid und ich fühle mich hilflos, weil ich nichts dagegen machen kann.“ (D80:3)

Die befragten **Personen aus dem Drogenmilieu** berichteten schließlich, dass sie sich im Fallstudiengebiet relativ sicher fühlen. Jedoch wurde deutlich, dass sich diese Sicherheit vor allem relativ definiert. Denn die Menschen sind durchaus von Konflikten und Kriminalität betroffen. So berichteten sie von körperlichen Auseinandersetzungen mit anderen Drogenabhängigen, Verfolgung durch die Polizei oder Vertreibung sowie von Tötlichkeiten, Bedrohungen und Beleidigungen durch andere Bürger*innen, wenn sie beim Drogenkonsum im öffentlichen Raum entdeckt wurden. Da sie allesamt aber bereits wesentlich schlimmere Erfahrungen in ihren Heimatländern oder mit der Bevölkerung in anderen Teilen Berlins gemacht hatten, bewerteten sie die Lage in Neukölln als relativ sicher. Dieser Eindruck wurde zusätzlich unterstützt durch die Dankbarkeit, die sie zum Ausdruck brachten für Maßnahmen wie den Druckraum und die Straßensozialarbeit, die es in anderen Teilen der Stadt so nicht gibt.

„Am Tag fühle ich mich eigentlich ganz wohl hier, muss ich sagen, bis es halt dunkel wird. Abends gibt es hier so kleine Gangs, die machen auch Stress, ja. Da kriegt man dann blöde Sprüche. Aber Tötlichkeiten habe ich erst einmal erlebt mit einem Typ, der seiner Freundin was beweisen wollte.“ (D59)

„Klar gibt es hier auch mal Stress mit den Arabern oder mit der Polizei. [...] Aber eigentlich, ist die Sicherheit ja gegeben. Die Polizei macht auch viel Kontrolle und so. [...] Also ich fühle mich hier sicherer als in Hellersdorf. Das sage ich ganz ehrlich. [...] Hier bin ich noch nie abgezogen worden, noch nicht einmal. Hier kommt es zwar zu handgreiflichen Auseinandersetzungen, aber hier zieht dich keiner ab.“

[...] Und wenn man mal Stress hat, dann kommen gleich Leute die sich einmischen. Das gibt auch Sicherheit. [...] Das ist in Hellersdorf nicht so. Da wirst du dann rüchlings auch wieder von deinen eigenen Leuten abgezogen und so. Das ist mir alles passiert.“ (D58)

Im Hinblick auf das Zusammenleben mit Personen anderer ethnischer Herkunft dominieren entsprechend der Bevölkerungszusammensetzung in Neukölln Erfahrungen mit Menschen türkei- oder arabischstämmiger Herkunft. Die Befragten berichteten von verbalen Auseinandersetzungen oder Drohungen, wenn sie z.B. im öffentlichen Raum auf Spielplätzen oder in Hauseingängen beim Drogenkonsum erwischt wurden. In der Wahrnehmung der Befragten greifen Menschen dieser Herkunft in entsprechenden Situationen eher selbst ein als die Polizei zu rufen. Aus Sicht der Konsumierenden hat dies Vor- und Nachteile. Als Vorteil wird gesehen, dass bei Konflikten im öffentlichen Raum oft auch Personen eingreifen und versuchen, die Konfliktparteien zu trennen; als Nachteil wird gesehen, dass Konflikte, zum Beispiel, wenn die Konsumierenden beim Konsum im öffentlichen Raum erwischt werden, schnell eskalieren können. Gleichzeitig berichteten die Befragten, dass es fast immer bei Drohungen und verbalen Auseinandersetzungen bleibt.

Hinsichtlich der Auswahl der Interviewpartner*innen mit Konsumerfahrungen muss an dieser Stelle abschließend darauf hingewiesen werden, dass die befragten Personen über den Fixpunkt e.V. vermittelt wurden. Diese stellen nur einen Teil der Konsument*innen dar. Inwiefern Konsumierende, die das Angebot von Fixpunkt nicht wahrnehmen eine andere Sicherheitswahrnehmung haben, konnte entsprechend nicht geklärt werden.

2.4 Präsenz und Verhalten junger Männer im öffentlichen Raum

2.4.1 Raumbezogene Phänomenbeschreibung

Die zweite große Herausforderung aus Sicht der Bevölkerung stellen **Gruppen Jugendlicher und junger Männer im Alter zwischen 15 und 25 Jahren** dar. Ein Teil dieser Jugendlichen verhält sich dabei respektlos, aggressiv, aber auch gewalttätig oder in anderer Form kriminell. Berichtet wird von Beleidigung, Bedrohung, Körperverletzung, Ladendiebstählen, Raubtaten und Drogenhandel. Entsprechendes Verhalten kann sich sowohl gegen andere Jugendliche, als auch gegen die Bevölkerung oder Gewerbetreibende richten. Es besteht der Eindruck, dass entsprechendes Verhalten meist nicht geplant, sondern aus der Situation heraus entsteht und entsprechend häufig eben die Personen trifft, die sich in der Nähe der Jugendlichen befinden. Dort, wo es zu gewaltsamen Konflikten kommt, finden diese häufig mit anderen Jugendlichen statt. Beteiligt sind dabei sowohl Jugendliche verschiedener als auch ähnlicher ethnischer Herkunft. Vor allem aufgrund weit verbreiteter Vorurteile, scheint es häufiger zu Konflikten mit osteuropäischen Jugendlichen zu kommen, die von anderen Jugendlichen als Sinti und Roma wahrgenommen werden (vgl. Kapitel 2.6). Auch in den **Bildungseinrichtungen** kommt es wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen, auch wenn sich die Situation durch intensive Kinder-, Jugend- und Elternarbeit, erhöhte soziale Kontrolle, dem Training von Resilienz und besseren Jugendfreizeitangebote bereits ein Stück weit verbessert hat. Hier ist aber zweifellos noch eine Menge zu tun. Des Weiteren wurde von **Konflikten mit Vertreter*innen der neuen Mittelschicht berichtet**. Diese stellen sich insbesondere in Form von Nutzungskonflikten um den öffentlichen Raum dar, wenn es z.B. um die Frage geht, wer in welcher Form Spielplätze oder öffentliche Plätze nutzen darf und inwiefern hier wechselseitig Rücksicht zu nehmen ist. Auch wenn Jugendlichen ab 14 Jahren die Nutzung von Spielplätzen gesetzlich verboten ist, machen diese Konflikte dennoch deutlich, **dass es auch an alternativen Aufenthaltsräumen und Freizeitangeboten fehlt, die den Sicherheitsbedürfnissen**

der Restbevölkerung gerecht werden und gleichzeitig den Bedürfnissen der Jugendlichen entsprechen.

Die Jugendlichen, die im Fallstudiengebiet auffallen, **stammen zu großen Teilen aus Nordneukölln** und sind größtenteils in Berlin geboren. Ein Großteil hat entsprechend der Bevölkerungsstruktur einen Migrationshintergrund, jedoch sind in den Gruppen Jugendliche unterschiedlichster Migrationshintergründe, deutschstämmige Jugendliche und Geflüchtete anzutreffen. Geflüchtete spielen im Fallstudiengebiet aber außer im Zusammenhang mit dem Drogenhandel nur eine untergeordnete Rolle in Bezug auf das Kriminalitätsaufkommen. Gerade unter den Jugendlichen, die im Bereich des **Drogenhandels** Geld verdienen, scheint abweichendes Verhalten aber generell seltener aufzutreten. Dies sei der Tatsache geschuldet, dass der Drogenhandel im Fallstudiengebiet meist gut organisiert und dadurch das Verhalten der Dealenden entsprechend diszipliniert ist. Laut Aussage mehrerer Befragter sollen sich unter den Jugendlichen, die im öffentlichen Raum als verunsichernd wahrgenommen werden, auch solche finden, die zumindest dem Namen nach zu jenen arabischen Großfamilien gehören, die in den Medien aufgrund krimineller Aktivitäten von Teilen ihrer Familien bekannt geworden sind. Im Rahmen der Interviews konnte jedoch nicht belegt werden, dass es sich bei den im öffentlichen Raum wahrgenommenen Jugendlichen überdurchschnittlich häufig um Kriminelle handelt oder dass der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund gegenüber der ortsüblichen Zusammensetzung der Bevölkerung abweichend ist. Vielmehr teilen lokale Sozialarbeiter*innen und Vertreter*innen der Polizei den Eindruck, dass die anzutreffenden Jugendlichen die Bevölkerungszusammensetzung in Neukölln abbilden.

Aus räumlicher Sicht halten sich die Jugendlichen meist auf Spielplätzen, öffentlichen Plätzen oder im Umfeld der Bildungs- und Jugendeinrichtungen auf. Entsprechend werden sie meist auch dort auffällig. Mit dem Aufkommen von **sozialen Medien** und der allgegenwärtigen Verbreitung von **Smartphones** sind diese Gruppen jedoch wesentlich flexibler als früher. Entsprechend sind eine räumliche Zusammenkunft und feste Treffpunkte nicht mehr zwingend erforderlich, was es den Gruppen erleichtert, sich an unterschiedlichen Orten zu treffen oder den Kontakt zeitweise vollständig über soziale Medien zu halten. Dies hat einerseits zur Folge, dass die Jugendlichen heute weniger geballt und weniger häufig an den immer gleichen Orten auftreten. Somit verringert sich die Wahrnehmung von besonders schwer belasteten Orten. Andererseits werden die Jugendlichen gerade dadurch an immer mehr Orten wahrgenommen, wenn auch nicht so häufig. Praktisch hat dies bei einigen Befragten die Folge, dass sie den Eindruck hatten, dass die Zahl der Jugendlichen im öffentlichen Raum sogar noch zugenommen hat, obwohl es sich in vielen Fällen um dieselben Jugendlichen an unterschiedlichen Orten handelt. Trotz der hohen Fluktuation wurden einige Orte zum Zeitpunkt der Interviewführung im Fallstudiengebiet im Zusammenhang mit negativem Verhalten Jugendlicher oder junger Erwachsener häufiger genannt:

- Braunschweigerstraße und die davon abzweigenden Nebenstraßen
- Esperantoplatz
- Körnerpark
- Richardplatz
- Freundschaftsplatz
- Kranoldplatz
- Allgemein die Spielplätze im Quartier

Vor allem der **Esperantoplatz** ist in den vergangenen Jahren ein besonderer Hotspot gewesen. Dank der konzertierten Zusammenarbeit von Jugendamt, Polizei und Sozialarbeiter*innen konnte die Situation dort jedoch inzwischen entschärft werden. So sitzt ein kleiner Teil der auffälligen Jugendlichen inzwischen im Gefängnis, andere sind in den Süden Neuköllns abgewandert, treiben dort ihr Unwesen und haben sich im Drogenhandel spezialisiert. Das Umfeld konnte durch die intensive Arbeit der Sozialarbeiter*innen wieder eingebunden werden.

Zur Einordnung der Problematik junger Männer im öffentlichen Raum sei an dieser Stelle abschließend angemerkt, dass der oft mit einer erhöhten Lärmbelastigung und auffälligem Verhalten einhergehende Aufenthalt von Jugendgruppen im öffentlichen Raum in Studien aus allen Teilen der Welt als Phänomen beschrieben wird, das das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung beeinträchtigt. Eine entsprechende Zuschreibung auf bestimmte ethnische Hintergründe erscheinen vor diesem Hintergrund als nachgeschobene Projektionen auf ein „normales“ gesellschaftliches Problem, das besser mit Adoleszenz, Bildungsferne und Armut erklärt werden kann als mit ethnischen oder kulturellen Erklärungsansätzen.

2.4.2 Bewertung durch unterschiedliche Akteur*innengruppen

Aus Sicht der **Polizei** hat sich die Situation aufgrund verstärkter Kontrollen und Gefährderansprachen vor allem im Umfeld des Esperantoplatzes entschärft. Im Vergleich zu anderen Teilen Nordneuköllns stellt das Fallstudiengebiet darüber hinaus in Bezug auf die Jugendkriminalität kein besonders auffälliges Gebiet dar.

In der Gruppe der **langansässigen türkei- und arabischstämmigen Bevölkerung** gibt es verschiedene Perspektiven auf die Probleme mit Jugendlichen im öffentlichen Raum. Zwar herrscht generell Einigkeit, dass es viele Jugendliche gibt, die in Teilen durch aggressives Verhalten, insbesondere durch Schlägereien und Messerstechereien auffallen, jedoch beeinträchtigt dies das Sicherheitsempfinden der Befragten auf unterschiedliche Weise. Für einen Teil der Befragten stehen vor allem die häufigen Konflikte zwischen den Jugendlichen im Vordergrund. In dieser Gruppe wird die Bedrohung für die eigene Person meist als relativ gering eingeschätzt. Handelt es sich in dieser Gruppe um die Eltern von Jugendlichen, dann besteht jedoch in vielen Fällen die Sorge, dass die eigenen Kinder selbst Opfer gewaltbereiter Jugendlicher werden könnten:

„Ich habe immer Angst, ich rufe hundertmal meine Kinder an und frage: Wo seid ihr, wann habt ihr Schluss, wann seid ihr zu Hause. Also, früher war es sicherer.“ (D832:17)

Diese Sorge wird noch zusätzlich verstärkt, durch die wahrgenommene Zunahme von Messern, Gangsterterrap und Drogenkonsum unter Jugendlichen. Für einen Teil der Befragten sind dies typische Symbole für eine zunehmende Verschlechterung der Sicherheitslage in Neukölln:

„Wenn ich meinen Sohn frage, warum trägst du ein Messer, dann sagt er, weil das jeder hat. Wenn du kein Messer hast, kannst du dich nicht wehren. Du musst ein Messer haben, in der U-Bahn, egal wo. Alle haben eines und sie sagen ohne Messer gehen die nicht von zu Hause weg. Das ist hier wie in Manhattan langsam. Ich habe große Angst.“ (D833:18)

Für eine weitere Gruppe steht hingegen das eigene Bedrohungsgefühl und in eigenen Fällen auch die eigenen Erfahrungen von Jugendlichen ausgeraubt oder bedroht worden zu sein im Vordergrund. Vor allem diese Personen, die bereits Opfer geworden sind, schildern ihr Unsicherheitsgefühl in deutlichen Worten:

„Fünf Jugendliche haben mich mit einem Messer bedroht und meine Tasche genommen. Meine ganzen Dokumente waren weg. [...] Seitdem gehe ich, wenn es dunkel wird nicht mehr raus, weil ich wirklich Angst habe, wenn ich Jugendliche sehe mit Kapuze und schwarzen Sachen.“ (D89:5)

Auffällig ist, dass es nur wenige räumliche Verortungen gibt. In den Interviews wurden also nur selten, und wenn dann nur exemplarisch, konkrete Orte benannt (siehe oben), die als besonders „belastet“ mit Jugendlichen und jungen Männern waren. Wo dies doch einmal der Fall war, waren es meist die größeren oder zentralen Plätze im Quartier, Schulhöfe, Spielplätzen oder Parkanlagen, in denen sich die Jugendlichen in ihrer Freizeit aufhalten. Da es sich hierbei aber auch allgemein um typische Aufenthaltsorte von Jugendlichen handelt, fällt es schwer aus den Antworten dieser Gruppe besondere räumliche Auffälligkeit im Fallstudiengebiet abzuleiten. Da die genannten Orte aber auch für einen Großteil der Bevölkerung wichtige Aufenthalts- oder Durchgangsorte darstellen entsteht in der Wahrnehmung der Befragten schnell der Eindruck, dass es sich um ein Problem handelt, das allgegenwärtig ist und dem man nur schwer entkommen kann. Es ist davon auszugehen, dass dies das Sicherheitsempfinden zusätzlich beeinträchtigt.

Eine andere Auffälligkeit betrifft die Frage, welche Vermutungen die Befragten in Bezug auf die Herkunft der Jugendlichen äußern. Zwar spielte dies nur in einem Teil der Interviews eine Rolle, wo dies jedoch der Fall war, fiel auf, dass die Befragten vor allem Jugendliche anderer Herkunft und meist solche, die zu einem späteren Zeitpunkt nach Deutschland gekommen sind als sie selbst oder ihre Familien, als besonders problematisch empfanden. So nahmen beispielsweise türkeistämmige Personen Jugendliche mit arabischem oder syrischem Migrationshintergrund oder solche aus Romafamilien häufiger als problematisch war:

„Ich denke schon, dass Jugendliche von arabischen Gruppe, gegen Jugendliche von Romafamilien oder Flüchtlingsfamilie oder keine Ahnung sind. Bei denen gibt es sehr viel Streit“ (D611:6)

Im Gegensatz dazu sieht ein Teil der arabischstämmigen Befragten eher die neu hinzugekommenen Jugendlichen aus Syrien oder Osteuropa als Problem:

„Viel Streit gibt's auch mit denen aus Osteuropa. Die hängen draußen rum und machen Ärger, oder auf dem Schulhof gibt's Streit mit denen.“(D83:28)

„Die Probleme, die es gibt, das sind die unbegleiteten Flüchtlinge. Die Jugendlichen. Mit denen gibt es Probleme. Weil die einfach ihre Familien nicht haben oder die Ehemänner oder Männer, die ledig sind, mit denen gibt es Probleme. Die hängen dann hier rum in den Parks oder gehen in die Arkaden und, jetzt im Sommer wird es ganz schlimm, die werden dann hier überall rumhängen, Frauen begaffen, Frauen anmachen, ansprechen“ (D94:19)

Dieses Phänomen bezieht sich jedoch nicht nur auf das Bedrohungsgefühl durch Jugendliche anderer Ethnien, sondern beschreibt generell die Haltung eines Teils der Bevölkerung unabhängig von ihrem Migrationshintergrund. Dies wird in Kapitel 6.5 im Detail erörtert.

Wichtig ist an dieser Stelle jedoch zu betonen, dass es sich bei Personen mit entsprechenden Ressentiments nur um einen Teil der Befragten handelt. Auffällig ist auch hier wieder, dass in Interviews mit Personen, die bereits positive Kontakterfahrungen mit Jugendlichen anderer Herkunft gemacht haben, das Thema Herkunft auch eine wesentlich geringere Rolle gespielt hat, wenn dies durch den Interviewer nicht explizit angesprochen wurde. Aber auch dann betonten die Befragten, dass die Probleme

mit den Jugendlichen in erster Linie aus den Lebensumständen der Jugendlichen resultieren und nichts mit dem Migrationshintergrund zu tun haben:

„Wenn Jugendliche keine Schule, keinen Beruf oder keine was weiß ich haben, machen die allen möglichen Blödsinn. Es ist egal wo die herkommen.“ (D89:6)

In Bezug auf das Sicherheitsempfinden zeigen Personen die sich derart empathisch in Bezug auf die Jugendlichen äußerten wesentlich weniger Verunsicherung als diejenigen, die über die Herkunft argumentierten. Gleichzeitig berichteten erstere auch über ihre positiven Kontakte mit Jugendlichen und generell Personen mit anderem Migrationshintergrund und forderten, nach notwendigen Maßnahmen befragt mehr Sozialarbeit mit den Jugendlichen und mehr Beratungsstellen und Fördermöglichkeiten. Hingegen sprachen sich viele Befragte aus der Gruppe die über die Herkunft argumentierte, verstärkt für ein härteres Durchgreifen der Polizei bzw. härtere Strafen durch die jeweiligen Bildungseinrichtungen der Jugendlichen aus. Nicht eindeutig geklärt werden kann auf Basis der Datengrundlage, ob die positiven Kontakte zu den empathischen Deutungsmustern geführt haben oder ob die empathische Einstellung die Voraussetzung dafür ist, sich auf persönliche Kontakte mit Menschen anderer Herkunft einzulassen.

In der Gruppe der Befragten **langansässigen, deutschstämmigen Bevölkerung** hatten die Personen, die bereits negative Erfahrungen mit Jugendlichen gemacht haben das größte Unsicherheitsempfinden. Ein Großteil der Befragten konnte von Ereignissen berichten, bei denen die Jugendlichen ihnen gegenüber aggressiv aufgetreten sind oder sie bedroht haben:

„Auf der Straße wurde ich von Jugendlichen schon bedroht, wenn ich nur mal sage: Ich möchte vorbei. Das ist mir viel zu viel und viel zu krass.“ (D56:1)

„Am Esperanto Platz gab es eine Gruppierung von Jugendlichen, die uns Anwohner in Angst und Schrecken versetzt haben.“ (D571:2)

„In der Schierkestraße habe ich es auch schon gesehen, dass Jugendliche dort Randalie gemacht haben und die Leute angepöbelt haben. Da kann man nur einen großen Bogen drum machen.“ (D572:3)

Die Jugendlichen wurden von den Befragten als Personen mit Migrationshintergrund beschrieben, auch wenn es den Befragten schwerfiel, konkret zu benennen, was für eine Herkunft die Jugendlichen haben. Viele gaben auch an, dass sie diesbezüglich nur spekulieren können. Die Projektion von Unsicherheit auf bestimmte Ethnien ist in dieser Gruppe somit sehr viel weniger differenziert als in der Gruppe der langansässigen Menschen mit Migrationshintergrund.

Hinsichtlich der Orte, von denen sie über negative Erfahrungen mit Jugendlichen berichteten, wurden vor allem der Bereich um den Körnerpark, der Freundschaftsplatz, der Esperantoplatz sowie der Bereich der Braunschweiger- und der angrenzenden Seitenstraßen genannt. Neben Pöbeleien und Bedrohungen, die scheinbar ohne Anlass erfolgten, berichteten die Befragten über Diebstahl- und Schlägereien zwischen den Jugendlichen, von denen die Befragten von Dritten oder aus den Medien gehört haben. Generell empfinden es viele aber auch bereits als bedrohlich, wenn junge Männer in Gruppen im öffentlichen Raum herumstehen und zumindest gefühlt den Durchgang blockieren. Zwar behelfen sich viele, indem sie die Straßenseite wechseln, das Unsicherheitsgefühl ist jedoch aufgrund der wahrgenommenen Blockierung der Laufwege und der Unmöglichkeit eines interaktionsfreien Durchkommens bereits beeinträchtigt.

Auffällig ist auch in dieser Gruppe, dass diejenigen unter den Befragten, die über keine positiven Erfahrungen mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund berichten konnten, ihre Verunsicherung auch in deutlicheren Worten äußerten („ich fühle mich hier nicht mehr wohl“ (D56), „haben uns Angst gemacht“ (D571). Im Gegensatz dazu äußerten Personen mit positiven Erfahrungen eher Erklärungen zu den Ursachen und Lebensumständen der Jugendlichen, stellten sachlich fest, dass es entsprechende Probleme gebe oder äußerten, dass ihnen das Problem Sorge bereite.

Für das Sicherheitsgefühl, bezogen auf Gewalt und Belästigung im öffentlichen Raum, haben die osteuropäischen Jugendlichen in den Interviews mit den alteingesessenen Deutschen keine besondere Rolle gespielt. Das Thema Diebstahl wurde in diesem Kontext zwar vereinzelt erwähnt, einen direkten Zusammenhang zwischen den im Fallstudiengebiet lebenden Menschen mit osteuropäischem Migrationshintergrund und Diebstahl äußerten die Befragten jedoch nicht. Wo von „den Osteuropäer*innen“ die Rede war, ging es um die sogenannten „Problemimmobilien“ im Bereich der Braunschweigerstraße. Diese wurden auch von der langansässigen deutschen Bevölkerung als verunsichernd wahrgenommen. Hierbei ging es jedoch nicht um Bedrohungen, sondern um wahrgenommene Verstöße gegen Wert- und Ordnungsvorstellungen der Befragten. Eine direkte Betroffenheit oder gar Bedrohung wurde nicht geäußert. Im Gegenteil wurden die Osteuropäer*innen häufig als verhältnismäßig friedlich beschrieben.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass auch in dieser Gruppe positive Begegnungserfahrungen eine wichtige Grundlage zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls darstellen und das umgekehrt negative Erfahrungen oder konkrete Opferwerdung sich negativ auf das Sicherheitsempfinden auswirken.

Auch unter den Vertreter*innen der **neuen Mittelschicht** war das Verhalten der Jugendlichen im öffentlichen Raum ein wichtiges Thema. Jedoch argumentierten Personen dieser Gruppe in allen Fällen mit einer stark relativierenden Grundhaltung. Demnach wären Jugendliche und junge Männer ganz unabhängig von ihrem Migrationshintergrund oder dem Stadtteil Neukölln überall ein Problem. Es sei somit egal in welchem Stadtteil man sich aufhalte.

„Ich meine gut, bei meinem Auto haben sie auch die Scheibe eingeschlagen. Aber das kann überall passieren.“ (D811:7)

„Ich merke gar nichts. Ich sehe es irgendwie nicht so, ich glaube, das machen die irgendwie überall so und wenn mal was ist, dann machen die das unter sich, klar.“ (D812:2)

Das aggressive Verhalten sei vielmehr darauf zurückzuführen, dass es den Jugendlichen an Perspektiven und Beschäftigung fehle. Einige berichteten zudem, dass sie die Erfahrung gemacht haben, dass die Jugendlichen in der Regel sehr offen und freundlich reagieren, wenn man ebenso freundlich auf sie zugeht und sich bemüht mit ihnen ins Gespräch zu kommen:

„Aber ich habe auch mal mit einigen von denen gesprochen hier auf dem Platz. Also, wenn man sich auch selbst Mühe gibt, dann sind die auch sehr höflich und freundlich.“ (D82:5)

Trotz dieser Relativierungen berichten aber auch Vertreter*innen dieser Gruppe von Beleidigungen oder Rempelen und insbesondere Eltern mit kleinen Kindern konnten von Konflikten auf Spielplätzen erzählen. Dort ist es wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen den eigenen und Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund gekommen. In Einzelfällen wurden die kleineren Geschwister von den Jugendlichen wohl auch angestachelt die deutschstämmigen Kinder zu ärgern oder es wurde

explizit gedroht, dass man vom Spielplatz verschwinden solle. Es wurde zudem beschrieben, dass man den Eindruck hatte, dass das Verhalten von den ebenfalls anwesenden Eltern dieser Kinder billigend in Kauf genommen wurde. Diese Nutzungskonflikte führten zum Teil dazu, dass die Familien der neuen Mittelschicht sich von den entsprechenden Spielplätzen seitdem fernhalten, was als starke Einschränkung der Bewegungsfreiheit wahrgenommen wird. Dennoch bleibt auch in dieser Untergruppe das Sicherheitsempfinden in Bezug auf die Jugendlichen differenziert und führte in keinem Fall zu einer pauschalen Verurteilung der Jugendlichen oder Menschen mit Migrationshintergrund.

Das relativierende Deutungsmuster, mit dem die Befragten der neuen Mittelschicht den Problemen begegnen, sowie die Bereitschaft auch auf vermeintlich „schwierige“ gesellschaftliche Gruppen zuzugehen, hat zur Folge, dass in dieser Gruppe das Unsicherheitsempfinden relativ gering ist. Gleichwohl wird auch hier deutlich, dass negative Erfahrungen durchaus das Potential haben das Sicherheitsempfinden zu erschüttern. Unter Umständen hat dies auf lange Sicht zur Folge, dass die Personen der neuen Mittelschicht nicht nur nach der Dauer der Anwohnerschaft, sondern auch hinsichtlich der Einstellungen und Ansichten der heute langansässigen deutschstämmigen Bevölkerung annähern und also selbst nach Dauer und Einstellung zur langansässigen deutschstämmigen Bevölkerung werden. Inwiefern dies jedoch so kommen wird, kann im Rahmen dieser Untersuchung natürlich nicht überprüft werden.

Auch die befragten **Studierenden** argumentieren, dass die Verhaltensweisen von Jugendlichen im öffentlichen Raum ein typisches Stadtphänomen darstellen, das es überall gebe und das nichts mit dem Migrationshintergrund zu tun habe. Ebenso wie in der Gruppe der neuen Mittelschicht scheint das Unsicherheitsempfinden sehr gering bzw. nicht vorhanden zu sein. Und auch hier scheint es in direktem Zusammenhang mit der relativierenden Argumentationsweise der Befragten zu stehen. Wo die Studierenden doch einmal den Eindruck haben, dass sie in eine unsichere Situation geraten könnten, empfehlen sie, den Jugendlichen „einfach aus dem Weg zu gehen und gut ist“ (D79:3). Darüber hinaus finden sich auch hier wieder empathische Argumentationen in Bezug auf die Lebenssituation der Jugendlichen und Forderungen nach mehr Initiativen, um Jugendliche und auch Erwachsene unterschiedlicher Kulturen zusammenzubringen:

„Die sind meistens sehr arm, haben keinen Schulabschluss oder kommen aus schwierigen Familien und sowas. Aber solche Jungs gibt es eben nicht nur hier, die gibt es ja überall. [...] Also ich finde es besser, wenn man denen mehr anbieten würde als das die Polizei Jagd auf die macht.“ (D79:2)

„wenn ich jetzt irgendwie ein junger Türke bin, der hier lebt, vielleicht nur Hauptschulabschluss gemacht habe oder so. Dass ich gar nicht denken würde, dass ich so willkommen bin. Da müsste man wahrscheinlich eine bessere Schnittstelle finden. [...] Vielleicht bräuchte es auch persönlichere Angebote. Vielleicht braucht es auch mehr Jugendhäuser, wo Betreuer sind, die irgendwie cool sind, die man mag.“ (D80:10,11)

Das Sicherheitsempfinden der befragten Studierenden ist sehr hoch. Dies verwundert nicht, da keine*r der Befragten selbst bereits Opfer geworden ist, noch im persönlichen Umfeld Opfer zu beklagen hatte. Lediglich eine der Befragten Studentinnen konnte von einem Ereignis berichten, bei dem eine ihr nicht bekannte Person mit dem Messer bedroht wurde und der sie ihre Hilfe angeboten hatte. Dennoch beschreibt auch diese Person, dass sie sich in Neukölln „sehr sicher“ fühlt und die wenigen Erlebnisse, die sie hatte, für sich persönlich „nicht als bedrohlich“ empfindet.

2.5 Aggressives und respektloses Verhalten

2.5.1 Raumbezogene Phänomenbeschreibung

Sind Körperverletzung, Nötigung, Bedrohung zwar größtenteils mit Jugendlichen und jungen Männern assoziiert, berichteten viele Interviewte aber auch von einer generellen Zunahme von Aggressivität im öffentlichen Raum, unabhängig von Alter oder Migrationshintergrund. Beklagt wird eine generelle Zunahme respektlosen und aggressiven Verhaltens der Menschen untereinander.

Vermeehrt wahrgenommen wurden lautstarke Streitereien und Beleidigungen sowie eine Zunahme von auch körperlich ausgetragenen Konflikten. Die Anlässe dieser Auseinandersetzung sind für die Beobachter oft nicht nachzuvollziehen oder erscheinen ihnen banal. Mehrfach erwähnt wurden z.B. Streitereien zwischen Verkehrsteilnehmer*innen oder Auseinandersetzungen zwischen Eltern auf Spielplätzen wegen Konflikten zwischen ihren kleinen Kindern. Mitunter werden solche Konflikte auch körperlich ausgetragen. Besonders stark im Gedächtnis geblieben sind vielen Personen einige Massenschlägereien zwischen Familien im öffentlichen Raum, die als besonders spektakulär und auch aufgrund ihres Ausnahmecharakters als besonders bedrohlich wahrgenommen wurden. Oft wird auch in den Medien über diese berichtet und entsprechende Nachrichten verbreiten sich schnell. Bemerkenswert ist, dass die meisten Berichte über entsprechende Ereignisse in den Interviews sich auf wenige meist dieselben Ereignisse bezogen haben. Dies macht deutlich, wie sehr derartige Gewalttaten das Sicherheitsempfinden der Menschen im Fallstudiengebiet prägen, auch wenn es sich dabei um seltene aber eben herausragende Ereignisse handelt.

Vertreter*innen von Bildungseinrichtungen berichteten schließlich, dass es wiederholt zu aggressiven Anfeindungen gegenüber Lehrer*innen, Erzieher*innen oder der Einrichtungsleitung gekommen ist. Meist hatten die Eltern den Eindruck, dass ihre Kinder ungerecht behandelt wurden und gingen offenbar davon aus, dass sie durch Einschüchterung und Aggressivität Gerechtigkeit für ihre Kinder herstellen könnten.

Die Intensität der Konflikte und der Grad der Eskalation werden in einen Zusammenhang gebracht mit einer Reihe wahrgenommener, konfliktfördernder Normvorstellungen bzw. Verhaltenseigenheiten, die in einem Teil der Bevölkerung im Fallstudiengebiet verbreitet zu sein scheinen. Zu diesen gehören, dass:

- Konflikte eine impulsive, temperamentvolle Reaktion erfordern.
- eigene Schuldanteile an einem Konflikt nicht eingestanden werden können oder dürfen.
- wahrgenommenes Unrecht Vergeltung erfordert.
- ein hohes Loyalitäts- und Unterstützungsgebot gilt. Sind einzelne Familienmitglieder in Konflikte verwickelt, sind alle anderen moralisch verpflichtet, diesem beizustehen und die zuvor genannten Normvorstellungen durchzusetzen.

Je nachdem, ob und in welchem Umfang die Konfliktparteien eine oder mehrere dieser Normvorstellungen teilen, führt dies zu mehr oder weniger stark eskalierenden Konflikten. Folgt nur eine Partei entsprechenden Vorstellungen, wird es in der Regel nicht zu einer Eskalation der Gewalt kommen. Teilen beide Parteien jedoch derartigen Normverständnisse, können je nach Konstellation entsprechende Konflikte bis hin zu schweren Gewalttaten zwischen ganze Familien eskalieren.

Hinsichtlich der Frage, wer die Beteiligten dieser Familienkonflikte im Fallstudiengebiet sind, berichten die Befragten unabhängig von ihrem eigenen Migrationshintergrund, dass es sich um Personen mit

türkischem oder arabischem Migrationshintergrund handelt. Deutlich wurde aber auch, dass diese einhellige Zuschreibung sich lediglich auf eskalierende Familienkonflikte bezieht. In Bezug auf Konflikte, die auf zwei oder wenige Personen (exklusive Jugendliche und junge Männer) beschränkt blieben, wollten die Befragten jedoch keine besondere Häufung bestimmter Migrationshintergründe ausmachen. Vielmehr konnten die Befragten sowohl von Konflikten unter Beteiligung von augenscheinlich deutschstämmigen als auch von migrantischen Männern und Frauen berichten. Dies lässt den Schluss zu, dass überzogene familienbezogene Loyalitäts- und Unterstützungsgebote zwar tatsächlich vor allem unter türkei- oder arabischstämmigen Mitbürgern vorzufinden sind. Jedoch sind sie auch in diesen Gruppen weder allgemein akzeptiert noch weit verbreitet. Dies wurde zum einen dadurch deutlich, dass die Befragten mit Migrationshintergrund sich in überwiegender Mehrheit von derartigen Taten distanzieren und zum anderen dadurch, dass entsprechende Familienkonflikte nur sehr selten passieren aber dennoch oder gerade deshalb besonders lange im Gedächtnis der Menschen bleiben. Zum anderen legen die Wahrnehmungen der Befragten nahe, dass in allen Bevölkerungsgruppen Normen wie Impulskontrolle, konstruktives Konfliktlösen und Friedfertigkeit rückläufig sind.

2.5.2 Bewertung durch unterschiedliche Akteur*innengruppen

Die **Polizei** sieht aggressives und respektloses Verhalten vor allem im Zusammenhang mit dem Verhalten Jugendlicher und junger Erwachsener sowie mit den Mitgliedern krimineller arabischer Großfamilien. Insbesondere letztere fallen häufig durch respektloses Verhalten gegenüber der Polizei, gewaltsame Auseinandersetzungen mit anderen arabischen Großfamilien, Profilierungsfahrten und ausgeprägtem Revierverhalten im öffentlichen Raum auf. Aber auch Teile der arabischstämmigen Bevölkerung werden von der Polizei als respektlos und aggressiv wahrgenommen. So wird berichtet, dass es in Nordneukölln häufiger zu Konflikten innerhalb der arabischstämmigen Bevölkerung im öffentlichen Raum kommt, die teilweise auch mit Gewalt ausgetragen werden. Auch im Rahmen von Polizeieinsätzen berichtet die Polizei von Menschaufläufen, aus denen heraus es ebenfalls immer wieder zu aggressivem und respektlosem Verhalten gegen Einsatzkräfte kommt.

Aus Sicht der **türkei- und arabischstämmige langansässigen Bevölkerung** stellen Streitereien und Aggressionen einen wesentlichen Beitrag zur Unsicherheitswahrnehmung dar. Die Befragten hatten häufig auch den Eindruck, dass diese Phänomene zunehmen. Unter den Streitereien wurden mit Gewalt ausgetragene Konflikte zwischen Familien hervorgehoben. Besonders spektakuläre und in den Medien präsente Ereignisse wie Massenschlägereien in der Öffentlichkeit oder in den vergangenen Jahren verübte Morde wurde häufig als Beispiele benannt. Vor allem der Mord an Nidal R. spielte im Fallstudiengebiet in den Interviews mit Vertreter*innen dieser Gruppe eine wichtige Rolle. Während diese Ereignisse im Mittelpunkt vieler Interviews standen, betonten die meisten der Interviewten aber auch, dass sie keine Sorge haben, gezielte Opfer derartiger Taten zu werden, aber durchaus die Sorge besteht, unschuldig in entsprechende Auseinandersetzungen verwickelt zu werden:

„B2: Aber ich glaube, diese Schießereien, auch z.B. an diesem Nidahl, das sind Rachesachen. Das machen die untereinander. Aber trotzdem ich gehe jetzt trotzdem sehr ungerne da lang.

B3: Trotzdem, denn es können auch Zivilmenschen davon betroffen sein von diesen arabischen Schießereien. Wenn da jemand in der Nähe ist, da waren auch viele Kinder.“ (D832/3:7)

In ihren Reaktionen auf derartig herausragende Gewalttaten unterscheiden sich die Befragten stark. So gibt es sowohl einige, die angeben den öffentlichen Raum aufgrund derartiger Vorfälle generell zu meiden, um entsprechenden Situationen aus dem Weg zu gehen, während andere zwar ebenfalls ihre Sorge über die wahrgenommene Zunahme von aggressivem und gewalttätigem Verhalten artikulieren,

aber auf dieses vor allem mit erhöhter Wachsamkeit reagieren. Schließlich gibt es eine dritte Gruppe, die relativierend argumentiert und der Meinung ist, dass es entsprechende Phänomene überall gebe. Auch unter den Menschen mit Migrationshintergrund lässt sich beobachten, dass eine relativierende Einstellung dazu führt, dass die Personen angeben keine Angst zu haben oder nur wenig besorgt zu sein.

„Bestimmt gibt es einen Grund, weswegen die Schießerei stattgefunden hat, ja, aber Angst auf die Straße zu gehen und jemand schießt auf mich, nein. Also ich habe keine Angst [...] Also Schießerei oder Schlägerei kann überall passieren, nicht nur in Neukölln.“ (D834:23)

Neben diesen sehr brutalen Formen der Gewalt beklagen viele der Befragten aber auch, dass sie in und um Kneipen, Cafés, Shishabars oder Spielcasinos wiederholt Streitereien und aggressives Verhalten der männlichen Besucher beobachtet haben. Der Eindruck ist, dass entsprechendes Verhalten nicht nur auf Jugendliche beschränkt ist, sondern generell ein Teil der männlichen Besucher z.B. aufgrund von Alkohol- oder Drogenkonsum oder aus Frustration, weil viel Geld beim Glücksspiel verloren wurde, zu aggressivem Handeln neigen. Von entsprechenden Erlebnissen konnte zumindest ein Teil der Befragten selbst, viele aber nur aus zweiter Hand oder aus den Medien berichten:

„So in Kneipen gibt es immer Stress. Ich bin selber Ausländer, aber manche Ausländer machen Probleme. Zurzeit ist es in Neukölln wirklich nicht gut.“ (D89:2)

„In den Shisha-Bars oder diesen Cafés da sind die betrunken und dann stehen die da draußen und man weiß nicht was passiert.“ (D944:14)

„Einmal ging ich da vorbei und da standen diese Männer und die waren so laut, haben herumgeschrien und der hat dann den anderen geschlagen. Ich habe mich umgedreht und bin schnell wegelaufen.“ (D946:14)

„Ja, oder die Familie auch, mit den Ehemännern oder so. Die verspielen ihr ganzes Geld und machen ihre ganze Familie dadurch kaputt.“ (D945/5:15)

Fragt man wer besonders mit aggressivem oder gewaltvollem Verhalten in der Öffentlichkeit auffällt, werden neben den in den letzten Jahren nach Deutschland Geflüchteten auch andere türkei- und arabischstämmige Personen genannt, die in den Augen der Befragten ein falsches Normenverständnis haben. Dies begründen die Befragten wahlweise über ein „altmodisches“ Männerbild oder damit, dass entsprechende Personen keine guten Muslime sind.

Aber eine Zunahme von Aggression sehen die Befragten nicht nur in der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund. Vielmehr wurde wiederholt berichtet, dass auch ein Teil der älteren deutschstämmigen Bevölkerung als aggressiv wahrgenommen wird. Die Befragten deuten diese Aggressionen als rassistisch motiviert¹⁰.

Die **langansässige deutschstämmige Bevölkerung** berichtet ebenfalls über rücksichtsloses und aggressives Verhalten. Unter den Befragten waren Gewalttaten zwar auch präsent und wurden als Bedrohung wahrgenommen, jedoch spielte dieses Thema weniger stark eine Rolle als in der Gruppe der Personen mit Migrationsgeschichte. Dies liegt vermutlich auch daran, dass die Befragten weniger über

¹⁰ Gleichzeitig wurde in den Interviews deutlich, dass rassistische Stereotype in fast allen Bevölkerungsgruppen zu finden sind und somit ein allgegenwärtiges Problem darstellen auf das im nachfolgenden Kapitel noch einmal separat eingegangen wird.

konkrete eigene Erfahrungen berichten konnten. Wesentlich prägt hier die mediale Berichterstattung über spektakuläre Ereignisse das Bild von zunehmender Gewalt.

„B: Schauen sie doch mal was hier los ist. Raub, Diebstahl oder mit Messern gehen sie aufeinander los, teils die ganze Familie. Das ist doch Wahnsinn.

I: Berichten sie mal, was haben sie da so erlebt?

B: Erlebt jetzt selber so nicht, aber das können sie doch überall lesen und im Fernsehen. Lesen sie denn keine Zeitung?“ (D93: 4)

Während schwere Formen von Gewalt also eher über Medien an die Personen herangetragen werden, stand für die langansässigen Deutschen vielmehr das als rücksichtslos wahrgenommene Verhalten ihrer migrantischen Mitbürger*innen in der Öffentlichkeit im Zentrum. Dieses führt bei den Befragten jedoch nicht zu Angstgefühlen, dafür wurde aber umso deutlicher der Ärger über wahrgenommene Normübertretungen artikuliert:

„Hier auf dem Platz da sitzen die Leute und grölen und krakelen herum, machen alles kaputt. Das ist genau wie hier. Hier sind ja auch alle Bänke zerstört worden.“ (D90: 2)

„Ich fühle mich nicht mehr zu Hause. Vor allem vorne auf der Karl Marx Straße nicht mehr. Mir gucken die Leute zu wenig, sind so rücksichtslos zueinander, machen keinen Platz und dann pöbeln die einen gleich an. Und der Dreck stapelt sich. Ist nicht meins.“ (D56:2)

„Jedenfalls wenn ein arabischer Mitbürger in der Sonnenallee aus dem Bus aussteigt, sich vor dem Bus hinstellt und telefoniert, dann wieder einsteigt und sagt, jetzt kannst du weiterfahren. Das stört mich. Ich könnte auch einen anderen Ausdruck benutzen.“ (D88:2)

In der Gruppe der langansässigen deutschstämmigen Bevölkerung zeigte sich, dass diejenigen Befragten, die über positive Erfahrungen mit Menschen mit Migrationshintergrund z.B. aus ihrer Nachbarschaft berichten konnten, sich auch differenzierter über das Verhalten anderer in der Öffentlichkeit äußerten und weniger stark über Unsicherheitsgefühle sprachen. Insbesondere zeigte sich das in Bezug auf das nähere Wohnumfeld, das als weniger problematisch aufgefasst wurde als die umliegenden Gebiete und vor allem die Karl-Marx-Straße. Unter den Befragten waren zwei, die einen Bezug zur Kultur der Personen mit Migrationshintergrund zur Erklärung des wahrgenommenen Verhaltens herstellten. Unter den anderen Befragten argumentierte ein Teil relativierend und stellte fest, dass es entsprechende Probleme nicht nur in Neukölln gebe bzw. es diese Probleme schon immer gab, während andere auf Armut, fehlende Arbeitsplätze oder Verdrängung durch die steigenden Mieten hinwiesen. Zwei der Interviewten äußerten auch offen ihre Ratlosigkeit und beantworteten die Frage mit Gegenfragen bzw. generell mit Fragen, die wahrgenommene Phänomene im Zusammenhang mit migrantischem Leben betreffen:

„Ich verstehe das auch nicht. Ich frage mich, warum kann man nicht einfach Platz machen oder eine gewisse Höflichkeit?“ (D56:3)

„I: Wie erklären sie sich diese Rücksichtslosigkeit? Wo kommt das her?

B: Tja wenn ich das wüsste. Sie sind doch der Forscher, was sagen sie denn da dazu?“ (D93:7)

Diese Fragen lassen sich mit einer gewissen Verunsicherung in Teilen der langansässigen deutschstämmigen Bevölkerung erklären. Auf der einen Seite stehen positive Erfahrungen mit migrantischen Nachbar*innen oder Arbeitskolleg*innen auf der anderen Seite ärgern sie sich in pauschalisierender Weise

über Verhaltensweisen und Erscheinungsformen von Menschen mit Migrationshintergrund. Die beiden Erfahrungsebenen sind für diese Personen nur schwer in Einklang zu bringen. Die Folge ist eine ambivalente Einstellung gegenüber ihren Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund.

Die zugezogene **Mittelschicht** schafft es größtenteils sich von Konflikten in die sie nicht selbst involviert sind emotional zu distanzieren. Entsprechend geben sie z.B. an, dass sie durch Streit oder Gewalttaten meist nicht verunsichert werden, da sie annehmen, dass es sich dabei um Konflikte zwischen migran-tischen Familien oder Mitgliedern der organisierten Kriminalität oder in der Drogenszene handelt und sie selbst nicht Opfer derartiger Auseinandersetzungen werden können. Dennoch sehen die Befragten durchaus die Gefahr, als Unbeteiligte unbeabsichtigt in derartige Konflikte mit hineingezogen zu werden. Dies führt aber weniger zu einem größeren artikulierten Unsicherheitsempfinden als zu einer größeren Achtsamkeit im öffentlichen Raum:

„Wenn man aufpasst merkt man halt manchmal, dass unter denen was geht. Da denke ich halt einfach, ich habe zwei Kinder. Ich muss jetzt nicht in eine Prügelei reinkommen. Aber das ist dann halt die einzige Paranoia, die ich habe. Der Sache, gehe ich einfach aus dem Weg. Aber sonst habe ich keine Angst hier.“ (D812:12)

Trotz ihrer oft distanziereten oder relativierenden Einstellung geraten auch Vertreter*innen der zugezogenen Mittelschicht oder nahe Verwandte oder Bekannte vereinzelt in entsprechende Konflikte. Personen die von derartigen Erlebnissen berichten konnten, sagten, dass sie diese Ereignisse sehr beunruhigt haben ihnen sogar Angst machten:

„Die erste Situation, wo ich nicht sicher war, ob wir hierbleiben. [Ich] sah 40,50 Leute mit Baseballschlägern und Latten und so weiter aufeinander einprügeln. Das war diese Massenschlägerei vor ein paar Jahren [...] das hatte mich damals sehr schockiert. [...] Das hat mir Angst gemacht, weil es das erste Mal war, dass es eine Situation war, in der Zivilbevölkerung, also Leute, die nichts damit zu tun haben, mit involviert waren.“ (D14:16-19)

Hinsichtlich der Frage nach den Ursachen für aggressives Verhalten sehen die meisten Befragten Armut, Arbeitslosigkeit und Verdrängung als wichtige Faktoren. Einige äußerten auch die Vermutung, dass manche Personen auch durch ihr Auftreten und ihre Einstellung gegenüber ihren Mitmenschen in Konflikte hineingezogen werden. Kulturelle Faktoren spielten in den Interviews nur am Rande eine Rolle und nur als ein Faktor neben den besonderen Lebensumständen. Wie bereits erwähnt, liegt es nahe, einen engen Zusammenhang zwischen den empathischen Deutungsmustern der Befragten und dem gleichzeitig von ihnen angegebenen geringen Unsicherheitsempfinden zu bestehen.

Interessant ist schließlich, dass Personen dieser Gruppe, die bereits mehrfach negative Erfahrungen gemacht haben auch häufiger über Ängste und Sorgen sprachen. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass bei ausreichend negativen Erfahrungen nicht nur eine allgemeine Zunahme des Unsicherheitsempfindens sondern auch ein Einstellungswechsel eintreten kann. Entsprechende Personen lassen sich dann unter Umständen auf lange Sicht besser durch die Einstellungen der langansässigen deutschstämmigen Bevölkerung beschreiben. Eine Überprüfung dieser These würde eine Langzeituntersuchung voraussetzen, was im Rahmen des Forschungsprojekts jedoch nicht realisierbar ist.

In den Gesprächen mit **Studierenden** hat eine allgemeine Zunahme von Aggressivität keine Rolle gespielt. Dies ist wahrscheinlich auch dadurch begründet, dass die befragten Studierenden ohne Ausnahme relativierende Einstellungsmuster und generell geringes Unsicherheitsempfinden artikulierten.

2.6 Rassismus und interkulturelles Zusammenleben

Unter den Befragten mit Migrationshintergrund berichteten viele, dass die Zahl rassistischer Übergriffe in den vergangenen Jahren zugenommen hat. Dabei handelt es sich meist um Beleidigungen, Drohungen und minderschwere tätliche Angriffe. Was den Befragten besonders negativ auffällt ist, dass entsprechende Anfeindungen und Tötlichkeiten auch in Neukölln, wenn auch nicht in selbigem Maße wie in anderen Stadtteilen, zugenommen haben. Eine besondere Häufung im Fallstudiengebiet im Vergleich zu anderen Teilen Nordneuköllns wurde jedoch nicht beschrieben.

Die Befragten berichteten z.B. dass *„ein alter Mann von ein paar jungen deutschen Männern geschlagen, und ins Krankenhaus gebracht werden musste“* (D832:5). Mehrfach berichteten Frauen davon, dass ihnen oder anderen Frauen ihr Kopftuch vom Kopf gerissen oder sie wegen des Kopftuchs beleidigt wurden. Andere berichteten, dass sie wegen ihrer Herkunft beleidigt, bespuckt, angerempelt oder vom Fahrrad gestoßen wurden. Als Täter*innen wurden häufig ältere deutschstämmige Männer aber auch Frauen beschrieben. Als Konsequenz aus der wahrgenommenen Zunahme rassistischer Ereignisse fühlen sich die Menschen in Berlin zunehmend unsicher und versuchen als besonders belastet wahrgenommene Bezirke, vor allem in Ostberlin, zu meiden.

Neben diesem offen ausgetragenen Rassismus auf der Straße fühlen sich viele Menschen mit Migrationshintergrund aber auch von der Teilhabe an Gesellschaft systematisch ausgeschlossen. Sei es aufgrund von Benachteiligungen ihrer Kinder in der Schule oder auf dem Arbeitsmarkt, sei es aufgrund von Schikanen auf Ämtern und Behörden oder weil sie den Eindruck haben, als Person mit Migrationshintergrund wesentlich häufiger und willkürlicher von Polizisten kontrolliert oder einer Straftat verdächtigt zu werden.

Viele der im sozialen oder ehrenamtlichen Bereich engagierten Menschen mit Migrationshintergrund beklagen zudem, dass ihr Engagement nicht angemessen wahrgenommen und auch medial nicht wertgeschätzt wird. Es besteht der Eindruck, dass über ihre Bevölkerungsgruppe nur dann geschrieben wird, wenn Personen mit Migrationshintergrund Straftaten begangen haben. Eine positive Berichterstattung finde hingegen nicht statt. So gehe auch eine Chance verloren, das vielfältige positive Engagement hervorzuheben und damit bevölkerungsübergreifend Vorurteile abzubauen und mehr Begegnung zu ermöglichen.

Rassistische Vorurteile sind jedoch kein Alleinstellungsmerkmal der deutschstämmigen Bevölkerung. Sie finden sich vielmehr fast in allen Bevölkerungsgruppen und folgen größtenteils der Reihenfolge in der die Gruppen nach Deutschland gekommen sind. Das heißt, je nachdem wie lange Vertreter*innen einer bestimmten Bevölkerungsgruppe bereits in Deutschland leben, haben sie Vorurteile gegenüber denen, die nach Ihnen gekommen sind.

Ein Teil der Befragten Personen mit Migrationshintergrund ärgert sich insbesondere über die in den vergangenen Jahren aus Syrien nach Deutschland gekommenen Geflüchteten und macht sie für das zunehmend aggressive und unsichere Klima verantwortlich. Fragt man genauer nach, welche Probleme mit den Geflüchteten bestehen, wird deutlich, dass sich die Befragten zum einen darüber ärgern, dass Deutschland generell aus ihrer Sicht zu viele Menschen aufgenommen hat und zum anderen ärgern sie sich darüber, dass die Geflüchteten, als sie nach Deutschland gekommen sind, viel mehr Unterstützung erhalten haben als sie selbst. Diese wahrgenommene Ungleichbehandlung führt jedoch nicht in erster Linie dazu, dass die Personen mit Migrationshintergrund auf den deutschen Staat verärgert sind, sondern ihr Ärger richtet sich gegen die Geflüchteten, die die Unterstützung erhalten haben.

Wenn es darum ging ihre Meinung über Menschen anderer Herkunft zu sagen, war unter den deutschstämmigen Befragten auffällig, dass diese sich zum überwiegenden Teil sehr vorsichtig äußerten und dann meist auch betonten, dass sie keine Rassist*innen seien. Dennoch äußerte ein Teil der Deutschen sehr pauschale Urteile über Menschen mit Migrationshintergrund oder bestimmte Verhaltensweisen, die sie für typisch halten und die sie für eine zunehmende Unsicherheit verantwortlich machen. So wurde meist schnell deutlich, dass auch in Teilen dieser Gruppe vergleichbare gruppenbezogene Stereotype bestehen:

„Die Menschen sind anders geworden und es ist unsicherer geworden. Das empfinde ich ja selber auch durch diese ganzen Ausländer, die hier wohnen. Also, ich habe nichts gegen Ausländer, um Gottes Willen, aber durch die hat sich das natürlich sehr verstärkt. Ja, und dann was Frau Merkel hier gemacht hat mit unseren schönen [Pause]. Aber gut, das sind auch Menschen, aber es ist jetzt trotzdem schlimmer geworden.“ (D90: 3)

Kommen gruppenbezogene Stereotype in allen Bevölkerungsgruppen vor, könnte man auf den ersten Blick annehmen, dass es sich unter Umständen um ein Phänomen handelt, das vor allem von älteren Menschen ausgeht. Wie oben in Kapitel 2.4 jedoch bereits beschrieben, lebt ein Teil der Kinder und Jugendlichen ihre Vorurteile in den Bildungs- und Jugendeinrichtungen in Form von Mobbing, Diskriminierung oder Gewalt gegen Menschen anderer Herkunft aus. Sozialarbeiter*innen und Lehrpersonal gehen davon aus, dass diese Vorurteile direkt von den Eltern, die sich in der Öffentlichkeit mit rassistischen Handlungen zurückhalten, an die Kinder weitergegeben werden. Dies deckt sich auch mit den Daten in den Interviews, in denen Personen aus allen Altersgruppen befragt wurden. Vorurteile wurden in allen Altersgruppen artikuliert.

Jedoch gibt es in allen Bevölkerungsgruppen auch eine große Zahl von Personen, die dem Hang zur gruppenbezogenen negativen Stereotypisierung widerstehen können. Die Analyse hat gezeigt, dass hierfür eine Reihe von „Schutzfaktoren“ verantwortlich sein könnten, die in den Interviews, in denen die Befragten nicht oder nur wenig über Stereotype argumentierten, besonders häufig vorkamen. Analog zu den Faktoren, die auch für ein geringes Unsicherheitsempfinden sprechen, scheinen gruppenbezogene negative Stereotypisierungen insbesondere bei den Personen kaum eine Rolle zu spielen, die über positive Begegnungen und Erfahrungen mit Personen aus Bevölkerungsgruppen mit anderen Migrationshintergründen berichten konnten sowie Personen die in Bezug auf Kriminalität und Sicherheit, vor allem mit Empathie für die potentiellen Täter*innen oder Relativierung in Bezug auf die Relevanz und Intensität der Phänomene reagierten. Unterhalb dieser besonders hervorstechenden Schutzfaktoren scheinen auch das Bildungsniveau, der ökonomische Erfolg, das Geschlecht sowie eigene Kriminalitätserfahrungen einen gewissen Einfluss zu haben. In welchem Zusammenhang diese Faktoren stehen, konnte auf Grund der Interviewdaten jedoch nicht abschließend geklärt werden.

Aus methodischer Sicht sei abschließend angemerkt, dass im Zuge der Interviews keine systematische Abfrage zur Beurteilung anderer ethnischer Gruppen durchgeführt wurde. Die Befragten wurden vielmehr zunächst gebeten, in Bezug auf wahrgenommene Sicherheitsprobleme anzugeben, wer aus ihrer Sicht für diese Probleme verantwortlich ist und welche Ursachen sie hierfür annehmen. Soweit in diesem Zusammenhang die Ethnie der wahrgenommenen Verursacher*innen nicht thematisiert wurde, wurden die Befragten im Anschluss aufgrund des besonderen Projektfokus gebeten, ihre Wahrnehmung in Bezug auf die langansässige deutschstämmige, türkeistämmige und arabischstämmige Bevölkerung sowie in Bezug auf die Geflüchteten, die seit 2015 nach Deutschland gekommen sind darzule-

gen. Da die Befragten in den meisten Fällen aus eigenem Antrieb ethnische Kategorisierungen vorgenommen haben, waren Nachfragen meist nicht mehr erforderlich. Interessant ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass auch in der Gruppe der neuen Mittelschichtsvertreter*innen eine Thematisierung ethnischer Kategorien erfolgte, auch wenn diese nur dazu genutzt wurde, um sie sogleich wieder zurückzuweisen.

2.7 Andere Phänomene im Zusammenhang mit Sicherheit

Stellen die Drogenszene, die Jugendlichen, das allgemeine Aggressionsniveau und Rassismus die am häufigsten genannten und am meisten verunsichernden Phänomene dar, mit denen regelmäßig auch die in der Kriminalstatistik hervorgehobenen Delikte assoziiert sind, wurden in den Interviews aber noch einige weitere Phänomene genannt, die das Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung negativ beeinträchtigten. Zu diesen zählen:

2.7.1 Straßenverkehr

Sowohl im Körnerkiez als auch im Richardkiez wurden rasante Durchfahrten durch die Verbindungsstraßen zwischen Hermannstraße, Karl-Marx-Straße und Sonnenallee beklagt. Insbesondere die Silbersteinstraße, die Emserstraße und die Braunschweigerstraße werden von vielen als Abkürzung verwendet und von den Anwohner*innen als besonders gefährlich wahrgenommen. So besteht in der Bevölkerung der Eindruck, dass sich viele Autofahrer*innen bei der Durchfahrt weder an Vorfahrtsregeln noch an die geltenden Geschwindigkeitsbegrenzungen halten. Wiederholt kam es hier zu gefährlichen Situationen auch unter Beteiligung von Kindern. Hinzu kommt, dass vor allem in den Abendstunden die Braunschweiger Straße von einigen jungen Männern als **Strecke zur Durchführung von Autorennen** genutzt wird. Dieses Problem wurde von Befragten **aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen genannt**. Neben der **nächtlichen Ruhestörung** der Anwohner*innen besteht auch hier große **Angst um die eigenen Kinder**, da entsprechende Fahrten zumindest teilweise auch am Tag durchgeführt werden.

Aus Sicht der Polizei stellen derartige Wettrennen und sogenannte Profilierungsfahrten, also Fahrten mit überhöhter Geschwindigkeit, mit lauten Motoren und unter Missachtung von Verkehrsregeln ebenfalls ein Problem dar. Dieses Problem ist jedoch nach Ansicht der Polizei auf anderen Straßen Nordneuköllns wesentlich verbreiteter und wird durch die Sicherheitsbehörden häufig mit kriminellen Clanstrukturen assoziiert.

2.7.2 Vermüllung

Ein weiteres Thema, das für die meisten Anwohner*innen des Fallstudiengebiets ein großes Ärgernis darstellt ist das Thema Müll. Auch wenn es von den meisten nicht direkt als Sicherheitsproblem beschrieben wird, wurde es regelmäßig **als einer der ersten Punkte** genannt, die den Menschen in Zusammenhang mit Sicherheit einfielen. Der **Zusammenhang** scheint in erster Linie darin zu bestehen, dass er für die Menschen ein **Symbol für den Verfall der Sitten darstellt** und dadurch indirekt zu einem Anzeichen für die zunehmende Unsicherheit in ihrem Wohnumfeld darstellt. Ein weiterer Zusammenhang zwischen Müll und Sicherheit besteht darin, dass er für die Menschen ein **Symbol für die Unfähigkeit der Behörden ist, die Probleme in ihrem Wohnumfeld zu bewältigen**.

Vor allem die ältere Bevölkerung sieht im wahrgenommenen Unvermögen der Polizei und der Behörden gegen den Müll und Lärm etwas zu unternehmen, ein deutliches Zeichen, dass der Staat nicht mehr in der Lage ist, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten.

2.7.3 Problemimmobilien in der Elsterstraße und auf der Braunschweigerstraße

In einigen Gesprächen wurde auf die sogenannten Problemimmobilien in der Elsterstraße und der Braunschweigerstraße hingewiesen, in denen viele Osteuropäer*innen mit ihren Familien leben. Von der langansässigen Bevölkerung wurden die Problemimmobilien als Sicherheitsphänomene benannt. Konkrete Sicherheitsprobleme im Zusammenhang mit den Immobilien wurden jedoch nicht berichtet. Die Unsicherheitswahrnehmung ergibt sich in erster Linie aus den wahrgenommenen bzw. vom Hörensagen erfahrenen Zuständen vor und in diesen Häusern. Insbesondere Müll, das Verhalten oder einfach der Aufenthalt der Menschen vor den Häusern stellt für viele ein Ärgernis dar. Auch gehen einige der Befragten davon aus, dass ein Teil der im öffentlichen Raum als problematisch wahrgenommenen Jugendlichen aus diesen Häusern stammt. Inwiefern dies tatsächlich der Fall ist, konnte im Rahmen der Befragung nicht geklärt werden.

Da aber auch von Expert*innenseite unbestritten ist, dass in den fraglichen Gebäuden Menschen unter sehr schwierigen Bedingungen leben müssen, und sich diese Umstände auch im Erscheinungsbild des Umfelds der Gebäude auf der Straße widerspiegelt, erscheint es berechtigt, Problemimmobilien als eigenständiges Problem zu berücksichtigen, insofern es sich auf eben diese Zustände in den Häusern und dem näheren Umfeld bezieht. Die dort anzutreffenden Phänomene stellen somit klassische „incivilities“ wie z.B. Vermüllung, Lärm, herumstehende und den Weg versperrende Menschengruppen dar. Insofern es sich um eine lokale Häufung dieser Unordnungserscheinungen handelt, sollen die Immobilien als eigenständiges Phänomen erfasst werden. Klar muss jedoch auch sein, dass ein Teil der Befragten in den Interviews sich die Unordnungsphänomene nicht z.B. mit den strukturellen Bedingungen erklärt, unter denen die Menschen leben müssen, nicht mit dem Versagen des Staates Abhilfe zu schaffen, noch sich über die Vermieter echauffiert, sondern die Menschen pauschal als Gruppe mit negativen, rassistischen Vorurteilen belegt, um die Zustände vor Ort zu erklären. Dabei zeigt sich, dass **langansässige Menschen mit Migrationshintergrund ihre Vorurteile sehr offen äußern**, während deutschstämmige Befragte hier meist vorsichtiger formulieren und ihre **Vorurteile meist nur indirekt aussprechen. Hier heißt es dann** z.B. „dass es mit diesen Leuten in der Zukunft noch große Probleme geben wird“ oder man gehört hat, „dass diese Menschen viel klauen“. Fragt man nach Beispielen oder eigenen Erlebnissen, konnten die Befragten aber nichts Konkretes benennen.

Zusammengefasst könnte man sagen, dass die Problemimmobilien durchaus Effekte mit sich bringen, die das Unsicherheitsempfinden beeinträchtigen. Diese werden aber verstärkt durch rassistische Projektionen auf die Personen, die unter den Zuständen in den Gebäuden zu leiden haben.

2.7.4 Obdachlosigkeit

Als wir das Projekt vor zwei Jahren beantragt haben war der Bereich rund um den S-Bahnhof Neukölln zudem ein Bereich, in dem insbesondere Osteuropäer*innen als **Obdachlose** lebten. Seitdem hat diese starke **Konzentration abgenommen**, da sich die Obdachlosen nun über ganz Nordneukölln und auch **in andere Stadtteile ausgebreitet** haben. Damit ist das Problem in ganz Berlin stärker auf die politische Agenda gerückt, während es für die Befragten im Fallstudiengebiet nur noch eine untergeordnete Rolle spielt.

2.7.5 Diebstahl und Raub

Vor allem von Seiten der Interviewten Gewerbetreibenden wurde häufiger angegeben, dass es im Fallstudiengebiet verstärkt zu Diebstählen kommt. Als Verursacher*innen werden oft Drogenabhängige oder Jugendliche benannt. Besonders belastet scheinen die Supermärkte im Umfeld des S-Bahnhof

Neuköllns aber auch kleinere Läden und Kioske im gesamten Fallstudiengebiet zu sein. Dies deckt sich teilweise mit den oben beschriebenen Fallzahlen im Bereich Ladendiebstahl.

Neben Ladendiebstahl wurde zudem von Raubtaten oder, sogenanntem „Abziehen“ unter Jugendlichen berichtet. Dabei zwingen die Jugendlichen andere Jugendliche z.B. zur Herausgabe von Handys, Jacken oder Bargeld. Uneins waren sich die Befragten, inwiefern sich diese Probleme in den vergangenen Jahren verbessert oder verschlechtert haben.

2.7.6 Aktivitäten von kriminellen Clanmitgliedern

Schließlich wurde im Rahmen der Interviews auch über das Thema „kriminelle Clans“ gesprochen, da dies vor allem in 2018 ein überall in den Medien präsent Thema war. Die meisten Interviewpartner*innen verbinden mit diesem Thema vor allem die Präsenz sehr teurer Autos, die in den Straßen Nordneuköllns zu beobachten sind, sowie den Drogenhandel hinter dem sie ebenfalls „Clans“ vermuten. Darüber hinaus spielen in den Berichten vor allem Ereignisse und Themen eine Rolle, die in den Medien besonders behandelt wurden. Hier zählen schwere Straftaten wie z.B. der Mord an Nidal R., der Raub der Goldmünze aus dem Bodemuseum, sowie einige spektakuläre Schlägereien und Schießereien. Bei diesen Taten handelt es sich meist um besonders spektakuläre und schwerwiegende Ereignisse, die die Menschen in Nordneukölln schockiert und zumindest in den jeweiligen Monaten nach diesen Taten auch in deren Sicherheitswahrnehmung negativ beeinflusst haben. Darüber hinaus berichten viele, dass sie in den Medien gelesen haben, dass die „Clans“ in Shishabars, Spielcasinos und anderen Gewerbebetrieben präsent sind und dort Schutzgeld erpressen oder illegale Geschäfte vorbereiten. Auf Nachfrage geben die Befragten jedoch zu, dass sie diese Informationen ausschließlich aus den Medien haben und hierfür keine eigenen Belege haben. So bleibt für viele Befragten in erster Linie die Verwunderung, wie es manche Familie oder Jugendliche schaffen sich große Autos, Reisen und andere Luxusgüter zu leisten.

Mit zunehmender zeitlicher Distanz und abnehmendem Medieninteresse im Jahr 2019 scheint dieses Thema aber auch wieder an Relevanz zu verlieren und die Taten in Vergessenheit zu geraten. Entsprechend deutlich wurde dies aufgrund der Tatsache, dass das Thema in den Interviews, die in 2018 geführt wurden, wesentlich häufiger zur Sprache kam als 2019. In den zuletzt geführten Interviews äußerten sich die Befragten nur noch auf Nachfrage zu diesem Thema.

3 Wahrnehmung der Polizei

Neben der Wahrnehmung von Straftaten und Unordnungsphänomenen („incivilities“) spielt für die Sicherheitswahrnehmung der Bevölkerung auch eine wichtige Rolle, wie sie die Arbeit der Polizei bewertet und ob sie sich von dieser beschützt, bedroht oder alleine gelassen fühlt. Vor diesem Hintergrund wurde die Bevölkerung im Rahmen der Interviews gebeten, die Arbeit der Polizei zu bewerten. Nachfolgend wird dargestellt, wie die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen die Arbeit der Polizei bewerten, welchen Einfluss diese auf ihr Sicherheitsempfinden hat und welche Wünsche und Erwartungen die unterschiedlichen Gruppen an die Polizei haben.

In der Gruppe der **Türkei- und arabischstämmigen langansässigen Bevölkerung** genießt die Polizei grundsätzlich ein hohes Ansehen. Aufgrund des vergleichsweise hohen Unsicherheitsempfindens besteht in dieser Gruppe auch eine hohe Sensibilität für Personen, die als Straftäter*innen oder Unruhestifter*innen wahrgenommen werden. Menschen dieser Gruppe haben daher große Achtung davor, dass sich die Polizist*innen tagtäglich diesen Herausforderungen stellen.

„Also die Polizisten die haben wirklich starke Nerven. Ich kenne auch einen Polizisten und was der so alles erzählt, was passiert. Da denke ich, warum werden die Menschen nur immer schlechter, immer kaputter, das geht ja nicht. Aber die Polizei die hat Kraft, die machen alles für uns. Die machen das Beste. Und Gott soll ihnen helfen.“ (D89:11)

Dennoch äußern Mitglieder dieser Gruppe auch Kritik an der Polizei. So beklagen viele die Wirksamkeit polizeilicher Maßnahmen. Es entsteht oft der Eindruck, dass die Polizei zwar zunächst die richtigen Leute festnimmt, diese aber allzu oft schnell wieder auf freiem Fuße sind: *„Fünf Minuten werden die erwischt und dann gleich wieder rausgelassen.“ (D84:4)*. Auch hatten mehrere der Interviewten bereits die praktische Erfahrung gemacht, dass sie die Polizei gerufen haben, diese aber sehr lange gebraucht hat, bis sie vor Ort war oder teilweise gar nicht erschienen ist. Einige der Befragten äußerten den Verdacht, dass sich die Polizei insbesondere bei Streitigkeiten zwischen migrantischen Familien lange Zeit lasse.

Viele Mitglieder dieser Gruppe wünschen sich daher, dass die Polizei noch mehr auf der Straße präsent ist, zügig eingreift, schnell vor Ort ist und vor allem wesentlich härter gegen Kriminelle und Unordnung durchgreift. Straftäter*innen sollen zudem hart bestraft werden. Gerade in der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund herrscht zudem die Meinung vor, dass deutsche Gefängnisse nur wenig abschreckende Wirkung haben. In einigen Fällen wurde daher empfohlen, kriminelle Migrant*innen direkt abzuschieben.

Ganz ähnlich argumentiert die Gruppe der **langansässigen deutschstämmigen Bevölkerung**. Auch hier wird die Arbeit der Polizei prinzipiell positiv bewertet. Aber auch hier wird beklagt, dass zu viele der vermeintlichen Täter*innen schnell wieder freikommen oder von den Gerichten zu milde Urteile bekommen. Häufiger als in der Gruppe der langansässigen Menschen mit Migrationshintergrund wird hier zwischen der Rolle der Polizei und der der Gerichte unterschieden. Wo dies der Fall war, werden die Gründe für die wahrgenommenen Missstände nicht bei der Polizei, sondern bei den Gerichten gesehen. Auch brachten viele der Befragten Bedauern für die Situation der Polizei zum Ausdruck. Viele berichteten, dass sie von Personalmangel und fehlenden Einsatzmitteln gehört hatten und bekundeten großen Respekt für das Engagement angesichts der prekären Situation. Entsprechend war bei den meisten der Wunsch groß, dass diese Missstände behoben werden:

„Es ist einfach der Personalmangel. Die haben Überstunden bis zum Abwinken. Deswegen muss man da großen Respekt haben was die machen. Dass sie mehr Kollegen kriegen. Dass die Arbeit für sie auch einfacher wird.“ (D83:36)

Hinsichtlich eigener Erfahrungen mit der Polizei berichten die langansässigen Deutschen, dass sie überwiegend positive Erfahrungen gemacht haben. Hier wurde sogar hervorgehoben, dass die Polizei stets schnell zur Stelle sei, wenn man sie rufe.

„Wenn man anruft, mit dem sich unterhält, dann klappt es auch. Wenn hier mal Zusammenrottung ist, „Kommt mal her“, dann sind die innerhalb von fünf Minuten da und regeln die Sache.“ (D88:4)

Die Gruppe bemängelt hingegen, dass die Polizei kaum noch zu Fuß auf der Straße präsent ist. Viele der älteren Befragten berichteten, dass sie sich noch gut an frühere Zeiten erinnern, in welchen meist ein*e Polizist*in in der Gegend auf der Straße unterwegs war. Die Bürger*innen kannten sie*ihn und sie*er war stets bei allen Problemen ansprechbar:

„Ich bin ja nun ein bisschen älter, ich kenne es ja noch, wie der Polizist hier immer durch die Straßen gegangen ist. Das fand ich zum Beispiel sehr gut. Man konnte sich nachher auch schon und wenn man da ein Problem hatte, konnte man den gleich ansprechen.“ (D90: 10)

In der Gruppe der **neuen Mittelschicht** findet sich eine ambivalente Wahrnehmung der Polizei. Zwar ist die Mehrheit der Befragten mit der Arbeit der Polizei überwiegend zufrieden, gleichzeitig schwingen für einige Befragte beim Thema Polizei auch negative Aspekte mit. So wurde z.B. mehrfach von Polizeigewalt und Rassismus berichtet. Auf Nachfrage stellte sich jedoch meist heraus, dass es sich dabei wie bei den meisten Berichten über Straftaten um Mitteilungen aus den Medien handelte:

„B: Also ich bin kein großer Freund der Polizei, aber ich habe schon das Gefühl, dass sie beschützend da sind und beobachten und dass sie Bescheid wissen was hier läuft.“

F: Und warum sind sie dann kein großer Freund der Polizei?

B: Na ja, lesen sie den keine Zeitung. [...] Wegen Polizeigewalt und sowas oder schauen sie doch mal wen die Polizei anhält. Das sind doch fast immer Türken oder Araber oder sowas.

F: Haben Sie solche Vorfälle hier in der Gegend schonmal erlebt?

B: Jetzt Gewalt oder sowas hier direkt nicht, aber das kann man ja überall lesen oder im Fernsehen.“ (D14:40)

Dennoch bestehen bei einem Teil der Befragten Zweifel, ob gerade auch die Vielzahl der Razzien und Fahrzeugkontrollen, die im Interviewzeitraum in Neukölln stattfanden, wirklich immer angemessen und notwendig sind. Gleichwohl die Befragten durchaus der Meinung sind, dass insbesondere gegen schwere Straftaten und organisierte Kriminalität konsequent vorgegangen werden sollte:

„Also eigentlich schon okay was die Polizei hier macht. Die haben die Lage im Griff. Aber ich habe auch schon ein paar Mal auf der Karl-Marx-Straße gesehen, dass sie die dicken Autos kontrolliert haben. Also die wo man nicht weiß, wie die sie sich die Autos leisten können. Wo irgendwelche 25-Jährigen drin sitzen. Da habe ich es schon ein paar Mal gesehen, dass die die Typen echt hart auseinandergenommen haben. Fand ich dann doch ganz schön krass.“ (D812:14)

Vereinzelt wünschen sich auch Vertreter*innen dieser Gruppe mehr persönliche Präsenz im öffentlichen Raum. Der Großteil der Befragten ist jedoch sehr zufrieden damit, dass die Polizei zur Stelle ist, wenn sie gerufen wird, aber ansonsten eher zurückhaltend auftritt. Ein weiterer verbreiteter Wunsch ist, dass die Polizei sich auf schwere Straftaten und die Ermittlung gegen die Hintermänner der organisierten Kriminalität konzentrieren sollte und z.B. „kleine Dealer*innen“ oder Jugendliche eher Sozialarbeiter*innen überlassen sollte.

„Also die kleinen Fische, die nehmen sie mit, die Jungs hier an der Ecke oder die kleinen Dealer an der S-Bahn, aber die Drahtzieher die kriegen sie nicht. Das wundert mich ein bisschen, weil die kennen die ja. Also das ist was, wo ich denke, warum ist da nicht die Razzia? Also da fehlt es mir so ein bisschen an Verständnis warum die sich nicht da konzentrieren und die Jungs hier in Ruhe lassen.“ (D82:40)

In der Gruppe der befragten **Studierenden** herrschte schließlich eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber der Arbeit der Polizei. Da die Studierenden kaum ein Unsicherheitsempfinden zeigen, spielt Polizei als Sicherheitsgarant auch keine besondere Rolle. Im Gegenteil beschreiben manche, dass sie sich erst dann unsicher fühlen, wenn sie Polizei im öffentlichen Raum z.B. bei Durchführungen von Zwangsmaßnahmen und Kontrollen wahrnehmen. Den Studierenden erscheinen diese gerade in Hinblick auf den Drogenhandel oft unangebracht:

„Also ich nehme die Polizei gar nicht wahr. Manchmal hört man Sirenen und dann merkt man erst, okay da ist irgendwo ein Einsatz. Aber da habe ich immer das Gefühl, das ist sowas, was gar nichts mit mir zu tun hat. Ich finde Polizei für mich nicht besonders sicherheitsstiftend. Ich fühle mich ja auch nicht bedroht. [...] Und ich weiß auch gar nicht, ob die z.B. die Jungs die Gras verticken unbedingt festnehmen sollten. Also mir tun die ja nichts und die stören doch auch keinen.“ (D80:6)

4 Problembewertung und Konstitution des Unsicherheitsempfindens

Die beschriebenen Sicherheitsphänomene verdeutlichen, dass es aus Sicht der Bevölkerung in erster Linie nicht besonders schwere Verbrechen wie Mord oder Raub sind, die das Unsicherheitsempfinden verstärken. Vielmehr wird dieses vor allem durch die Wahrnehmung von Personengruppen im öffentlichen Raum beeinträchtigt, mit denen die verschiedenen Bevölkerungsgruppen eine erhöhte Kriminalitätsbelastung oder eine erhöhte Belastung mit abweichendem oder unangemessenem Verhalten verbinden. Dies können z.B. Jugendliche sein, die in der Öffentlichkeit laute Musik hören, lautstark miteinander sprechen oder durch ihr Auftreten auf manche Personen einschüchternd wirken. Dies können aber auch Alkoholiker*innen oder Drogenabhängige sein, die in der Öffentlichkeit in Parks oder U-Bahnstationen Alkohol oder Drogen konsumieren. Ganz allgemein sind dies potenziell all die Personen, die dem äußeren Anschein nach einen anderen Herkunftsgruppe zugehören und z.B. in Gruppen auf dem Bürgersteig stehen und den Durchgang für andere Personen erschweren. Stören Personen sich an derartigen Verhaltensweisen und werden in ihrem Alltag persönlich oder durch mediale Berichterstattung mit derartigen Situationen konfrontiert, werden sie in ihrem Unsicherheitsempfinden bestärkt.

Wie beschrieben stören sich aber nicht alle Bevölkerungsgruppen in gleicher Weise an den beobachteten Sicherheitsphänomenen obwohl durchaus relativ große Einigkeit über alle Bevölkerungsgruppen hinweg besteht, welche Sicherheitsphänomene in ihrem Wohnumfeld vorkommen. Das Unsicherheitsgefühl hängt also weniger von den wahrgenommenen Phänomenen, sondern vielmehr von den Einschätzungen und Sichtweisen ab mit denen die unterschiedlichen Menschen den Phänomenen begegnen. Erst durch diese erscheinen bestimmte Sicherheitsphänomene einer Gruppe als Sicherheitsprobleme, und einer anderen Gruppe als Lappalien. Die Frage ist, welche Faktoren einen Einfluss darauf haben, ob jemand ein Sicherheitsphänomen eher als Problem oder als Banalität wahrnimmt.

In den vorangegangenen Ausführungen zu den Sichtweisen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen wurden bereits eine Reihe von Einflussfaktoren benannt. Zu diesen zählen: Bildung, ökonomischer Wohlstand, Migrationshintergrund, Geschlecht, Alter, positive Begegnungs-/Nachbarschaftserfahrungen, Medienrezeption, allgemeine Einstellungs- und Deutungsmuster, mit denen unterschiedliche Bevölkerungsgruppen sich wechselseitig wahrnehmen sowie Nutzungskonflikte um Spielplätze, Straßenzüge, Bürgersteige, Rolle als Verkehrsteilnehmer, Anwohnerschaft. Nachfolgend werden diese noch einmal zusammenfassend dargestellt, um zu verdeutlichen, welche Faktoren unabhängig vom konkreten Sicherheitsphänomen die Sicherheitswahrnehmung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen prägen. Dabei zeigt sich, dass positive gemeinschaftliche Begegnungserfahrungen z.B. im nachbarschaftlichen, beruflichen oder ehrenamtlichen Umfeld, sowie relativierende und empathische Deutungsmuster, ein gehobener Bildungshintergrund und ein junges Alter zu einer Reduzierung des Unsicherheitsempfindens beitragen. Auf der anderen Seite begünstigen Deutungsmuster, die z.B. Kriminalität unterstellen sowie geringe Bildung und ein höheres Alter Unsicherheitsempfindungen eher. Unter diesen Faktoren haben gemeinschaftliche Begegnungserfahrungen eine besondere Stellung, da sie auch in

den Gruppen, die ansonsten eher zu Unsicherheit tendieren, zu einer Steigerung des Sicherheitsempfindens beitragen.

4.1 Gemeinschaftliche Begegnungs- und Nachbarschaftserfahrungen

Die Auswertung der Interviews hat gezeigt, dass bei fast allen Personen, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe, gemeinschaftliche Begegnungs- und Nachbarschaftserfahrungen dazu geführt haben, dass sie ein weniger stark ausgeprägtes Unsicherheitsempfinden hatten. Gemeinschaftliche Begegnungen scheinen am ehesten geeignet, das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung unabhängig von allen anderen Einflussfaktoren zu verbessern.

Für einen positiven Effekt sollte mindestens eine Person an den Begegnungen teilhaben, die von den anderen Personen als potentiell verunsichernd wahrgenommen wird, also z.B. Jugendliche, Drogenabhängige, Polizisten oder Personen mit einem anderen ethnischen Hintergrund. Dabei scheint es aber nicht auszureichen, wenn sich die Personen in einem gemeinsamen Raum oder auf einer gemeinsamen Veranstaltung, wie z.B. einem Schulfest aufhalten. Damit eine gemeinschaftliche Begegnungserfahrung das Sicherheitsempfinden positiv beeinflusst, ist erforderlich, dass die Personen aktiv miteinander in Kontakt treten, sich z.B. gegenseitig mit Worten oder Taten unterstützen etwas zusammen erleben, spielen (z.B. Fußball) oder sich auch einfach nur angeregt miteinander unterhalten. Erst diese tätige gemeinschaftliche Begegnung scheint geeignet zu sein, das Gegenüber als Individuum kennenzulernen und gleichzeitig auch generell Personen aus dieser Bevölkerungsgruppe differenzierter zu begegnen.

Dieser positive Effekt von gemeinschaftlichen Begegnungen zeigte sich in allen Gruppen mit Ausnahme einer kleinen Untergruppe meist deutscher Bürger*innen, die zwar teilweise ebenfalls positive Erfahrungen gemacht haben, diese aber nicht als aufrichtige Erfahrungen einordnen konnten, sondern hinter diesen eine Verschwörung derer vermuteten, die sich offen, freundlich oder helfend gezeigt haben. Personen dieser Gruppe gehen davon aus, dass es sich bei diesen Verhaltensweisen nicht um eine positive menschliche Geste, sondern um einen perfiden Trick handelt, um den Rest der Bevölkerung in Sicherheit zu wiegen und um „in Wirklichkeit“ im Verborgenen Straftaten zu begehen. Auffällig an dieser Gruppe war, dass es sich dabei meist um Personen handelte, die selbst nicht in Nordneukölln wohnen, sondern sich dort nur zum Arbeiten aufhalten. Somit liegt die These nahe, dass diese Personen die positiven Begegnungserfahrungen nicht auf sich selbst, sondern auf ihre berufliche Rolle beziehen. Vor diesem Hintergrund gehen sie davon aus, dass die ihnen entgegengebrachten Freundlichkeiten oder Unterstützungsangebote lediglich darauf abzielen von ihrer beruflichen Position zu profitieren. Personen, die hingegen in Nordneukölln leben und gemeinschaftliche Begegnungserfahrungen auch als Privatpersonen erleben, fällt es viel leichter die freundlichen Gesten und Taten ihrer Mitmenschen als solche zu akzeptieren.

4.2 Deutungsmuster

Neben den gemeinschaftlichen Begegnungserfahrungen hatten vor allem die Deutungsmuster der Befragten in Bezug auf Sicherheitsfragen einen großen Einfluss auf die Sicherheitswahrnehmung. Unter Deutungsmustern werden in der Soziologie typische, wiederkehrende Urteile, Argumente und Erklärungen verstanden, mit denen Personen sich ihre Welt erklären. Im Rahmen dieser Studie ging es dabei um die Frage, mit welchen Deutungsmustern die Befragten sich die unterschiedlichen Sicherheitsphänomene erklären, inwiefern es in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ähnliche Deutungsmuster gibt und welche anderen Gemeinsamkeiten diese Gruppen haben.

Zusammenfassend kann man vorweg feststellen, dass nicht alle Deutungsmuster, anders als etwa Begegnungserfahrungen, zu einer Erhöhung des Sicherheitsempfindens beitragen. Vielmehr äußerten nur die Gruppen ein besonders geringes Unsicherheitsempfinden, die sich die Phänomene in ihrem Umfeld mit Empathie oder Relativierung erklärten. Waren diese Muster vorhanden, konnten sie auch andere negative Einflussfaktoren kompensieren. In Gruppen deren Deutungsmuster hingegen eher von Ambivalenz geprägt waren, die also scheinbar widersprüchliche Erfahrungen gemacht haben, war das Sicherheitsempfinden meist nur moderat ausgeprägt. In Gruppen in denen die Deutungsmuster eher die eigene Benachteiligung hervorhoben oder eine Kriminalitätsneigung unterstellten, war das Unsicherheitsgefühl schließlich besonders groß.

Im Einzelnen zeigte sich in der Untersuchung, dass vor allem jüngere, häufig deutschstämmige Personen mit höherer Bildung oder solche, die in sozialen Berufen arbeiten, Sicherheitsphänomenen meist mit Relativierung begegnen. In ihren Argumentationen stellen sie häufig in Frage, dass es sich bei den fallraumspezifischen Phänomenen wirklich um herausragende Formen von Kriminalität handelt. Vielmehr argumentieren sie, dass es sich dabei um „normale Großstadtphänomene“ handelt oder es „in anderen Bezirken genauso oder noch schlimmer zugeht“. Personen der neu nach Nordneukölln gezogenen Mittelschicht gehörten zum größten Teil dieser Gruppe an. Darüber hinaus scheinen entsprechende Deutungsmuster vor allem unter jüngeren sowohl deutschstämmigen als auch migrantischen Sozialarbeiter*innen sehr verbreitet.

Eine zweite große Gruppe, die ebenfalls nur ein gering ausgeprägtes Unsicherheitsempfinden hat, sind Personen, die die Sicherheitsphänomene vor allem aus der Perspektive der potenziellen Tätergruppen betrachten und diesen und ihren Lebensumständen große Empathie gegenüber zeigen. D.h. sie erkennen in der Argumentation das Fehlverhalten der Täter*innen an und beschönigen es auch in der Regel nicht. Sie versuchen aber sogleich auch zu erklären, was die Täter*innen dazu gebracht hat, in eben dieser Weise zu handeln. In dieser Gruppe fanden sich sehr viele Personen mit Migrationshintergrund wobei Frauen deutlich überrepräsentiert sind. Darüber hinaus finden sich entsprechende Argumentationen auch breiter bei Personen, die aufgrund ihrer Arbeit oder ihres ehrenamtlichen Engagements viel mit Menschen anderer Herkunft zu tun haben und die im Rahmen dieser Tätigkeiten die Möglichkeit haben, diese Menschen etwas besser kennenzulernen. Hierzu gehören viele Personen in Bildungs- und Sozialeinrichtungen. Menschen, die empathisch argumentieren, haben meist nur eine gering ausgeprägte Furcht, Opfer von Kriminalität zu werden. Unter anderem begründeten dies viele auch dadurch, dass sie wüssten, wie man mit den Personen umgehen muss, um friedlich miteinander auszukommen.

War das Unsicherheitsgefühl in den ersten beiden Gruppen relativ gering ausgeprägt, ist dieses in der folgenden Gruppe moderat ausgeprägt. Personen dieser Gruppe, zu der vor allem die langansässige ältere deutschstämmige Bevölkerung zählt, begegnet den Phänomenen mit ambivalenten Einstellungen. Auf der einen Seite argumentieren sie an vielen Stellen mit stereotypen, gruppenbezogenen Vorurteilen gegenüber unterschiedlichen Personengruppen anderer Herkunft, von denen nicht ganz klar ist, woher diese rühren. Auffällig ist, dass ein Großteil der Ereignisse, mit denen die eigenen Vorurteile begründet werden, auf Hörensagen oder auf Berichte aus den Medien zurückzuführen sind. Diese scheinen sich mit wenigen eigenen Erlebnissen, seien es Konflikte oder abweichendes Verhalten, zu vermengen, aus denen sich die Personen ihre Einschätzungen zurechtlegen. Auf der anderen Seite gibt es gerade in dieser Gruppe auch viele, die über die Jahre zahlreiche positive Erfahrungen mit Menschen

mit Migrationshintergrund gemacht haben. Entsprechend konnten die meisten von mehreren Menschen mit Migrationshintergrund berichten, die sie als ausgesprochen hilfsbereit, kollegial oder nachbarschaftlich verbunden erleben. Vor allem ältere Damen berichteten zudem von jungen Männern mit Migrationshintergrund, die ihnen im Bus den Sitzplatz anbieten. Hier hat eine kleine Geste eine sehr große Wirkung auf die Wahrnehmung der älteren Damen. Teilweise gingen die Befragten so weit, dass sie diese Nachbar*innen oder Jugendlichen sogar als freundlicher und hilfsbereiter als Menschen aus der eigenen Bevölkerungsgruppe beschrieben. Für die Befragten dieser Gruppe führen diese ambivalenten Erfahrungen zu einer gewissen Verunsicherung in Bezug auf die Sicherheitslage und somit zu einem moderat ausgeprägten Unsicherheitsgefühl. Personen dieser Gruppe haben also Schwierigkeiten, ihre gruppenbezogenen Vorurteile mit ihren positiven Erfahrungen in Einklang zu bringen. Bei einigen führt dies zu einer gewissen Ratlosigkeit und Resignation, einem Gefühl „die Welt nicht mehr zu verstehen“, bei anderen weckt diese Ambivalenz eine Neugier, der sich in Form von Fragen zu akuten Sicherheitsthemen oder zu den Lebensverhältnissen oder Fluchtumständen von Migrant*innen oder zu den Möglichkeiten junger Männer mit Migrationshintergrund sich teure Autos leisten zu können niederschlägt.

Menschen mit Migrationsgeschichte mit ausgeprägten Unsicherheitsgefühlen neigen dazu, sich mit anderen Gruppen zu vergleichen und die eigene Situation als Benachteiligung zu erleben. Unter diesen sind Männer aller Altersgruppen überrepräsentiert. Sie argumentieren, wie in Kapitel 2.6 erläutert, dass nachgefolgte Migrant*innengruppen Rechte und Unterstützungsleistungen zugeteilt bekommen, die sie selbst nicht erhalten haben. Argumentiert wird, dass die nachgefolgten Migrant*innen diese Leistungen zu Unrecht erhalten haben, diese nicht verdient hätten oder durch diese Schaden nehmen würden, da die Empfänger*innen sich wegen dieser in Deutschland nicht in gleicher Weise durchkämpfen müssen, wie man dies selbst musste. Personen, die derart argumentieren, sehen in nachgefolgten Migrant*innengruppen meist auch ein Sicherheitsrisiko und unterstellen diesen für wahrgenommene Konflikte und Kriminalität maßgeblich verantwortlich zu sein.

Auch in der deutschstämmigen Bevölkerung gibt es eine Gruppe oft älterer meist männlicher Personen, die Menschen anderer Herkunft pauschal kriminelle Absichten oder Handlungen unterstellen. Diese stellen in ihrer Wahrnehmung eine permanente Bedrohung dar. In dieser Gruppe ist die Angst auf die Straße zu gehen am größten und Menschen dieser Gruppe äußerten am häufigsten den dringlichen Wunsch so schnell wie möglich aus Neukölln wegziehen zu wollen. Interessant, ist, dass Menschen dieser Gruppe teilweise ebenfalls positive Erfahrungen mit Menschen anderer Herkunft gemacht haben, sie diese aber dahingehend interpretieren, dass die Personen mit Migrationshintergrund ihre Höflichkeit und Freundlichkeit nur vorspielen und „in Wirklichkeit“ die deutschstämmigen Deutschen zutiefst ablehnen bzw. durch diese lediglich ihre kriminellen Absichten verschleiern wollen. In dieser Gruppe ist die Unsicherheitswahrnehmung besonders ausgeprägt.

4.3 Geschlecht

Auch das Geschlecht der Befragten spielt für die Sicherheitswahrnehmung eine wichtige Rolle. Insbesondere jüngere und Frauen mittleren Alters fürchten sich vor den in Neukölln anwesenden Flüchtlingen aufgrund von Erfahrungen oder Sorge vor sexueller Belästigung. Eigene Erfahrungen bezogen sich dabei vor allem auf sexistische, anzügliche Kommentare. Ausgenommen sind auch hier jedoch Frauen aus der neuen Mittelschicht und Studentinnen, die zwar ebenfalls von entsprechenden Erlebnissen berichten konnten, dies aber aufgrund ihrer oben beschriebenen relativierenden Deutungsmuster

nicht als außergewöhnliche Ereignisse empfanden, sondern angaben, dass man damit als junge Frau überall in Berlin *nun mal* leben muss.

Ein weiterer Befund ist, dass Frauen häufiger über ihre Ängste sich in der Öffentlichkeit aufzuhalten sprechen. Männer hingegen sprechen meist von ihren Sorgen oder ihrer Beunruhigung über die Zustände im öffentlichen Raum. Inwiefern dieser Unterschied lediglich auf kulturelle Geschlechtervorstellungen zurückzuführen ist nach denen es einem Teil der Männer schwerfällt, Ängste einzugestehen, oder ob die Männer tatsächlich *nur* beunruhigt, aber nicht in Angst sind, konnte im Rahmen der Untersuchung nicht abschließend festgestellt werden. Allerdings gab es gerade unter älteren Männern durchaus einige, die über Vermeidungsverhalten (z.B. Wechseln der Straßenseite oder Meiden bestimmter Gegenden) berichteten, was darauf hindeutet, dass es sich bei den geäußerten Sorgen durchaus um schwerwiegendere Unsicherheitsempfindungen handelt. Im Gegensatz dazu konnte gerade unter den älteren Frauen ein gegenteiliger Effekt beobachtet werden. Ein Teil der Befragten äußerte zwar ihre Unzufriedenheit mit der Sicherheitslage, berichteten gleichzeitig und in sehr konkreten Erlebnissen aber auch davon, wie sie Konflikte mit Personen, deren Verhaltensweisen ihnen unangemessen erscheinen, gezielt suchen, um diese zurechtzuweisen.

4.4 Alter

Auch das Alter macht einen Unterschied für die Sicherheitswahrnehmung. Deutlich war, dass mit zunehmendem Alter die Unsicherheitswahrnehmung zunimmt. Dabei fällt zudem auf, dass diese Unsicherheitswahrnehmung bei den älteren Personen stärker an Unordnungsphänomene geknüpft zu sein scheint als bei jüngeren. So brachten Ältere wesentlich häufiger und früher Themen wie Lärm, Müll oder herumstehende Jugendliche zu Sprache und redeten weniger über konkrete Straftaten. Auf Nachfrage wussten jedoch viele Personen aus dieser Gruppe von Konflikten mit Personen aus anderen Bevölkerungsgruppen zu berichten. Jüngere Personen konnten hingegen viel konkreter von Straftaten wie z.B. beobachteten Körperverletzungen berichten, hatten aber gleichzeitig ein geringeres Unsicherheitsempfinden.

Interessant ist an dieser Stelle zu erwähnen, dass Alte in den Kriminalstatistiken wesentlich seltener Opfer von Verbrechen werden als Jüngere. Dass sie dennoch häufig eine größere Furcht haben, ist in zahlreichen Studien hinlänglich belegt worden.

4.5 Migrationshintergrund

Der Migrationshintergrund scheint in Hinblick auf die Unsicherheitswahrnehmung nur eine untergeordnete Rolle zu spielen. Deutlich wird ein Unterschied vor allem in Hinblick auf Sorgen oder Ängste vor Rassismus. Zudem äußern Frauen mit Migrationshintergrund wesentlich häufiger und intensivere Angstgefühle im öffentlichen Raum. Darüber hinaus lassen sich aber keine größeren Unterschiede beobachten. So sind alteingesessene Bürger*innen mit Migrationshintergrund meist ebenso stark verunsichert wie ihre älteren deutschen Nachbar*innen. Und auch unter den jüngeren spielen die Deutungsmuster und positiven Erfahrungen einen weitaus wichtigeren Beitrag in Bezug auf deren geringere Unsicherheitswahrnehmung.

4.6 Bildung und ökonomischer Wohlstand

Bildung und ökonomischer Wohlstand wurden im Rahmen der Interviews nicht systematisch erfasst. Entsprechend können hier nur eingeschränkt Aussagen getroffen werden. Zu diesen gehören, dass

Menschen aus der neuen Mittelschicht meist einen akademischen Hintergrund haben und gleichzeitig eine geringe Unsicherheit. Auch Personen mit Migrationshintergrund, die im Rahmen der Interviews angaben, dass sie einen akademischen Abschluss besitzen, äußerten weniger Unsicherheitsempfinden.

Unklar bleibt hingegen, inwiefern ökonomischer Wohlstand zu einem verringerten Unsicherheitsempfinden unabhängig vom Bildungshintergrund beiträgt. So hatten Personen in akademischen Berufen zwar eine geringere Unsicherheitsempfindung, aber gleichzeitig zeigten sich z.B. erfolgreiche Unternehmer*innen mit Migrationshintergrund häufig ebenfalls über die von ihnen wahrgenommenen Zustände in Nordneukölln beunruhigt. Es ist daher zu vermuten, dass weniger der ökonomische Erfolg direkt als vielmehr vermittelt über Bildung zur Reduzierung der Unsicherheitswahrnehmung beiträgt.

4.7 Nutzungskonflikte und persönliche Betroffenheit

Nutzungskonflikte ergeben sich dann, wenn unterschiedliche Bevölkerungsgruppe den gleichen Raum für sich beanspruchen und sich wechselseitig dort nicht tolerieren. Dies wurde etwa am Beispiel von Spielplätzen beschrieben. Im Alltag der Menschen spielt dies aber auch dort eine Rolle, wo sich die Laufwege von Menschen kreuzen, die sich wechselseitig mit Vorurteilen begegnen. Aus Sicht vieler Menschen sind dies vor allem Jugendliche, Drogenabhängige, Alkoholiker*innen oder Obdachlose und Menschen mit einem anderen ethnischen Hintergrund. Die Unsicherheit wird dann erhöht, wenn Menschen in ihrem Bewegungsraum bewusst mit diesen Personen konfrontiert werden oder sogar mit ihnen interagieren müssen (Straße wechseln, Um Durchgang bitten, warten, riechen, hören, etc.).

4.8 Medienrezeption

Für die Kriminalitätswahrnehmung spielen neben eigenen Erfahrungen vor allem Berichte in den Medien eine wichtige Rolle. Da die meisten Befragten keine oder nur wenige eigene Erfahrungen mit Kriminalität gemacht haben, spielen die Berichte in den Medien eine umso wichtigere Rolle. Gleichzeitig tendieren die Medien dazu, vor allem spektakuläre Taten, Gewaltdelikte oder Taten ausgewählter Gruppen wie z.B. krimineller Mitglieder arabischstämmiger Großfamilien besonders hervorzuheben. Entsprechende Delikte bleiben den meisten Leser*innen oder Zuschauer*innen zumindest für eine gewisse Zeit besonders im Gedächtnis und prägen das Sicherheitsempfinden in dieser Zeit auch in negativer Weise. In den Argumentationen der Befragten dienen entsprechende Berichte dazu, die eigenen Deutungsmuster zu festigen. Das heißt, dass Personen entsprechende Berichte vor allem dazu nutzen, um ihre eigene Sichtweise auf ihr Quartier zu festigen. Im Gegensatz dazu zeigen sich Personen, die eher zur Relativierung neigen, sich in der Regel relativ unbeeindruckt von entsprechenden Berichten. Der Medienkonsum scheint somit vor allem dazu beizutragen Personen, die ohnehin bereits eine erhöhte Unsicherheitsempfindung haben, in dieser noch zu bestärken.

Teil 3 Kooperative Sicherheitsproduktion

Der Begriff Sicherheitsproduktion stellt zunächst einen Sammelbegriff dar, um die vielfältigen Zusammenhänge und Perspektiven auf das Thema Sicherheit zusammenzufassen. Zu diesen gehören sowohl klassische polizeiliche Maßnahmen wie die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung, die Bekämpfung und Ermittlung von Straftaten, die Kontrolle verdächtiger Personen, als auch Maßnahmen zur Prävention von Kriminalität. Während die Bekämpfung und Ermittlung von Straftaten ein hoheitliches Privileg der Polizei darstellen, werden Kontroll- und Überwachungsfunktionen teilweise auch von anderen Akteur*innen übernommen. Hier spielen z.B. private Sicherheitsfirmen eine wichtige Rolle, aber auch Sozialarbeiter*innen und die Bürger*innen selbst haben ein wachsames Auge auf die Dinge, die in ihrem Umfeld passieren und üben in gewissem Umfang ebenfalls soziale Kontrolle vor Ort aus. Hinsichtlich der Prävention von Straftaten wird sogar der größte Teil der Maßnahmen von kommunalen, sozialen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen geleistet. Dabei sind noch einmal die drei zentralen Aspekte von Prävention zu unterscheiden: Die primäre Prävention, die auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung durch die Schaffung von Bildungs-, Hilfs- und Unterstützungsangeboten abzielt. Die sekundäre Prävention, die auf die Reduzierung und Beseitigung von Tatgelegenheitsstrukturen abzielt. Hierzu gehören neben der Umgestaltung oder Verschönerung des öffentlichen Raums oder dem Einsatz von Sicherheitsdiensten oder Videoüberwachung auch die Beratung gefährdeter Gruppen. Die tertiäre Prävention befasst sich schließlich mit der Reduktion von Rückfallwahrscheinlichkeit. Hierzu werden z.B. Therapie- und Beratungsangebote sowie Reintegrationsprogramme für Straftäter*innen angeboten. In den vergangenen Jahren rückt neben Ermittlung, Kontrolle und Prävention zunehmend auch die subjektive Sicherheitswahrnehmung in den Fokus der Sicherheitsproduktion. Auch hier findet sich ein breites Spektrum von Akteur*innen, inklusive der Bevölkerung, die hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Dieser besteht zum einen aus Maßnahmen zur Stärkung der Menschen vor Ort, ihrer lokalen Gemeinschaften und des nachbarschaftlichen Miteinanders. Neben Maßnahmen zur Stärkung des Selbstbewusstseins und der Autonomie („empowerment“) meist marginalisierter Bevölkerungsgruppen kann dies durch die Organisation von Festen und Veranstaltungen im Quartier, durch die Schaffung von Angeboten und Gelegenheiten zur Begegnung von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Alters oder gesellschaftlicher Stellung oder die Verbesserung von Teilhabemöglichkeiten erfolgen. Zum anderen gehören hierzu aber auch Maßnahmen zur Stärkung des Meldeverhaltens von Straftaten oder Unordnungsphänomenen („incivilities“) und deren schnelle Beseitigung durch kommunale Vertreter*innen oder die Präsenz und Ansprechbarkeit der Polizei im öffentlichen Raum leisten einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der Sicherheitswahrnehmung im öffentlichen Raum (vgl. Schütte und Wendekamm 2019).

Die Vielzahl möglicher Maßnahmen und Herangehensweisen an Sicherheitsproduktion machen schnell deutlich, dass kein*e Akteur*in alleine in der Lage ist das ganze Spektrum abzubilden. Zu komplex sind die Herausforderungen und zu vielfältig die Aufgaben, die sich in den Quartieren stellen. Ziel muss daher sein, die Probleme vor Ort aus allen Perspektiven zu verstehen und die lokal verfügbaren Ressourcen und Kompetenzen klug miteinander zu verzahnen, um gemeinsam bessere Angebote und Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse und zur Steigerung der objektiven und subjektiven Sicherheit zu schaffen.

Der zweite Teil dieses Berichtes setzt sich daher mit der Frage auseinander, inwiefern Sicherheit im Fallstudiengebiet gemeinschaftlich hergestellt wird. Dabei soll zunächst ein kurzer Überblick über die

Akteur*innenlandschaft gegeben werden und sodann für die wichtigsten Gruppen dargelegt werden, wie diese die Zusammenarbeit miteinander bewerten. Darüber hinaus wurden im Fallstudiengebiet Beispiele guter Praxis kooperativer Sicherheitsproduktion identifiziert und anhand dieser verallgemeinerbare Gelingensbedingungen herausgearbeitet. Wurden diese im Handbuch „Kooperative Sicherheitsproduktion“ (Stiftung DFK & SiQua 2021) im Detail erläutert und mit Handlungsempfehlungen hinterlegt, soll hier die Darstellung der Praxisbeispiele aus dem Fallstudiengebiet Ringbahntrasse im Vordergrund stehen. Im abschließenden vierten Kapitel wird anhand eines durch das SiQua-Projekt intensiver begleiteten Praxisbeispiels aufgezeigt, wie Zusammenarbeit durch gute Prozessgestaltung vorangebracht werden kann.

Den vorzustellenden Ergebnissen liegen insgesamt 32 qualitative Interviews mit Vertreter*innen unterschiedlicher organisierter Akteur*innen zu Grunde. Hierzu zählen Vertreter*innen der Polizei, der Jugend- und der Suchthilfe, kommunaler Behörden, Bildungseinrichtungen sowie von Nachbarschaftsakteur*innen.

1 Akteurs- und Kooperationslandschaft

Im Fallstudiengebiet Ringbahntrasse gibt es eine Vielzahl organisierter Akteur*innen, die für die kooperative Sicherheitsproduktion relevant sind. Hier sind zunächst die Polizeiabschnitte und das Ordnungsamt zu nennen, die sich primär mit der Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten befassen. Gleichzeitig gibt es eine Vielzahl von Akteur*innen, die eher im präventiven Bereich tätig sind. Hier sind vor allem Akteur*innen der Jugendhilfe und Sozialarbeit sowie Bildungseinrichtungen oder nachbarschaftlich engagierte Akteur*innen zu nennen. Obwohl das Thema Sicherheit für diese Gruppen meist nicht zentral ist und es einem Teil von ihnen auch schwerfällt, sich mit Sicherheitsfragen zu identifizieren, leisten sie mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Prävention von Kriminalität und zur Steigerung der Lebensqualität sowie zur Stärkung des Engagements und der Teilhabe der Menschen in ihren Quartieren. Die nachfolgende Abbildung 12 gibt einen unvollständigen Überblick über die vielfältige Akteur*innenlandschaft im Fallstudiengebiet. Angesichts der Vielzahl der Akteur*innen konnte nur mit einem kleinen Teil Interviews geführt werden.

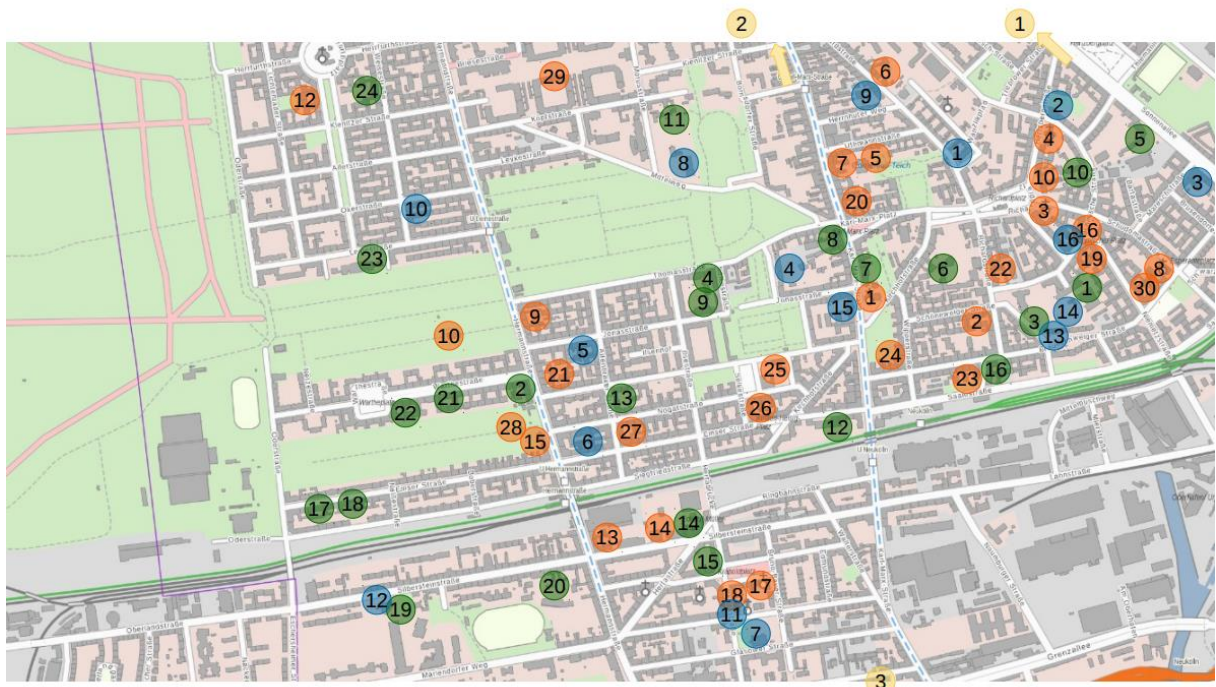


Abbildung 12 Akteur*innen im Fallstudiengebiet Ringbahntrasse (Karte: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen 2021)

Sicherheits- akteur*innen	Jugend- und Sozialarbeit	Nachbarschaftsakteur*innen	Bildungseinrichtungen
1. Polizei Abschnitt 54	1. Diakonie-Pflege Simeon gGmbH Diakonie-Station Neukölln	1. Evangelische Kirchengemeinde Rixdorf	1. Löwenzahn-Grundschule
2. Polizei Abschnitt 55	2. Kontakt- und Beratungsstelle Unionshilfswerk, Treffpunkt Terra	2. Gazi Osman Paşa Moschee e.V.	2. Kita Berliner Spatzen
3. Ordnungsamt	4. Diakoniewerk Simeon	3. Evangelische Kirchengemeinde Bethlehemkirche Rixdorf	3. Kita Du und Ich (AWO)
	3. AWO Jugend- und Gemeinschaftshaus „Die Scheune“	4. Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde Berlin- Neukölln Kiezkirche Rixdorf	4. Konrad-Agahd-Grundschule
	5. Nachbarschaftsheim Neukölln e.V. Angebote für Neuzugewanderte aus Südosteuropa	5. Aufbruch Neukölln e.V.	5. Adolf-Reichwein-Schule Sonderpädagogisches Förderzentrum
	6. Nachbarschaftsheim Neukölln e.V. Jugendwerkstatt Stattknast	6. Evangelisch-reformierte Bethlehemschule	6. Richard-Grundschule
	7. Neuköllner Netzwerk Berufshilfe e.V.	7. EJM Deutsch-Arabisches Zentrum DAZ	7. Evangelische Kita Magdalenen
	8. Kinder- und Jugendzentrum Lessinghöhe	8. Katholische Kirche St. Richard	8. Kita Paradiesvögel Die Flamingos
	9. Interkulturelles Zentrum für Mädchen und junge Frauen „Szenenwechsel“	9. Neukölln Camii	9. Peter-Petersen-Schule
	10. Diakonie c Simeon gGmbH Tee- und Wärmestube Neukölln	10. SoliNaR bei ZeBuS e.V.	13. Waldorfkindergarten Lindenbaum
	11. Kindertreff Delbrücke	11. Masjid al-Aqsa - African Muslim Brotherhood e.V.	11. Regenbogen-Grundschule
	12. Familienzentrum Vielfalt	12. Quartiersmanagement Schillerpromenade	10. Kita Böhmisches Straße
	13. Familienzentrum Droryplatz	13. Isa Beu Moschee e.V.	12. Albrecht-Dürer-Oberschule
	14. Kinderpavillon Droryplatu	14. Mizgeftä mezopotamya e.V.	14. Silberstein-Grundschule
	15. Fixpunkt e.V.	15. SCHILLAMENT	15. Kita Die kleinen Strolche
	16. Jugendstadteilladen „Outreach“	16. Kasper Theater	16. Kita Großstadtzerge
		17. Paulus-Gemeinde	17. Kita Kolibri Interkulturell
		18. Evangelisch- methodistische Kirche, Neukölln Salemkirche	18. Kita Emser Straße
		19. Quartiersmanagement Rixdorf	19. Kita Silbersteinstraße
		20. Tekke i Kadiriyye Mescidi	20. Kita Mariendorfer Weg
		21. Bangladesh Moschee	21. FiPP Kita Warthestraße
		22. Zentrum für Bildung und Sprache e.V.	22. Kita Horizon e.V.
		23. Sprach und Integrationszentrum	23. Carl-Legien-Schule
		24. Kulturlabor Trial & Error e.V.	24. Karl-Weise-Schule
		25. Nachbarschaftsheim Neukölln e.V. Nachbarschaftshaus am Körnerpark	
		26. Quartiersmanagement Körnerkiez	
		27. Sprach- und Integrationsschule e.V.	
		28. Prinzessinnengärten	
		29. Arabisches Kulturinstitut AKI e.V.	
		30. Rumänisch in Berlin e.V.	

Kooperationen spielen unabhängig von der Sicherheitsfrage in der Arbeit vieler organisierter Akteur*innen eine wichtige Rolle. So gaben die Befragten mehrheitlich an, sowohl bilateral als auch mit mehreren Akteur*innen in regelmäßigem Austausch zu stehen oder zusammenzuarbeiten. Bei den bilateralen Formen der Zusammenarbeit handelt es sich meist um Dienstleistungsbeziehungen, die die Akteur*innen füreinander erbringen. Beispiele sind etwa die Durchführung von Präventionsveranstaltungen durch die Polizei in Schulen oder die Beseitigung von Spritzen in Parkanlagen und Spielplätzen durch Akteur*innen der Suchthilfe oder der Polizei. Darüber hinaus findet bilateral häufig auch informeller Austausch statt. So verständigen sich die Akteur*innen etwa bei Begegnungen im öffentlichen Raum z.B. über Veränderungen im Quartier oder akute Problemlagen. Bemerkenswert ist hierbei, dass es auf der einen Seite zwar eine Vielzahl bilateraler, informeller Beziehungen unter allen Akteur*innen gibt, Schnittstellenakteur*innen wie die Quartiersmanagements, Sozialraumkoordinator*innen oder Suchthilfekoordinator*innen aber einen Großteil der Beziehungen pflegen und sich dadurch einen guten Überblick über die Anliegen der Akteur*innen und die Lage vor Ort verschaffen.

Darüber hinaus gibt es aber auch eine Vielzahl institutionalisierter Kooperationen. Dabei handelt es sich um feststehende Runden oder Maßnahmen, die sich meist regelmäßig treffen oder zusammenarbeiten und meist durch eine*n Beteiligte*n geleitet werden. In einigen dieser Kooperationen ist diese Rolle auch professionell besetzt, in anderen wechselt die Leitung von Sitzung zu Sitzung. Meist sind die Zuständigkeitsgebiete nicht deckungsgleich mit dem untersuchten Fallstudiengebiet. Teilweise richten sie ihren Fokus auf Gesamtneukölln (z.B. Migrationsbeirat), folgen behördlichen Raumzuschnitten (z.B. Regionen des Jugendamts, Quartiersmanagement, Polizeiabschnitte) oder sie sind wesentlich kleinräumiger ausgerichtet (z.B. Bildungsverbände). Inhaltlich beschäftigt sich ein Großteil der Gremien mit Fragen der Kinder- und Jugendhilfe oder der Familienarbeit. Hierzu gehören z.B. der Bildungsverbund Droryplatz, die Kiez AG oder die AG Kinder- und Jugendkriminalität. Darüber hinaus spielt die Suchthilfe im Fallstudiengebiet eine wichtige Rolle. Hier hat sich die Steuerungsrunde Sucht und das daraus entwickelte NUDRA-Projekt als wichtige Kooperationen etabliert. Im Bereich der Nachbarschaftsarbeit sind vor allem die Quartiersräte, als wichtige Orte der Zusammenarbeit zu nennen. Mit den Schwerpunktmaßnahmen findet sich schließlich unter Leitung des Bezirksamts und der Polizei eine wichtige Kooperation im Bereich der Verbrechensbekämpfung.

Neben diesen regelmäßig stattfindenden Kooperationen finden sich eine Vielzahl situativer Initiativen, in denen Akteur*innen zusammenkommen, die im Alltag eher lose und informell vernetzt sind. Meist tauschen sie sich über akute Probleme und die Situation vor Ort aus oder suchen gemeinsam nach Lösungen. So fanden sich im Fallstudiengebiet verschiedene organisierte Akteur*innen, aber auch Anwohner*innen und Gewerbetreibende zusammen, um sich z.B. zur Frage des Drogenkonsums in Hauseingängen oder zur Situation am Esperantoplatz über mögliche Maßnahmen und ein koordiniertes Vorgehen zu verständigen.

Die Vielzahl und Vielfalt der Kooperationen im Fallstudiengebiet erlaubt es nicht, alle lokalen Kooperationen im Detail zu betrachten. Vielmehr zielte die Untersuchung darauf ab zunächst herauszuarbeiten, wie sich die unterschiedlichen Akteur*innengruppen wahrnehmen und wie gut sie zusammenarbeiten (vgl. Kapitel 2.1). Im Anschluss werden sodann anhand einer Reihe ausgewählter „Gute-Praxis-Beispiele“ Gelingenbedingungen der kooperativen Sicherheitsproduktion aufgeklärt (vgl. Kapitel 2.2).

2 Wahrnehmung und Zusammenarbeit zwischen den Akteur*innen

Hinsichtlich der Frage nach der wechselseitigen Wahrnehmung und Zusammenarbeit lag der Fokus auf der Frage, mit welchen Einstellungen und Erfahrungen sich die unterschiedlichen Akteur*innengruppen begegnen. Bei der Auswahl der Interviewpartner*innen wurde berücksichtigt, inwiefern ihre Tätigkeiten in Zusammenhang mit den zentralen Unsicherheitswahrnehmungen im Fallstudiengebiet Ringbahntrasse stehen. Diese waren zum Zeitpunkt der Untersuchung der Drogenhandel und Drogenkonsum im öffentlichen Raum, Präsenz und Verhalten junger Männer im öffentlichen Raum, aggressives und respektloses Verhalten der verschiedenen Bevölkerungsgruppen untereinander und Rassismus in unterschiedlichen ethnischen Konstellationen. Entsprechend dieser Befunde wurde in erster Linie die Zusammenarbeit von Polizei, Akteur*innen der Jugend- und Suchthilfe, kommunalen Behörden, Bildungseinrichtungen und Nachbarschaftsakteur*innen untersucht. Die Untersuchung zielte zunächst darauf ab, einen Eindruck zu gewinnen, wie die verschiedenen Akteur*innengruppen sich wechselseitig wahrnehmen und wie sie ihre Zusammenarbeit – soweit vorhanden – bewerten. Daher wurden die Befragten gebeten, die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Akteur*innengruppen inhaltlich zu beschreiben und in Bezug auf die Sicherheitsproduktion zu bewerten.

2.1 Zusammenarbeit mit kommunalen Behörden

Die Zusammenarbeit mit und zwischen den Behörden wurde im Rahmen des Projekts ausschließlich aus der Sicherheitsperspektive untersucht. Dabei wurde den Akteur*innen gefolgt, die an entsprechenden Maßnahmen, Gremien oder gemeinsamen Runden beteiligt waren. Die Auswertung erhebt somit keinen Anspruch eine generelle Aussage über die Qualität der ressortübergreifenden Zusammenarbeit in Neukölln treffen zu können.

Dort wo es jedoch um das Thema Sicherheit ging, schätzten die befragten Behördenvertreter*innen die Zusammenarbeit untereinander sehr positiv ein. Dies wurde meist mit der in Neukölln in Bezug auf das Thema Sicherheit im Laufe der vergangenen Jahre gut eingespielten ressortübergreifenden Kooperationskultur erklärt. So haben sich die Akteure über mehrere Projekte und Vorfälle hinweg kennenlernen und Vertrauen aufbauen können. In der Praxis zeigt sich die gute Kooperationskultur in kurzen Dienstwegen, lösungsorientierter Zusammenarbeit und gut ausgebauten informellen Kontakten zwischen den Akteuren. Die behördliche Kooperationslandschaft ist dabei in Neukölln stärker dezentral organisiert als in anderen Bezirken. So gibt es bspw. keinen kommunalen Präventionsrat, dafür aber mehrere phänomenbezogene oder raumbezogene Steuerungsrunden, etwa im Bereich Suchthilfe, Jugendhilfe oder zur Lage in den Quartieren. Zu akuten Problemen werden zudem eigenständige runde Tische mit allen relevanten Akteuren einberufen. In jeder Behörde, deren Aufgabenspektrum auch Sicherheitsfragen tangiert, finden sich somit Vertreter*innen, die bereits in einer oder mehreren Gremien oder Steuerungsrunden engagiert waren und die untereinander gut vernetzt sind. Häufig wurden in diesem Zusammenhang neben den Polizeiabschnitten auch Vertreter des Bürgermeisters, das Gesundheitsamt, das Jugendamt, das Grünflächenamt oder das Ordnungsamt als kommunale Akteur Neuköllns genannt. Jedoch geht die Vernetzung in Neukölln in vielen Fällen weit darüber hinaus. So nehmen an vielen Gremien sowohl andere Bereiche der Polizei, wie z.B. die AGIA oder die OGI als auch Vertreter*innen unterschiedlicher Senatsverwaltungen, Träger der Sozialen Arbeit oder Schnittstellenakteure wie die Quartiersmanagements teil. Die Zusammenarbeit in den ressortübergreifenden Gremien und Initiativen funktioniert vor allem dort besonders gut, wo diese mit einer funktionierenden Koordinationsstelle ausgestattet sind. Die Koordinator*innen treiben die Vernetzung voran, organisieren gemeinsame Sitzungen oder Maßnahmen und vermitteln zwischen Bedarfen, Angeboten und Informationen der beteiligten Akteur*innen.

2.2 Zusammenarbeit mit der Polizei

Die Zusammenarbeit mit der Polizei wird von den befragten Akteur*innen sehr differenziert bewertet. Auf der einen Seite finden sich vor allem kommunale Akteur*innen oder Vertreter*innen von Bildungseinrichtungen, die die Zusammenarbeit sehr positiv einschätzen und meist über vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit berichten. Meist arbeiten diese Akteur*innen seit Jahren mit der Polizei zusammen und haben bereits einige gemeinsame Projekte oder Maßnahmen geplant und durchgeführt. Hier haben vor allem die Arbeit der Präventionsbeauftragten, gemeinsam durchgeführte Schwerpunkteinsätze oder die Zusammenarbeit in Steuerungsrunden erheblich zur positiven Wahrnehmung der Zusammenarbeit beigetragen.

Differenzierter stellt sich die Situation dar, wenn man mit Akteur*innen aus dem Bereich der Jugendhilfe spricht. Ein Teil der Akteur*innen dieser Gruppe lehnt die Zusammenarbeit mit der Polizei komplett ab und sieht bei der Polizei einen Interessenkonflikt in Bezug auf Präventionsarbeit. Ihrer Meinung nach kann Präventionsarbeit nur erfolgen, wenn man offen und vertrauensvoll mit den Jugendlichen zusammenarbeiten kann. Dies sei bei der Polizei aufgrund des Legalitätsgebots nicht möglich.

Bei anderen Akteur*innen aus diesem Bereich scheint die Bewertung der Zusammenarbeit wiederum sehr stark davon abzuhängen, welche Teile der Polizei ihre Erfahrungen am meisten geprägt haben. So berichten einige Akteur*innen, die z.B. in Koordinations- oder Steuerungsrunden regelmäßig mit Vertreter*innen der Polizei zusammenarbeiten, von ihrer konstruktiven und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den dort anwesenden Polizist*innen. Meist handelt es sich dabei um Vertreter*innen aus den Bereichen Prävention, interkulturelle Angelegenheiten (z.B. AGIA) oder aus der Leitungsebene der Abschnitte oder der Direktion. Diese werden meist als kooperativ, unterstützend und lösungsorientiert beschrieben.

Jedoch sagen viele auch, dass die vertrauensvolle Arbeit einerseits von einer hohen personellen Kontinuität der Teilnehmer*innen abhängt und andererseits gewährleistet sein muss, dass die Vertreter*innen der Polizei die datenschutzrechtlichen Beschränkungen der Mitarbeiter*innen der Jugendhilfen respektieren. Dazu gehört insbesondere, dass Sozialarbeiter*innen keine personenbezogenen Daten über die Jugendlichen, mit denen sie zusammenarbeiten, weitergeben dürfen und dies in der Regel auch nicht wollen, da sie sich als „Anwälte der Jugendlichen“ verstehen. Die Polizei auf der anderen Seite hat ein großes Interesse an derartigen Informationen, da sie im Rahmen ihres Ermittlungsauftrags die Pflicht haben, Verdachtsmomenten gegen Einzelpersonen nachzugehen. In vielen Fällen lässt sich dieser Widerspruch nicht auflösen, weswegen das Verhältnis zwischen Polizei und Jugendhilfe oft von Misstrauen oder Distanziertheit geprägt ist. Ausnahmen finden sich nur dort, wo die Parteien teilweise über Jahre gelernt haben zusammenzuarbeiten oder der Datenschutz aufgrund einer expliziten Zustimmung durch die Jugendlichen oder deren Eltern von der Schweigepflicht entbunden sind.

Sozialarbeiter*innen, die die Polizei in erster Linie durch ihre Erfahrungen auf der Straße oder aus Berichten ihrer Klient*innen kennen, sehen eine Zusammenarbeit zudem kritisch, da sie vielfach von teilweise respektlosem und vorurteilsbehaftetem Verhalten der Polizist*innen gegenüber den Jugendlichen berichten konnten. Diese hätten sich in einigen Fällen „selber wie eine Gang“ verhalten, die Jugendlichen beleidigt und provoziert. In einem Interview wurden zudem negative Erfahrungen mit Mitgliedern der Bereitschaftspolizei beschrieben. Diese wurden als „jung und voller Adrenalin“ beschrieben und darin ein Zusammenhang gesehen, zu einem als übermäßig hart wahrgenommenen Umgang mit den Jugendlichen.

Eine dritte Gruppe von Akteur*innen berichtet schließlich, nur wenig Kontakt zur Polizei zu haben. Dabei handelt es sich vor allem um Akteur*innen, deren Arbeit eng auf ihre Einrichtungen oder ihr Quartier begrenzt ist. Dies können z.B. Stadtteilbüros, Quartiersmanagements, Familienzentren, Bildungseinrichtungen oder intermediäre Akteur*innen sein, die nur selten Kontakt zu Schutz- oder Bereitschaftspolizei haben und meist an keinen Austauschrunden mit Polizist*innen aus dem Bereich Prävention oder der Leitungsebene beteiligt sind. Dies hängt in vielen Fällen auch damit zusammen, dass diese Akteur*innen ihre Arbeit nicht unter einem Sicherheitsaspekt verstehen oder aufgrund persönlicher Einstellungen Distanz zur Polizei halten. Vertreter*innen dieser Gruppe konnten jedoch in keinem Fall über negative Erfahrungen mit Polizei im Fallstudiengebiet berichten. Erklärt wurde die Distanz mit Verweis auf eine „andere Kultur“ oder eine „andere Welt“, in der sie sich im Gegensatz zur Polizei bewegen würden. Jedoch gibt es hier auch eine Reihe von Ausnahmen. So finden sich in dieser Gruppe Akteur*innen, die proaktiv einen persönlichen Kontakt zur Polizei gesucht haben oder aufgrund von Ereignissen in ihren Zuständigkeitsbereichen mit der Polizei zusammenarbeiten. Ein anderer Teil dieser Gruppe hätte gern mehr Austausch mit der Polizei, aber es fehlt ihnen an der Zeit oder einem Anlass zur Kontaktaufnahme. In diesem Zusammenhang beklagten einige ältere Interviewpartner*innen, dass es keine Kontaktbereichsbeamt*innen mehr gäbe. Sie berichten, dass diese früher „mal vorbeigeschaut“ hätten, wodurch man sich über die Situation vor Ort austauschen konnte, bzw. bei Sicherheitsfragen niederschwellig einen Ansprechpartner*innen hatte.

2.3 Zusammenarbeit mit der Suchthilfe

Im Bereich der Suchthilfe ist im Fallstudiengebiet vor allem der Fixpunkt e.V. tätig. Im Fallstudiengebiet betreibt Fixpunkt einen Druckraum und macht Straßensozialarbeit. Ziel ist es, die Konsument*innen mit sauberen Konsumutensilien zu versorgen und niederschwellige Unterstützungsangebote zu machen. Darüber hinaus gibt es im Fallstudiengebiet einige Beratungsstellen, bei denen Drogenkonsumt*innen Unterstützung erhalten. Darüber hinaus gibt es die Steuerungsrunde Sucht, die durch den Suchthilfekordinator ins Leben gerufen wurde und alle relevanten Akteur*innen an einen Tisch bringt, um die Situation vor Ort zu verbessern (vgl. unten: Best practice „Steuerungsrunde Sucht“).

Aus Sicht der Akteur*innen im Fallstudiengebiet spielt das Thema Sucht in mehrerer Hinsicht eine Rolle: Zum einen in Form der Drogendealer*innen, die teilweise aggressiv gegenüber der Bevölkerung aufgetreten sind und die immer wieder auch versuchen Kinder zum Drogenkonsum zu überreden, zum anderen in Form der Drogenkonsument*innen und ihrer Hinterlassenschaften. Insbesondere Spritzenfunde auf Spielplätzen oder in Grünanlagen sowie in Hausaufgängen führen in der Bevölkerung zu großer Verunsicherung.

Alle befragten Akteur*innen lobten ausnahmslos die gute Zusammenarbeit mit Fixpunkt. Insbesondere wurde die Arbeit des*der Straßensozialarbeiter*in positiv hervorgehoben, die*der bei auftretenden Problemen, wie z.B. Spritzenfunden, meist schnell vor Ort sein kann. Darüber hinaus wurde die Arbeit der Steuerungsrunde Sucht ebenfalls sehr positiv bewertet. Die Akteur*innen nehmen vor allem wahr, dass diese in den vergangenen Jahren viel bewegt haben und bei neu auftretenden Problemen meist schnelle Lösungen finden.

2.4 Zusammenarbeit mit der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Die Zusammenarbeit der Akteur*innen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Unterstützung von Familien läuft im Großen und Ganzen sehr gut. Insbesondere im Bereich rund um den Richardplatz hoben die Akteur*innen die gute Zusammenarbeit untereinander hervor. Diese bezieht sich vor allem auf den Informationsaustausch. So soll gewährleistet werden, dass Jugendliche,

die an einer Stelle auffällig geworden sind und z.B. Hausverbot erhalten haben, auch in den anderen Einrichtungen keinen Einlass mehr erhalten. So soll der Druck auf die Jugendlichen zu regelkonformem Verhalten erhöht werden.

Eine Herausforderung stellt die von einigen wahrgenommene Konkurrenz stationärer Einrichtungen untereinander dar. Deren Finanzierung hängt teilweise davon ab, ob genügend Jugendliche ihre Angebote annehmen. Da die Zahl der Jugendlichen im Fallstudiengebiet begrenzt ist, besteht die Sorge, dass Jugendliche zu anderen Angeboten abwandern könnten. Obwohl in den Interviews keine*r der Befragten von sich selbst sagte, diese Konkurrenz zu empfinden, berichteten doch mehrere Akteur*innen davon, dass es dieses Konkurrenzverhältnis im Bereich der Jugendhilfe gäbe. Akteur*innen, die vor allem eine vermittelnde Funktion haben, z.B. solche die im Bereich der aufsuchenden Arbeit tätig sind, nehmen diese Konkurrenz hingegen weniger wahr. Im Gegenteil loben sie die gute Zusammenarbeit und die vielfältigen Möglichkeiten, Personen ihrer Zielgruppen in Angebote zu vermitteln. Diese positive Wahrnehmung beruht dabei auf Gegenseitigkeit. So wurde die Arbeit der Straßensozialarbeiter*innen auch von Vertreter*innen stationärer Einrichtungen besonders positiv bewertet. Der größte Vorteil bestehe darin, den Kontakt zu den Jugendlichen zu halten, deren Bedarfe zügig zu erfassen und entsprechend darauf reagieren zu können.

In Hinblick auf das Jugendamt besteht die Kooperation in erster Linie zu den Trägern der Jugendhilfe. Diese äußerten sich grundsätzlich sehr positiv in Bezug auf die Zusammenarbeit. Dies ist vor allem der neu geschaffenen Funktion der Sozialraumkoordination geschuldet. Diese hat wesentlich dazu beigetragen, die Akteur*innen noch besser untereinander zu vernetzen und auf die Bedarfe der Träger einzugehen. Hier wurde insbesondere die Ermöglichung fachlichen Austauschs mit Kolleg*innen anderer Träger sowie zur Wahrnehmung von Fortbildungen betont. Die Befragten begrüßen es zudem sehr, dass die Sozialraumkoordination aktiv auf sie zukommt, um Probleme und Bedarfe abzufragen und nach Lösungen zu suchen. Zu den Formen der Zusammenarbeit dieser Akteur*innen gehören auch gemeinsame Leitungs- und Steuerungsunden. Diese Veranstaltungen werden zwischen den Befragten unterschiedlich wahrgenommen. So begrüßte ein Teil der Befragten die Möglichkeit, sich in entsprechenden Runden mit Kolleg*innen anderer Einrichtung über fachliche Fragen austauschen zu können. Andere beschrieben die Veranstaltungen hingegen als „langatmig“ oder beklagten, dass diese nur wenig Bezug zu ihrer praktischen Arbeit hätte. Einigkeit herrschte unter den Vertreter*innen aus dem Bereich der sozialen Arbeit, dass vor allem solche Kooperationsformen positiv bewertet wurden, die einen starken Bezug zu ihrer praktischen Arbeit haben und sich mit konkreten Problemen befassen. Demgegenüber wurden Kooperationen, die stärker konzeptionell aufgestellt waren oder Fragen der Öffentlichkeitsarbeit oder des Wirkens in den Sozialraum in den Vordergrund stellten, eher negativ bewertet wurden.

Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit Akteur*innen der Jugendhilfe nehmen die Quartiersmanagements vor allem eine vermittelnde Rolle zu den Bürger*innen und kommunalen Akteur*innen ein. Werden etwa Probleme mit Jugendlichen aus der Bevölkerung an die Mitarbeiter*innen des QMs herangetragen, leiten sie entsprechende Informationen an die Mitarbeiter*innen der Jugendhilfe weiter oder organisieren „Runde Tische“, um mit allen Betroffenen über die Probleme vor Ort zu sprechen. Bestehen seitens der Akteur*innen der Jugendhilfe Bedarfe oder neue Ideen zur Verbesserung der Angebote im Sozialraum, unterstützen die QMs sie teilweise mit eigenen Mitteln oder bei der Akquise von anderweitigen Fördermitteln. Die Zusammenarbeit wurde im Fallstudiengebiet positiv beurteilt.

2.5 Zusammenarbeit mit Schulen und anderen Bildungseinrichtungen

Unter den Bildungseinrichtungen kommt vor allem den Schulen in Hinblick auf das Thema Sicherheit eine herausragende Bedeutung zu, da ein Großteil abweichenden Verhaltens von Jugendlichen ausgeht und Jugendliche zudem auch eine häufige Opfergruppe darstellen. Die Zusammenarbeit mit den Schulen wurde von einigen Befragten als schwierig bewertet. So wurde insbesondere von Vertreter*innen der Jugendhilfe der Wunsch nach besserer Zusammenarbeit mit den Schulen geäußert. Insbesondere die Sozialraumorientierung der Schulen halten sie für ausbaubar. Beklagt wurde, dass die Schulen sich lediglich auf ihren Bildungsauftrag und ihre Arbeit in der Schule konzentrieren aber darüber hinaus kaum Engagement in Bezug auf das räumliche Umfeld oder die Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen aufbringen. Vorgeschlagen wurde, dass die Schulen z.B. Zusatzangebote für alle Kinder des Sozialraums zugänglich machen, Räumlichkeiten für nachbarschaftliche Initiativen zur Verfügung stellen oder ihre Schulhöfe in den Nachmittagsstunden als Spielflächen öffnen sollten. Gleichwohl betrifft diese Kritik nicht alle Schulen gleichermaßen. Vielmehr gibt es durchaus einige Schulen im Fallstudiengebiet, die bereits entsprechende Angebote machen. So stellen einige Schulen ihre Räumlichkeiten für Elterncafés oder die Arbeit der Stadtteilmütter zur Verfügung. Ein weiteres positives Beispiel findet sich an der Löwenzahngrundschule, die ihren Schulhof in den Nachmittagsstunden für alle Kinder und Eltern aus dem Sozialraum öffnet. Jedoch funktioniert dieses Angebot vor allem deshalb, weil sowohl in der Woche, als auch am Wochenende eine Betreuung des Platzes durch Jugendsozialarbeiter*innen gewährleistet ist (vgl. best practice „Droryplatz“).

Am besten wird die Zusammenarbeit von Vertreter*innen der Polizei bewertet. Diese bieten in vielen Schulen Präventionskurse oder Sprechstunden für Schüler*innen an, bei denen sie Straftaten wie z.B. Mobbing ansprechen können. Teilweise werden auch Gespräche mit Kindern geführt, die straffällig oder verhaltensauffällig geworden sind. Die Abstimmung der Kooperation erfolgt dabei meist zwischen den Präventionsbeauftragten und der Schulleitung. Die Zusammenarbeit hat hier in erster Linie einen Dienstleistungscharakter durch die Polizei.

2.6 Zusammenarbeit mit Nachbarschaftsakteur*innen

Zu den Nachbarschaftsakteur*innen zählen all jene Initiativen und Institutionen, die sich im Fallstudiengebiet für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen engagieren. Sei es, indem sie den interkulturellen Austausch fördern, Teilhabe ermöglichen oder sich für die Förderungen und Stärkung der Menschen vor Ort einsetzen. Im Fallstudiengebiet nehmen diese Rolle vor allem die drei Quartiersmanagementbüros ein. Daneben gibt es aber auch eine Reihe migrantischer Bildungs- oder Kulturvereine, sowie einige private Akteur*innen, die sich vor allem im Bereich Jugendarbeit engagieren.

Eine besondere Rolle kommt den drei Quartiersmanagements - QM Schillerpromenade, QM Richardplatz Süd und QM Körnerpark – zu. Ihre Aufgabe besteht in der Förderung bürgerschaftlichen Engagements und des Zusammenhalts der lokalen Bevölkerung. Darüber hinaus haben sie die Aufgabe, zwischen den verschiedenen Akteur*innen und Verwaltungsebenen zu vermitteln. Die befragten Akteur*innen beurteilten die Zusammenarbeit mit den QMs im Fallstudiengebiet überwiegend positiv. Einzig Vertreter*innen der Polizei gaben an, dass sie nur wenig Kontakt zu den QMs pflegen. Zwar hätte es hier bereits Kontakte gegeben, diese haben sich aus Polizeisicht aber nicht als hilfreich erwiesen. Die Vertreter*innen der Polizei hatten sich Hinweise auf Straftaten oder zu Straftäter*innen erhofft. In der Praxis hat sich jedoch gezeigt, dass die QMs ihnen keine entsprechenden Hinweise geben konnten und auch darüber nur selten Bedarfe formulieren.

Die QMs selbst gaben an, an mehreren Kooperationsgremien mit kommunalen Behördenvertreter*innen teilzunehmen. So werden etwa im Lenkungsgremium unterschiedliche die Quartiere betreffende Themen wie z.B. Müll, Drogen oder wirtschaftliche Entwicklung besprochen. Die QMs haben dabei einerseits die Möglichkeit, sich untereinander auszutauschen, aber auch Anliegen vorzutragen und die Vorhaben des Bezirks oder der Senatsverwaltung kennenzulernen. Insofern nehmen die QMs hier eine vermittelnde Rolle zwischen den Vorhaben der Kommune und den Bedarfen und Anliegen der Bevölkerung ein. Entsprechend geht es in den Gremien vor allem um den Informationsaustausch und darum Unterstützung zu mobilisieren. Diese besteht darin, die Perspektiven und Vorhaben der Kommune möglichst umfassend kennenzulernen und in ihr Quartier hineinzutragen. In Bezug auf die Zusammenarbeit mit der Verwaltung wurde zudem die Steuerungsrunde positiv hervorgehoben. Dort haben die QMs die Möglichkeit gemeinsam mit der Bezirkskoordination und eine*r Vertreter*in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung über Anliegen und Probleme in den Quartieren zu sprechen.

Neben den QMs spielen für die lokale Kooperationslandschaft auch zivilgesellschaftliche Akteur*innen als Vertreter*innen nachbarschaftlicher Initiativen in beschränktem Umfang eine Rolle. In diese Gruppe fallen Hauseigentümer*innen, Gewerbetreibende, Vereine oder Vertreter*innen religiöser Gemeinschaften. Im Fallstudiengebiet engagieren sich diese z.B. als private Akteur*innen für nachbarschaftliche Fragen oder im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit. Für die Akteur*innen liegt der Fokus dabei meist vollständig auf ihrer Arbeit, die sie im Sozialraum oder auch darüber hinaus anbieten. Entsprechend gering ist in vielen Fällen auch die Zusammenarbeit mit anderen organisierten Akteur*innen. So findet bspw. eine Zusammenarbeit mit staatlich geförderten Jugendhilfeangeboten nur in Form informeller Kontakte oder als Dienstleistungsbeziehung statt, wenn diese Kinder oder Jugendliche in deren Angebote vermitteln. Da zwischen den Akteur*innen aber wie oben beschrieben oft ein Konkurrenzverhältnis in Bezug auf die Zielgruppen besteht, bilden derartige Formen der Zusammenarbeit die Ausnahme. Eine etwas größere Rolle scheint der Kontakt zu den QMs zu spielen. Hier wurde deutlich, wie wichtig die Netzwerk- und Vermittlungsfunktion der QMs ist. Oft sind diese die einzige Möglichkeit für private Akteur*innen, ihren Anliegen gegenüber der Politik und Verwaltung Gehör zu verschaffen. Jedoch gibt es auch hier Ausnahmen. Insbesondere einige Hauseigentümer*innen haben sich in den vergangenen Jahren selbstständig um Kooperation mit den Behörden bemüht, um die Problematik des Drogenkonsums in Hauseingängen zu adressieren. So ist es gelungen, Vertreter*innen unterschiedlicher Behörden mit den Anwohnern an einen Tisch zu bekommen, um gemeinsam nach Lösungen für die Situation der Menschen vor Ort zu suchen.

3 Praxisbeispiele kooperativer Sicherheitsproduktion

Zielte die Untersuchung der wechselseitigen Wahrnehmung vor allem auf die Beziehungsebene ab, soll es im Folgenden darum gehen, einen Blick in ausgewählte Kooperationen im Fallstudiengebiet zu werfen, um strukturelle Gelingensbedingungen erfolgreicher Kooperationen herauszuarbeiten. Hier wurden „Gute-Praxis“ Beispiele identifiziert und näher untersucht. Dabei war entscheidend, dass diese zumindest in Teilen erfolgreich waren und in denen die Zusammenarbeit durch die Beteiligten selbst, aber auch durch andere Akteur*innen im Sozialraum positiv bewertet wurde. Dies bedeutet gleichwohl nicht, dass jedes dieser Fallbeispiele zum Idealtyp guter Kooperation taugt. Es ist den Akteur*innen jedoch gelungen, für einen bestimmten Zeitraum eine oder mehrere meist selbst gesteckte Ziele erfolgreich und gemeinsam zu erreichen. Die Auswahl der Beispiele erfolgte durch Vorschläge von Ak-

teur*innen aus dem Feld. Das Fallbeispiel „Task Force Okerstraße“ wurde im Rahmen eines Unterauftrags durch das QM Schillerpromenade aufgearbeitet und wird hier in verkürzter Form zusammengefasst.

Für die Analyse wurden mit den Gremienmitgliedern bzw. Veranstaltenden Interviews geführt und soweit möglich erfolgten eine oder mehrere teilnehmende Beobachtungen. In den Interviews wurden die Beteiligten gebeten, ihre Zusammenarbeit zu beschreiben und frei zu bewerten. Zudem sollten sie in einem zweiten Teil ihre Zusammenarbeit hinsichtlich einer Reihe aus dem Stand der Forschung bekannter Erfolgsfaktoren beurteilen.

3.1 Maßnahmenbündel Esperantoplatz

Der Esperantoplatz ist ein öffentlicher Platz im Richardkiez von Neukölln. Unter Bäumen wurden Parkbänke zum Verweilen aufgestellt. In unmittelbarer Nachbarschaft grenzen ein Spielplatz und ein Bolzplatz an. Der Platz und sein Umfeld zogen in den vergangenen Jahren vor allem im Sommer immer wieder Jugendliche an, die auf und im Umfeld des Platzes mit Drogen handeln, sich laut, provokativ und unfreundlich gegenüber Passant*innen verhalten haben und zwischen denen es wiederholt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen über die Nutzungshoheit im öffentlichen Raum kam. Auch Anwohner*innen bekamen dies zu spüren, wenn sie z.B. den Spielplatz aufsuchen wollten und von dort vertrieben wurden. Die lokalen Gewerbetreibenden klagen zudem, dass die Jugendlichen sich im Bereich ihrer Läden aufhielten und dadurch potenzielle Kunden vom Betreten der Geschäfte abhielten. Auch haben die Jugendlichen einen Teil der Gewerbetreibenden bedroht und es ist wiederholt zu Raubstrafataten und Sachbeschädigungen gekommen.

Seitens der lokalen Jugendsozialarbeiter*innen wurde die Situation als zunehmende Eskalation wahrgenommen. Sie wandten sich daraufhin an die Sozialraumkoordinatorin. Gemeinsam entwickelten sie die Idee eines runden Tisches, um die Jugendlichen, die Anwohner*innen und Gewerbetreibenden, aber auch Vertreter*innen des Jugendamts zusammen zu bringen, um gemeinsam über die Situation vor Ort und ihre unterschiedlichen Perspektiven zu sprechen. Ziel des runden Tisches war es, die Situation am Esperantoplatz zu befrieden und Wege zu finden, wie alle Beteiligten besser miteinander auskommen können. Dazu sollten die Anwohner*innen, Gewerbetreibenden und Jugendlichen sich gegenseitig kennenlernen, um Vorurteile und Ängste abzubauen. Kurzfristig sollte eine Deeskalation vor Ort erzielt werden. Darüber hinaus sollten Kommunikationskanäle mit den Jugendlichen etabliert und Wege gefunden werden, um eine gewisse wechselseitige soziale Kontrolle unter den Jugendlichen zu etablieren.

Die Jugendlichen am Esperantoplatz standen bereits im Vorfeld des runden Tisches im Kontakt mit Vertreter*innen lokaler Jugendeinrichtungen sowie einer Streetworkerin, die im Quartier aufsuchende Jugendsozialarbeit leistete. Die Vernetzung unter den lokal ansässigen Jugendsozialarbeiter*innen wurde in vielen Gesprächen als vorbildlich gelobt. So konnte frühzeitig ein Überblick über die Lage vor Ort erzielt und eine weitreichende soziale Kontrolle über die lokalen Jugendlichen ausgeübt werden. Im Fall der Jugendlichen vom Esperantoplatz genügte dieses Netzwerk allein jedoch nicht, um die angespannte Situation zu entschärfen. Das lokale Netzwerk trug jedoch dazu bei, gemeinsam mit der Sozialraumkoordinatorin die Idee vom runden Tisch zu konzipieren und umzusetzen.

Der Sozialraumkoordinatorin kommt in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle zu, da sie die Maßnahmenentwicklung mit den lokalen Jugendsozialarbeiter*innen im Vorfeld nicht nur koordinierte, sondern bei den runden Tischen selbst auch als Moderatorin auftrat und dabei trotz der aufgeheizten Stimmung für ein konstruktives Kommunikationsklima zwischen den beteiligten Gruppen sorgte.

Zu einem ersten Treffen des runden Tisches waren alle relevanten Akteur*innen eingeladen. Neben den Jugendlichen selbst waren dies in erster Linie die Anwohner*innen und Gewerbetreibenden. Darüber hinaus waren von institutioneller Seite die Sozialraumkoordinatorin des Jugendamts, Vertreter*innen lokaler Jugendeinrichtungen sowie Streetworker*innen aus dem Bereich der Jugendsozialarbeit vertreten. Zudem nahmen Vertreter*innen der Bezirksverordnetenversammlung, der Polizei und Mitarbeiter*innen aus dem Bezirksamt teil. Das Treffen diente dazu, dass alle Beteiligten ihre Sicht auf die Dinge schildern und ihre Anliegen vortragen konnten. Durch die Repräsentant*innen aus Politik und Bezirksamt wurde insbesondere den Anwohner*innen und Gewerbetreibenden signalisiert, dass die Situation auch auf der kommunalpolitischen Ebene angekommen und für wichtig erachtet wird. Es zeigte sich jedoch auch, dass die „große Runde“ für die Aussprache zwischen Anwohner*innen, Gewerbetreibenden und Jugendlichen weniger geeignet ist, da sich die Jugendlichen vorgeführt fühlten und ein Gespräch auf Augenhöhe nicht möglich war.

Daher wurde ein Folgetreffen durchgeführt, an dem Politiker*innen und Polizei nicht mehr teilnahmen. So wurde es möglich, den Fokus von der Darstellung der individuellen Anliegen und Forderungen hin zu den Sichtweisen auf die Situation, das wechselseitige Kennenlernen der Beteiligten und auf die Findung gemeinsamer Ziele zu verschieben. Dank der guten Moderation gelang es herauszuarbeiten, dass alle Beteiligten ein Interesse an einem konfliktfreien, friedlichen Miteinander haben. Auf dieser Grundlage konnten sich die Parteien darauf verständigen, dass die Jugendlichen sich auf dem Platz aufhalten dürfen und dass es auch in Ordnung ist, wenn es dabei mal etwas lauter zugeht, dass sie sich aber auch von den Gewerbebetrieben fernhalten sollten und es zu keinen Übergriffen auf diese mehr kommen soll. Um die Vereinbarung abzusichern, wurden vor allem die älteren Jugendlichen in die Pflicht genommen, ein Auge auf die Jüngeren zu werfen. Auch boten die älteren Jugendlichen an, für die Gewerbetreibenden telefonisch erreichbar zu sein, wenn es zu Konflikten mit den Jüngeren kommt. Die Übertragung einer Mitverantwortung für die Situation, und die damit verbundene Anerkennung, waren für die Motivation der älteren Jugendlichen, sich an die Vereinbarungen zu halten, sehr förderlich. Tatsächlich ging die Zahl der Zwischenfälle in den kommenden Monaten zurück.

Parallel zum runden Tisch wurde auch der Kontrolldruck durch die Polizei erhöht. Neben Ansprachen der Jugendlichen durch Vertreter*innen der Operativen Gruppe Jugendgewalt (OGJ), zeigte die Polizei häufiger Präsenz vor Ort und es kam teilweise auch zu Verhaftungen. Während Verhaftungen von Straßendealer*innen und einzelnen Jugendlichen, die mit Gewalttaten auffällig wurden, hier wie an den meisten Orten nur wenig Wirkung entfalten, da die Jugendlichen meist schon nach kurzer Zeit wieder auf freiem Fuß sind. Gleichzeitig gelang es der Polizei aber auch, einige der Anführer*innen der Gruppe für schwerwiegendere Delikte zu belangen. Nach Angaben der Polizei ging die Zahl delinquenter Aktivitäten nach diesen Verhaftungen zurück, bzw. verlagerten sich an andere Orte außerhalb des Quartiers.

Im Folgejahr wurde schließlich ein weiteres Treffen durchgeführt zu dem nochmals Jugendliche, Anwohner*innen und Gewerbetreibende eingeladen wurden. Dieses Treffen hatte nun weniger den Charakter noch einmal gemeinsam über die akute Situation zu sprechen, sondern vor allem ein gemeinsames positives Erlebnis zu schaffen, um das Erreichte zu würdigen und zu bekräftigen. Auch in diesem Jahr blieb die Zahl problematischer Vorfälle gering.

Das Beispiel zeigt, dass Sicherheitsprobleme ein ganzheitliches Herangehen fordern. Wo sich einseitig nur Sozialarbeiter*innen um Jugendliche kümmern oder Polizist*innen alleine mit repressiven Maß-

nahmen gegen diese vorgehen, kommt es wenn überhaupt meist nur vorübergehend zu einer Verbesserung der Lage. Wo hingegen eine Vielzahl unterschiedlicher Akteur*innen ihre Kompetenzen gleichzeitig auf einen Ort oder ein bestimmtes Phänomen richten, potenziert sich der Effekt jedes einzelnen, da den Zielgruppen Ausweichmöglichkeiten genommen und gleichzeitig Perspektiven für eine bessere Zukunft gewiesen werden.

Für die Befriedung der Situation vor Ort war es ein großer Erfolg, dass es den Verantwortlichen gelungen ist, dass die Konfliktparteien sich zusammengesetzt und miteinander gesprochen haben. Dass es zu diesem Austausch gekommen ist, ist nicht zuletzt der guten Zusammenarbeit der lokalen Jugendsozialarbeiter*innen zu verdanken und macht deutlich, wie wichtig eine gute Vernetzung lokaler Akteur*innen ist. Das Beispiel zeigt aber auch, dass nicht immer alle Akteur*innen gleichzeitig in Kooperationsrunden beteiligt sein müssen. Unter Umständen kann es sogar besser sein, wenn sich wie hier z.B. die Polizei aus dem Dialog zwischen Anwohnenden und Jugendlichen heraushalten. Für den lösungsorientierten Austausch sollte die Zahl der beteiligten institutionellen Akteur*innen also möglichst klein gehalten wurde, um einen Dialog auf Augenhöhe zu ermöglichen. Des Weiteren hat sich gezeigt, wie wichtig eine gute Moderation für derartige Vermittlungsdialoge ist. Nur wenn es gelingt, eine wertschätzende Kommunikationskultur zu etablieren, kann eine konstruktive Vermittlung zwischen den Beteiligten gelingen.

Auch wenn ein Teil der Maßnahmen der Akteur*innen unabhängig voneinander geplant und durchgeführt wurde, bedeutet dies keineswegs, dass die Zusammenarbeit deshalb schlechter sein muss. Wichtig ist in derartigen Fällen vor allem, dass alle beteiligten organisierten Akteur*innen für die Situation vor Ort hinreichend sensibilisiert sind und ihre Bemühungen zur Verbesserung der Situation gleichzeitig ausweiten. Das zweigleisige Vorgehen aus polizeilichen und sozialarbeiterischen Maßnahmen hat sich dabei am Esperantoplatz als erfolgreich erwiesen. Den Jugendlichen wurde auf der einen Seite die Hand gereicht, indem sie ernstgenommen und sie in die Problemlösung eingebunden wurden. Gleichzeitig wurden ihnen signalisiert, dass die Einhaltung der Regeln und Gesetze vor Ort kontrolliert und durchgesetzt wird.

Als besonders hilfreich in der Umsetzung hat es sich erwiesen, dass

- die lokalen Akteur*innen gut vernetzt waren und einen guten Kontakt zu den Jugendlichen hatten.
- die Sozialraumkoordinatorin sich stark vor Ort engagierte.
- die professionellen Akteur*innen mit unterschiedlichen Herangehensweisen parallel vorgehen.
- die Jugendlichen und Anwohnenden in den Dialog gebracht wurden.
- die Jugendlichen trotz ihres Fehlverhaltens ernst genommen wurden und es gelungen ist, sie in die Verantwortung für die Situation vor Ort zu bringen.

3.2 Task Force Okerstraße

Die Okerstraße liegt mitten im Quartiersgebiet der Schillerpromenade im Norden Neuköllns. Die Okerstraße endet am Tempelhofer Feld und liegt in der Nähe mehrerer Friedhofsflächen. Seit 2005 kamen im Quartiersgebiet zunehmend Beschwerden über Belästigung durch Trinkende, Müllprobleme und unbeaufsichtigte, verwaarloste Kinder auf. Einzelne Gebäude waren in sehr schlechtem baulichen Zustand. Sowohl von Anwohner*innen, als auch beteiligten Akteur*innen wurde dies wahrgenommen,

und deutlich in einem Bericht des Präventionsbeauftragten der Polizei dokumentiert. Die wahrgenommene „Verwahrlosung“ konzentrierte sich vor allem im Bereich Okerstraße. Hinzu kam, dass das Gebiet ab 2007 zum Ziel von erheblicher Zuwanderung, zu großem Teil von bulgarischen und rumänischen Saisonarbeiter*innen und ihren Familien wurde. Durch den Zuzug entstand eine enorme Überbelegung in einigen Wohnungen. Diese waren zudem in so schlechtem Zustand, dass von einer Gefahr für Sicherheit und Gesundheit der Bewohner*innen gesprochen wurde. Die sehr ausbeuterischen Mietverhältnisse in diesen als „Problemhäuser“ bezeichneten Gebäuden waren vor allem einem Hauseigentümer zuzurechnen und befanden sich hauptsächlich in der Okerstraße.

Neben dem Problem der Überbelegung trug zur Verwahrlosung im Gebiet aber auch der gleichzeitige Leerstand einiger Immobilien, die Müllproblematik sowie Alkohol- und Drogenkonsum im öffentlichen Raum bei. Zudem kamen Herausforderungen wie Fragen nach der Schulpflicht von nicht gemeldeten Kindern und dem Umgang mit Schuldistanz und Sprachdefiziten hinzu, und insgesamt ein Anstieg an nachbarschaftlichen Konflikten. Durch die zunehmende Verschlechterung der sozialen Lage wurde der besondere Handlungsbedarf immer klarer.

Durch das Zusammenkommen der verschiedenen Missstände wurde deutlich, dass ein alternativer Lösungsansatz mit verstärkter Zusammenarbeit verschiedener Behörden und lokaler Akteur*innen erforderlich ist. Der Migrationsbeauftragte des Bezirks und das QM Schillerpromenade riefen daher die interdisziplinäre Arbeitsgruppe Task Force Okerstraße (AG TFO) ins Leben, welche schnelle Hilfe und neue Herangehensweisen bringen sollte. Die Ziele des Projekts waren die Verbesserung des Bauzustandes und der Wohnsituation in den betroffenen „Problemimmobilien“, der Aufbau aktiver nachbarschaftlicher Strukturen, die Verbesserung der Lebens- und Schulsituation der Familien und ihrer Kinder und Jugendlichen sowie die Klärung der durch Trinker*innengruppen beeinträchtigten Situation auf der Schillerpromenade. Ein weiteres wichtiges Ziel war das Ausprobieren und Etablieren der gebietsbezogenen, ressortübergreifenden Zusammenarbeit verschiedener Fachämter, Institutionen und Einrichtungen. Inhaltlich fand die Zielsetzung somit auf verschiedenen Ebenen statt, darunter Prävention und Schaffung von Angeboten, Organisation von ordnungsstaatlichem Handeln sowie die Ermöglichung ressortübergreifender Kooperation zur Beratung und Entscheidungsfindung.

Um die verschiedenen relevanten Akteur*innen an einen Tisch zu bringen, setzte sich der damalige Bezirksbürgermeister von Seiten der Politik von Anfang an für das Projekt ein. Vor allem zu Beginn war er die treibende Kraft und wichtiger Unterstützer. Administrativ wurde das Projekt unter bezirklicher Trägerschaft des Migrationsbeauftragten eingerichtet. Er nahm zudem die wichtige Rolle des Projektleiters ein. Das Quartiersmanagement setzte den inhaltlichen Fokus der AG, wofür ein Strategiepapier mit verschiedenen Maßnahmen erstellt wurde. Es war außerdem stark vernetzend tätig. Fester Teil der AG waren neben Bürgermeister, Migrationsbeauftragtem, QM und Senatsverwaltung die Polizei und das Vor-Ort-Büro des Trägervereins. Letzteres wurden aus dem Programm „Soziale Stadt“ der Senatsverwaltung eingerichtet und zusätzliche Mittel für Arbeit vor Ort bereitgestellt.

Von Seiten des Bezirksamts Neukölln und seinen Fachämtern wurden zu den Treffen der AG-TFO je nach Bedarf das Jugendamt, der sozialpädagogische Dienst, das Schulamt, der sozialpsychiatrische Dienst, das Ordnungsamt sowie die Bau- und Wohnungsaufsicht eingeladen. Kooperationspartner*innen außerhalb der AG waren außerdem verschiedene Schulen. Zentrale Aufgabe der AG war, das staatliche Handeln zu koordinieren und neue Vernetzungs- und Austauschmöglichkeiten zwischen den Bereichen zu schaffen. Aber auch auf der Ebene des Quartiers war die TFO aktiv und vernetzt. So war der

Quartiersrat der Anwohner*innen an der Entwicklung beteiligt und wurde durch das QM und den Migrationsbeauftragten regelmäßig informiert. Er war jedoch nicht Teilnehmer der AG, die als verwaltungsinterne AG nicht öffentlich tagen konnte.

Die TFO war insgesamt darauf ausgelegt Maßnahmen zur Prävention, Intervention und Förderung der Menschen vor Ort zusammenzubringen. Während die Verwaltung für das staatliche Handeln und die Intervention sorgte, übernahm das Quartiersmanagement die Schaffung von Angeboten und die Prävention vor Ort mit dem Träger des Vor-Ort-Büros. Die Maßnahmen und Strategien fanden auf zwei Ebenen statt: Zum einen auf der Ebene der verwaltungsinternen Kooperation in der AG-TFO und zum anderen in Form konkreter Aktionen vor Ort.

In der AG-Arbeit fanden alle zwei Monate gemeinsame Treffen statt, bei welchen kurzfristige Ziele bis zum nächsten Treffen festgelegt, und anschließend Bericht erstattet wurde. So entstand ein konstanter Fluss an Informationen zwischen den verschiedenen Bereichen. Darüber hinaus wurden in der AG Verantwortlichkeiten und die Zusammenarbeit im Rahmen konkreter Maßnahmen der TFO koordiniert. So wurde beispielsweise das gemeinsame Vorgehen von Polizei, Bauaufsicht und Sozialarbeitenden in den „Problemhäusern“ abgestimmt und in den AG-Runden besprochen.

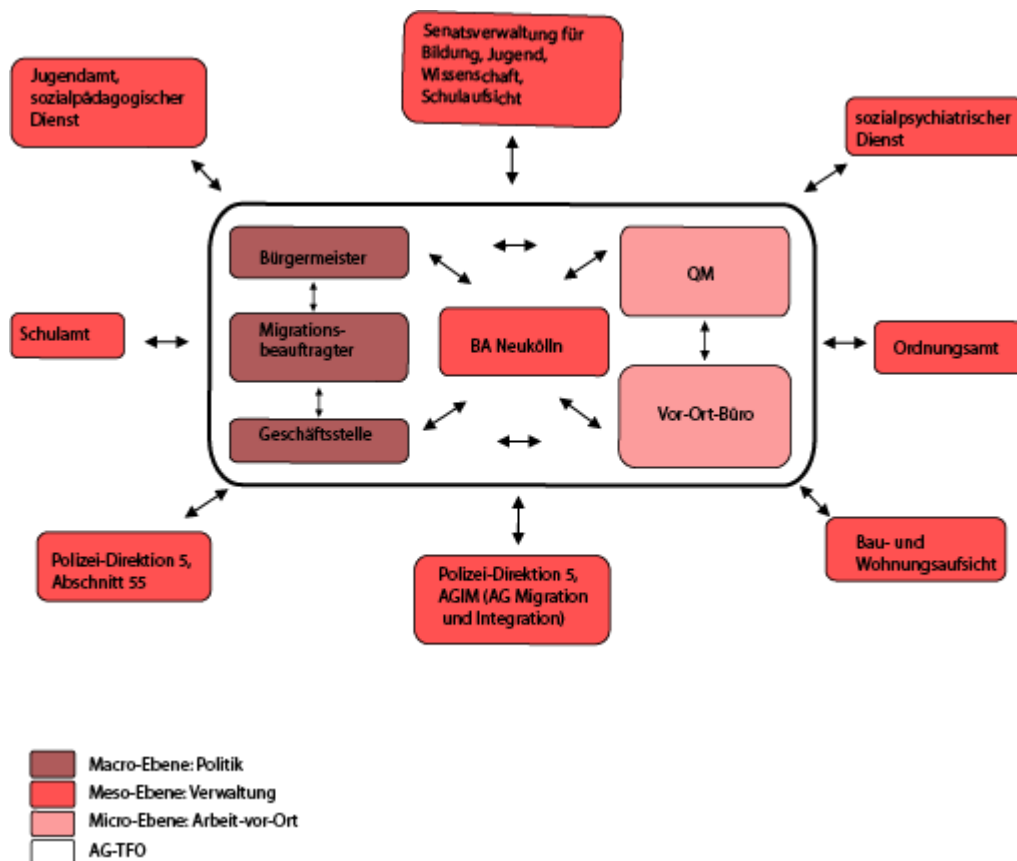


Abbildung 13 Organigramm der AG TFO (QM Schillerpromenade 2020)

Die durch das QM vorgeschlagene Strategie sah insgesamt drei inhaltliche Module vor: Das erste sollte zunächst für schnelle Hilfe durch Streetwork und Soziale Arbeit sowie dem Einrichten einer Anlaufstelle in Form des Vor-Ort-Büros sorgen. Das zweite Modul legte den Fokus auf sozial auffällige Kinder und Jugendliche und ihre Familien, das dritte diente der Begleitevaluation, Projektdokumentation und dem Anknüpfen an bereits vorhandene Beratungsstrukturen.

Die Anlaufstelle war täglich geöffnet und bot Hilfe und Unterstützung für die Anwohner*innen, vor allem in beratender Form. So fand täglich unter anderem eine Sozial- und Familienberatung sowie Kinderbetreuung statt, aber auch Beratung und Begleitung bei bürokratischen Angeboten, aufsuchende Familienbetreuung, Sport- und Freizeitangebote für Jugendliche und Unterstützung bei der Schuleingliederung. Außerdem wurden verschiedene Aktionen geplant, welche das Nachbarschaftsgefühl stärkten, wie gemeinsame Putzaktionen oder das Okerstraßenfest. Das Büro war interkulturell aufgestellt, das heißt es gab mehrsprachige Angebote und Stellen waren mit Mitarbeiter*innen mit Migrationshintergrund besetzt. Nach Projektende 2012 blieb das Vor-Ort-Büro bis 2014 als Beratungszentrum erhalten.

Im Laufe des Projektes veränderte sich die Zielgruppe der Arbeit. Zunächst wollte man vor allem die neuen EU-Bürger*innen erreichen. Durch Mund-zu-Mund-Propaganda wurde das Büro jedoch schnell bei jüngeren Menschen verschiedenster Herkunft bekannt und entwickelte sich zu einer allgemeinen Anlaufstelle für Migrant*innen und Nicht-Deutschsprachige Mitbürger*innen.

Für das Gelingen des Projektes wurde das interdisziplinäre Zusammenbringen der verschiedenen AG-Mitglieder als sehr hilfreich bewertet. Aufgrund der vergleichsweise hohen Kontinuität der gemeinsamen Gremiensitzungen konnte kurzfristig auf neue Probleme reagiert und ein konstanter Informationsfluss etabliert werden. Um die Arbeitsbelastung der Beteiligten darüber hinaus so gering wie möglich zu halten, wurden die Akteur*innen teilweise aber auch nur themenbezogen zu den Treffen eingeladen. Gegen Ende des Projekts konnte zudem die Frequenz der Treffen reduziert werden. Sie fanden dann nur noch vierteljährlich statt.

Durch die AG wurden kurze Wege und direkte Ansprechpartner*innen für die beteiligten Behörden und Institutionen geschaffen und dadurch auch eine persönliche Beziehung unabhängig von Amt und Position aufgebaut, die sich durch Vertrauen und wechselseitiges Verständnis für die Interessen, Möglichkeiten und Grenzen der anderen Akteur*innen auszeichnete. Die enge Zusammenarbeit wirkte sich somit positiv auf das Verhältnis von Akteur*innen aus, die traditionell sehr verschiedene Herangehensweisen pflegen und sich skeptisch gegenüberstehen. So beschrieb eine Sozialarbeiterin den Abbau von Vorurteilen gegenüber der Polizei, welche sie, anders als vor der Kooperation, als bemüht um den sozialen Frieden und den Jugendlichen wohlgesinnt wahrnahm. So konnten schnellere und „unbürokratischere“ Lösungen realisiert werden. Der persönliche Kontakt führte auch dazu, dass Zuständigkeiten direkt übernommen wurden und nicht erst verneint oder langwierig geprüft wurden, wie dies sonst häufig der Fall war. Für die Zusammenarbeit mit Schulen, die in vielen Kooperationsvorhaben als herausfordernd beschrieben wird, wurde dieser Aspekt ebenfalls besonders positiv hervorgehoben. Auch hier konnten konkrete Ansprechpartner*innen und ein ‚direkte Draht‘ hergestellt werden. Die persönliche Zusammenarbeit trug somit wesentlich zur Motivation der Beteiligten bei, steigerte das persönliche Engagement und erleichterte ein lösungsorientiertes Arbeiten. Darüber hinaus wurden zusätzlich die Leistungen einiger engagierter Einzelpersonen wie der Vertreterin des QMs und des Migrationsbeauftragten besonders hervorgehoben. Auch die Unterstützung durch den Bürgermeister im Zuge der Konstitution des Projekts war hierbei von großer Bedeutung. Da nicht alle Akteur*innen sogleich einen Nutzen im Vorhaben sahen, konnten diese durch das Engagement und einen gewissen Druck des Bürgermeisters zu einer Teilnahme an der Veranstaltung bewegt werden. Skeptische Akteur*innen konnten sich so einen besseren Eindruck vom geplanten Vorhaben verschaffen und einen wenn auch weniger motivierten Beitrag zum Gelingen leisten.

Die Einrichtung einer Geschäftsstelle, die mit der Gesamtkoordination betraut war, trug ebenfalls erheblich zum Erfolg des Projekts bei. Dies hat besonders zum reibungsarmen Ablauf der Arbeit der AG TFO beigetragen. Die Geschäftsstelle kümmerte sich um Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung und Organisation sowie um die Budgetverwaltung. Dabei ist wichtig zu erwähnen, dass das Projekt mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet war, was von den Beteiligten ebenfalls sehr positiv beurteilt wurde.

In der Rückschau gaben viele Befragte an, dass die etablierten Kontakte und die ressortübergreifende Zusammenarbeit auch nach offiziellem Ende bestehen blieben und davon auch andere Projekte nachhaltig profitierten. Die Form der interdisziplinären Zusammenarbeit war ein Novum bei der AG TFO und hinterließ sowohl im Bezirk Neukölln sowie darüber hinaus seine Spuren. So flossen die Erfahrungen unmittelbar in die Bewältigung anderer sicherheitsbezogener Themen ein. Die ressortübergreifende Zusammenarbeit stellt für Neukölln seither eine wichtige Säule für die Sicherheitsproduktion dar und hat die Entwicklung einer lösungsorientierten Kooperationskultur beigetragen.

Als besonders hilfreich in der Umsetzung hat es sich erwiesen, dass

- die politische Ebene in Person des Bürgermeisters das Projekt aktiv unterstützt hat.
- es eine Reihe überdurchschnittlich engagierter Einzelpersonen in den beteiligten Organisationen gab.
- Eigenständige Gesamtkoordination
- Hohe Kontinuität und persönliche Treffen
- Vertikale Integration von ressortübergreifender Koordination und konkreter lokaler Maßnahmendurchführung
- Ausreichend finanzielle Ressourcen

3.3 Bildungsverbund Droryplatz

Der Droryplatz im Richardkiez ist der Schulhof der dort ansässigen Löwenzahn Grundschule. Er stand über viele Jahre ganztägig der Öffentlichkeit als Durchgang und in den Nachmittagsstunden auch für andere Kinder und Jugendliche offen. Um das Jahr 2012 kam es vermehrt zu Nutzungskonflikten, Vandalismus und Gewaltvorfällen. Nachdem sich die Lage immer weiter zuspitzte, schlossen sich engagierte Fachkräfte aus den Bildungseinrichtungen vor Ort zusammen. Auf Basis dieser Vernetzung entstand 2012 das Projekt „Gewaltprävention am Droryplatz“ (Soziale Stadt). Dort fanden sich (sozial-)pädagogische Einrichtungen und erfahrene Kiezakteur*innen wie z.B. die „Stadtteilmütter“ zusammen, um Maßnahmen zur Gewaltprävention zu erarbeiten. Aus dieser Initiative ging im Rahmen einer weiteren Förderung im Programm Soziale Stadt schließlich im Jahr 2014 der Bildungsverbund Droryplatz hervor. Durch die Arbeit des Bildungsverbunds sollte der Droryplatz ein Ort der friedlichen Nutzung durch Kinder, Jugendliche und Familien unterschiedlicher Herkunft sein, die angesiedelten Einrichtungen wollten gute Bildungschancen für alle schaffen.

Bei der Entstehung des Bildungsverbunds spielte das Quartiersmanagement (QM) Richardplatz Süd (seit 2021 Quartiersmanagement Rixdorf: www.rixdorf-quartier.de) eine wichtige Rolle. Das QM verfolgt die Zielsetzung, Bildungs- und gesellschaftliche Teilhabechancen und die nachbarschaftlichen Kontakte im Quartier für alle Bevölkerungsgruppen zu verbessern. Dazu übernahm das QM in der Entstehungsphase des Bildungsverbunds prozessbegleitende und koordinierende Funktionen. Ab 2012 wurden diese dann größtenteils durch den Projektträger übernommen. Als aktives Mitglied bringt das QM von Anfang an seine Kompetenz und die Perspektive des Quartiers in die Arbeit des Bildungsverbundes ein.

Zur Erfolgsgeschichte des Bildungsverbunds gehört, dass bereits in der Entstehungsphase eine umfassende Situationsanalyse durchgeführt wurde. Moderiert durch externe Expert*innen konnte Klarheit über lokale Probleme und deren Ursachen geschaffen werden. Es entstand eine Dokumentation, die auch heute noch allen Engagierten als gemeinsame Grundlage zur Verfügung steht.

Der Erfolg des Bildungsverbunds gründet zudem bis heute auf seinen besonders engagierten Mitgliedern. Diese arbeiten teilweise über das reguläre Maß hinaus daran, die Ziele des Verbunds zu verwirklichen. Darüber hinaus suchen sie auch den Kontakt zur administrativen und politischen Ebene, um für die Anliegen des Bildungsverbundes zu werben. So ist es den Akteur*innen immer wieder gelungen für ihre in Eigenverantwortung und auf der Basis der lokalen Probleme sowie zur Verfügung stehenden Kompetenzen entwickelten Ideen und Maßnahmen Gelder einzuwerben.

Schließlich konnte eine Regelfinanzierung im Rahmen des Programms „Lokale Bildungsverbände sichern und stärken“ der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Forschung erreicht werden. Dadurch konnte die Finanzierung der Prozessbegleitung dauerhaft gewährleistet werden. Dies hat wesentlich zur Professionalisierung und Verstetigung beigetragen. Sie ist u.a. zuständig für die Organisation und Begleitung von zwei zentralen Gremien, die 14-tägig stattfinden: Die Droryrunde zur Information und Planung aktuell anstehender Aktivitäten und der Droryworkshop zum Austausch über pädagogische und präventionsorientierte Themen mit Hilfe von externen Expert*innen.

Über die Jahre wurde ein mehrgleisiges Vorgehen zur Gewaltprävention entwickelt: Einerseits geht es um städtebauliche Maßnahmen zur Erhöhung der Kontrolle, z.B. einer Reduzierung von Tatgelegenheiten durch Begrenzung des öffentlichen Zugangs zum Droryplatz. Andererseits wurden durch die Partizipation von Kindern und Jugendlichen verbindliche Regeln des Miteinanders erarbeitet. Werte und Strategien des gewaltfreien Miteinanders werden bis heute in den Bildungseinrichtungen vermittelt und geübt.

Am Nachmittag und Wochenende wurde auf dem Platz zudem pädagogische Betreuung etabliert, die über die bloße „Beschäftigung und Aktivierung junger Menschen“ hinaus als gewaltpräventive Maßnahme und soziale Kontrolle verstanden werden kann. Die pädagogische Arbeit wurde durch den Bau eines eigenen Gebäudes (Kinderpavillon) zur Durchführung von Aktivitäten zusätzlich aufgewertet.



Abbildung 14 Bildungsverbund Droryplatz (Copyright: Stephanie Piehl)

Ergänzend bietet der Jugendstadtteilladen Outreach für Jugendliche, die sich teilweise auch auf dem Platz aufhielten, eine Anlaufstelle. Durch seine Vernetzung mit anderen Jugendeinrichtungen im Umfeld kann in Absprache auf die verschiedenen Bedarfe reagiert werden.

Als besonders wichtig gilt schließlich die Elternarbeit im Bildungsverein. Der Verbund hat dazu u.a. erreicht, dass ein Familienzentrum gegründet wurde und an den Kinderpavillon ein weiteres Gebäude - das Gemeinschaftshaus - angebaut wurde, das auch für Angebote der Elternarbeit genutzt werden kann. Solche Räumlichkeiten für die Elternarbeit machen kontinuierliche Ansprache und gebrauchswertorientierte Unterstützung möglich. Besonders wichtig ist es dem Verbund, das gegenseitige Miteinander und die Toleranz unter Eltern unterschiedlicher Herkunft zu fördern. Dabei spielt die aktive Arbeit in den Elterncafés der Löwenzahn-Grundschule, die Angebote des Familienzentrums sowie die gute Zusammenarbeit mit den Stadtteilmüttern und neuerdings den Bildungsbotschafter*innen eine wichtige Rolle. Das Projekt „Bildungsbotschafter*innen“, zielt darauf ab, dass Mütter und Väter als Brückenbauer*innen zwischen Bildungseinrichtungen und den Eltern aktiv werden.

Die gewachsene Vernetzung umfasst mit den Jahren ein erhebliches Potential für verschiedene Aktivitäten zur Schaffung lebenswerter Verhältnisse und hat nachhaltige Wirkungen. Das Erreichte muss allerdings ständig überprüft, angepasst und weiterentwickelt werden. Nur so können auch weiterhin kleineren und größere Konflikte und Gewaltvorfälle wirksam bewältigt werden.

Als besonders hilfreich in der Umsetzung hat es sich erwiesen, dass

- eine gemeinsame Problemanalyse stattfand, die als Ausgangspunkt für die Kooperation gelten kann.

- das Quartiersmanagement ständiges Mitglied des Verbunds ist und dadurch eine wichtige Schnittstellenfunktion ins Quartier und in die Verwaltung übernimmt.
- kompetente Einzelpersonen aus QM und Bildungsverbund Kontakte zu Politik und Verwaltung für die Akquise von Finanzmitteln nutzen.
- die Koordinierungsstelle extern und unabhängig angesiedelt ist und die Partner*innen über die Verwendung von Fördermitteln autonom entscheiden können. Dies ermöglicht flexibel angepasste Formate und Aktivitäten.
- für die jeweiligen Aktivitäten im Verbund engagierte Bürger*innen sowie „Spezialist*innen“ etwa der offenen Arbeit oder der pädagogischen und Bildungsarbeit zur Verfügung stehen.
- eine hohe Frequenz und Kontinuität der Gremientreffen stattfindet, sodass die Beteiligten sich kontinuierlich angesprochen sind.

3.4 Steuerungsrunde Sucht

Im Norden des Berliner Bezirks Neukölln stellt der öffentliche Drogenkonsum seit Jahren eine starke Beeinträchtigung der subjektiven und objektiven Sicherheitslage dar. Insbesondere seit dem Jahr 2016 verstärkte sich die Belastung des öffentlichen Raumes durch Hinterlassenschaften der Konsument*innen wie Spritzen, Folien aber auch Blut und Exkrememente. Neben Parkanlagen und teilweise auf Spielplätzen nahm auch der Konsum in Parkhäusern, Hauseingängen und Treppenaufgängen massiv zu. Als besonders störend wird er außerdem in den U-Bahnhöfen der Linien sieben und acht wahrgenommen. Vor diesem Hintergrund haben sich schon seit längerem Strukturen und Netzwerke der Suchthilfe in Nord-Neukölln etabliert, die maßgeblich zu einer Verbesserung der Situation beitragen. Einerseits geht es darum, den Drogenkonsum im öffentlichen Raum und insbesondere in Hauseingängen, Treppenhäusern, Spielplätzen und Parkanlagen stark zu reduzieren. Weil dies nicht vollständig möglich ist, sollen die Konsument*innen für einen sozialverträglichen Konsum sensibilisiert werden. In erster Linie geht es um die Vermeidung von Hinterlassenschaften, insbesondere Spritzen sowie den öffentlich sichtbaren Drogenkonsum. Schließlich liegt der Fokus auch darauf, den Konsument*innen eine Möglichkeit zum sicheren Drogenkonsum zu bieten und Hilfsangebote zu vermitteln. Wichtige Akteur*innen sind in diesem Zusammenhang unter anderem Vertreter*innen verschiedener Organisationseinheiten des Bezirksamtes, der Polizei, ein etablierter Träger der Sozialen Arbeit (Fixpunkt e.V.), das Quartiersmanagement Richardplatz Süd, die Senatsverwaltung für Gesundheit und die Drogenbeauftragte des Landes. Nachfolgend sollen zunächst die maßgeblichen Kooperationen und Schlüsselakteur*innen beschrieben und einige der ressortübergreifend abgestimmten Strategien und Maßnahmen dargestellt werden.

Als Gremium zur ressortübergreifenden Entwicklung, Steuerung und Koordinierung von Maßnahmen und zum Austausch von Informationen wurde 2017 die Steuerungsrunde Sucht ins Leben gerufen. An dieser Runde nehmen unter anderem neben Vertreter*innen des Bezirksamtes, die Suchthilfekoordination, das Grünflächenamt, das Ordnungsamt die Wohnungslosenhilfe, die Koordination des Quartiersmanagements, Vertreter*innen der Polizei, des Quartiersmanagements, der Landesdrogenbeauftragten (Senatsverwaltung für Gesundheit) sowie der lokalen Träger der Suchthilfe Fixpunkt e.V. für die Straßensozialarbeit und das NUDRA-Projekt und die vista gmbH für die Neuköllner Suchtberatungsstelle cofamilia teil. Die Steuerungsrunde arbeitet an der Schnittstelle zwischen Verwaltung und lokalen Akteur*innen. Ziel ist es, die unterschiedlichen mit den Themen Drogen und Sucht befassten Akteur*innen an einen Tisch zu bekommen, um auf die lokalen Probleme schnell und lösungsorientiert reagieren zu können. Zum Erfolg des Gremiums trägt wesentlich bei, dass eine Vielzahl relevanter Verwaltungen beteiligt und aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen mit den zugrundeliegenden Problemen auch motiviert waren, an der Steuerungsrunde teilzunehmen. Begünstigt wurde dies zudem aufgrund

der Tatsache, dass Neukölln seit langem eine Kultur intensiver Vernetzung und Lösungsorientierung auf der Verwaltungsebene insbesondere im Bereich Sicherheit pflegt. Dieses Engagement wird durch die Leitungsebenen der beteiligten Verwaltungen und den*die Bürgermeister*in unterstützt. Seitens der Verwaltungen zeigt sich deren Kooperationsbereitschaft in der Entsendung und kontinuierlichen Teilnahme einer*s Repräsentant*in sowie dem Einbringen spezifischer Kompetenzen und Ressourcen. Für den*die Bürgermeister*in nimmt sein*e zuständige*r Beauftragte*r teil, der*die insbesondere Zugang zu einem weitreichenden Akteur*innennetzwerk zur Verfügung stellt, über das weitere Kompetenzen und Ressourcen meist schnell mobilisiert und dadurch konkrete zeitnahe Lösungen zügig umgesetzt werden können. Die kooperationsorientierte Arbeitskultur der Beteiligten stellt zudem die Basis, um im Falle auftretender Probleme, nicht nur schnell gemeinsame Lösungen konzeptionieren zu können, sondern auch für die Finanzierung oder Umsetzung kleinerer Maßnahmen passende Budgets oder Kompetenzen bei einem der beteiligten Partner*inne oder bei Akteur*innen aus deren Netzwerken finden zu können. Zum positiven Kooperationsklima zählt auch, dass alle Beteiligten einerseits Forderungen an andere Beteiligte oder die Politik offen vortragen können und sich andererseits aber auch mit praktischen Lösungsvorschlägen direkt einbringen können. So wird das Gefühl vermittelt, dass die eigenen Ideen ernst genommen und soweit möglich berücksichtigt werden. Dies trägt einerseits dazu bei, dass die Beteiligten sich in ihrem Engagement wertgeschätzt fühlen und den Eindruck haben, dass es sich bei der Steuerungsrunde nicht nur um einen Debattierclub handelt, sondern tatsächlich etwas getan wird. Dadurch steigt bei den Teilnehmer*innen auch die Motivation zur kontinuierlichen Teilnahme. Andererseits stellt es eine wichtige Grundlage für ein hohes Maß an Innovativität des Gremiums dar. Diese ergibt sich somit aus dem Bemühen des Gremiums, auf die Vorschläge seiner Mitglieder einzugehen und neue Ideen zu erproben, diese gleichzeitig aber auch hinsichtlich ihrer Wirksamkeit regelmäßig zu überprüfen und kontinuierlich weiterzuentwickeln. Leisten kann sich das Gremium dies aber wiederum nur aufgrund des auf etabliertem Vertrauen und enger Vernetzung beruhenden Netzwerks, dass immer wieder flexible Wege zur Finanzierung oder Realisierung entsprechender Vorhaben findet.

Einen wichtigen Beitrag für die praktische Arbeit der Steuerungsrunde leistet die Suchthilfekoordination. Diese Stelle ist für die Vorbereitung, Organisation und Nachbereitung der Gremienarbeit verantwortlich und hält die Kontakte zu allen Beteiligten. Während der konkreten Durchführung übernimmt die Suchthilfekoordination die Rolle der Moderation und bemüht sich um eine konstruktive und doch positive Gesprächsatmosphäre sowie die Vermittlung bei Konflikten.

Ein Schlüsselakteur ist der Träger der Suchthilfe Fixpunkt e.V., der einerseits für die Umsetzung konkreter Maßnahmen vor Ort zuständig ist und sich beispielsweise im Rahmen von Straßensozialarbeit, einer Beratungs- und Kontaktstelle sowie eines Konsumraums um die Konsument*innen kümmert, aber auch eine Anlaufstelle für Bürger*innen und Gewerbetreibende darstellt. Schließlich ist die Einrichtung auch ein wichtiger Ansprechpartner für Polizei und Behörden. Durch die Vielzahl der Kontakte des Trägers und seiner Räumlichkeiten ist er Informationsschnittstelle und Vermittler zwischen den unterschiedlichen Akteur*innen und Interessen. Durch die praktische Arbeit vor Ort ist Fixpunkt dafür prädestiniert, sich ein Bild von der Lage und gegebenenfalls von Veränderungen vor Ort zu machen und diese Informationen im Rahmen der Steuerungsrunde einzubringen. Somit trägt das Gremium zu einer umfassenden Situationsanalyse bei und es können darauf abgestimmte Maßnahmen und Strategien entwickelt werden.

Schnittstellenarbeit, Vernetzung und der Aufbau eines Monitorings im Themenbereich Sucht gehört auch zu den Zielen des 2018 durch die Steuerungsrunde mitinitiierten Projekts NUDRA. Beteiligt daran

sind die Suchthilfekordinator*innen aus den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte, Neukölln und Tempelhof-Schöneberg, der Träger der Suchthilfe Fixpunkt, das LKA Berlin sowie die Senatsverwaltungen für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung und für Stadtentwicklung und Wohnen. Ziel des Projekts ist es, alle relevanten Akteur*innen im Bereich Sucht auf Quartiers-, Bezirks-, und Senatsebene besser miteinander zu vernetzen und einen qualifizierten Überblick über die Sucht- und Drogenproblematik zu erlangen. Hierzu wurde eine Monitoringstelle zur Erfassung und Dokumentation der Phänomene vor Ort eingerichtet. Darüber hinaus wurde eine Interventionsgruppe eingerichtet, die kurzfristig bei Problemen im öffentlichen Raum bereitstehen soll. Ihr Aufgabenfeld umfasst die Kommunikation mit Bürger*innen, einschließlich drogen- und alkoholkonsumierender Menschen. Sie leistet Aufklärung über den Umgang mit Konsumrückständen, Verhalten gegenüber Menschen, die Drogen und Alkohol im öffentlichen Raum konsumieren, Gespräche zum rücksichtsvollen Verhalten im öffentlichen Raum und die Rückmeldung zu Verhaltensweisen, die zu Problemen führen können. Schließlich soll der soziale Zusammenhalt, gute Nachbarschaften und gestärktes subjektives Sicherheitsgefühl durch Angebote zum Bürger*innendialog gefördert werden.

Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung erhöht sich auch dann, wenn sie sich wahrgenommen fühlt und erfolgreich mit ihren Anliegen via Mail oder Telefon an die unterschiedlichen Behörden wenden kann. In Hinblick auf die Meldung von Drogenkonsum und seinen Hinterlassenschaften melden sich die Bürger*innen bei ganz unterschiedlichen Behörden: bei der Polizei, im Büro des*der Bürgermeister*in, beim Ordnungsamt oder bei der Suchthilfekoordination. Um zu vermeiden, dass Meldungen dabei übersehen werden oder nicht bei den richtigen Ansprechpartner*innen ankommen, wird im Rahmen des NUDRA-Projekts ein Meldesystem aufgebaut, in dem alle Behörden entsprechende Meldungen standardisiert an den*die Suchthilfekordinator*in oder den lokalen Träger der Suchthilfe (Fixpunkt e.V.) weiterleiten sollen. Durch Fixpunkt wird die Lage sodann erkundet und gegebenenfalls werden erforderliche Maßnahmen eingeleitet.

Im Rahmen dieser Netzwerke und Kooperationen werden in Nord-Neukölln verschiedene Maßnahmen und Strategien umgesetzt, um die Lebenssituation der Konsument*innen zu verbessern. Dazu gehören unter anderem die zunächst probeweise aus Geldern des Quartiersmanagements finanzierte und später durch den Bezirk übernommene Straßensozialarbeit und die vor Ort eingerichtete und durch Fixpunkt betriebene Kontakt- und Beratungsstelle sowie ein zusätzlich geschaffener Konsumraum sowie ein Drogenkonsum- und Beratungsmobil. Um auch für Geflüchtete ein Beratungs- und Unterstützungsangebot zu schaffen, wurde ein Peer-Helfer-Projekt ins Leben gerufen. Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund werden dafür geschult, ihr Wissen und ihre Erfahrungen zu teilen, um Betroffenen in Bezug auf das Thema Sucht weiterhelfen zu können. Aufgrund ihrer kulturellen und sprachlichen Gemeinsamkeiten fällt es ihnen wesentlich leichter zu den Geflüchteten einen vertrauensvollen Kontakt aufzubauen und mit ihnen über ihren Drogenkonsum und Möglichkeiten zur Hilfe zu sprechen. Die Peer-Helfer werden von den Suchtberatungsstellen betreut und erhalten eine Aufwandsentschädigung.

In Abstimmung mit Beteiligten der Netzwerkrunde konnte ein geeigneter Aufstellungsort für einen 2. Spritzenautomat im öffentlichen Straßenland gefunden und in Betrieb genommen werden. Im Rahmen der HIV- und Infektionsschutzprohylaxe besteht hier für Konsument*innen die Möglichkeit, gegen ein geringes Entgelt steril verpackte Konsumutensilien zu erwerben.

Zur Bewältigung des Problems der Hinterlassenschaften des Drogenkonsums vergibt die Kontakt- und Beratungsstelle Spritzenentsorgungsbehälter an die Drogenkonsument*innen, damit diese selbst ihre

Spritzen nach Benutzung sicher entsorgen können. Daneben wurden in der Nähe von Orten, an denen besonders häufig Drogenkonsum stattfindet, entsprechende Behälter installiert, die durch die Verwendung von Signalfarbe leicht zu finden sind. Schließlich werden durch das Bezirksamt und Fixpunkt e.V. mobile Spritzenbehälter und die erforderliche Ausrüstung für eine sichere Entsorgung an verschiedene Akteur*innen, die im öffentlichen Raum tätig sind, verteilt.

Um der Problematik des Drogenkonsums in Hauseingängen und Treppenhäusern zu begegnen, wurden Begehungen und Informationsveranstaltungen mit Anwohner*innen, Wohnungseigentümer*innen, Schulen, Kitas, Gewerbetreibenden, Fachkräften von Fixpunkt, der Polizei, dem Bezirksamt sowie Vertreter*innen der städtebaulichen Kriminalprävention durchgeführt. Gemeinsam wurden die Probleme vor Ort analysiert und durch teilnehmende Expert*innen z.B. bauliche Veränderungen oder Sicherungsmöglichkeiten für die betroffenen Gebäude besprochen. So wurde den Anwohner*innen vermittelt, dass die Probleme durch die Kommune ernst genommen und passgenaue Lösungen entwickelt werden. Durch Begehungen unter Beteiligung der administrativen und politischen Leitungsebenen und die persönliche Konfrontation mit den Problemen vor Ort, konnte zudem ein besseres Verständnis der Lage und ein Gefühl für die Notwendigkeit von Maßnahmen und ressortübergreifendem Handeln erreicht werden.

Ausgangspunkt für die Etablierung der lokalen Strukturen und die Initiierung der beschriebenen Maßnahmen im Bereich der Suchthilfe in Nordneukölln ist die langjährige und eingespielte Arbeit der ressortübergreifenden Steuerungsrunde an der Schnittstelle zwischen Verwaltung und lokaler Ebene sowie die praktische Arbeit und enge Vernetzung und Expertise des Trägers der Suchthilfe Fixpunkt vor Ort.

Als besonders hilfreich in der Umsetzung hat sich erwiesen, dass

- die Leitungsebenen der beteiligten Behörden hinter der Kooperation stehen und die Umsetzung entsprechender Maßnahmen unterstützen.
- eine finanzierte Koordinationsstelle sich um die Vor- und Nachbereitung, Organisation, Moderation und soweit erforderlich um Konfliktmanagement kümmert.
- versucht wird, einen Konsens zu erreichen und alle Beiträge der Betroffenen zu berücksichtigen. Alle Beteiligten fühlen sich dadurch wertgeschätzt, was ihre wie auch die Motivation der Kooperationspartner*innen fördert.
- ein vertrauensvolles, offenes, kooperations- und lösungsorientiertes Arbeitsklima entwickelt wird.
- gemeinsam geplante Maßnahmen umgesetzt und dadurch konkrete Erfolge sichtbar werden.
- alle Beteiligten die Bereitschaft mitbringen, die Ideen oder Anliegen der anderen Akteur*innen in ihrem eigenen Handeln zu prüfen und soweit möglich zu berücksichtigen.
- angeschobene Maßnahmen immer wieder auch auf dem Prüfstand stehen, um möglichen Fehlentwicklungen zu begegnen und angemessen nachsteuern zu können.
- die lokale Arbeit durch einen Träger ausgeführt wird, der die lokale Situation umfassend kennt und der als Schnittstelle fungiert.

3.5 Behördenübergreifende Schwerpunkteinsätze

Die Polizei führt in Nordneukölln regelmäßig sogenannte Schwerpunkteinsätze in Shishabars, Wettbüros, Spielcasinos und vergleichbaren Lokalen durch. Als Gründe werden zum einen genannt, dass es in diesen Betrieben vermehrt zu Verstößen gegen verschiedene rechtliche Vorschriften und Gesetze kommt. So berichtet die Polizei unter anderem von Verstößen gegen den Jugendschutz oder das Ar-

beitsrecht, von illegalem Glücksspiel, erhöhten Kohlenmonoxidkonzentrationen aufgrund unzureichender Belüftungsanlagen, un versteuertem Tabak und Drogenhandel. Zum anderen geht die Polizei davon aus, dass insbesondere ein Großteil der Shishabars, Spielcasinos und Wettbüros direkt oder indirekt in Zusammenhang mit den sogenannten „Clans“ stehen. Diese würden die Gewerbe unter anderem zur Geldwäsche sowie zur Vorbereitung und Absprache von kriminellen Handlungen nutzen.

Ziel der Einsätze sei daher, die Einhaltung unterschiedlicher gewerbe- und ordnungsrechtlicher Vorschriften und Gesetze, für die unterschiedliche Behörden zuständig sind, gemeinsam und gleichzeitig zu kontrollieren, um den Kontrollierten zu signalisieren, dass Verstöße gegen diese nicht toleriert werden. Ziel sei aber auch Druck auf die „Clans“ auszuüben und gegenüber der Gesellschaft zu signalisieren, dass der Staat im Kampf gegen die Aktivitäten der „Clans“ handlungsfähig und bereit ist, bei kleinen Verstößen hart durchzugreifen. Die Botschaft, die ausgesendet werden soll, lautet: Der Staat und seine Institutionen sind handlungsfähig und es gibt in Nordneukölln keine rechtsfreien Räume. Vor dem Hintergrund, dass die Polizei davon ausgeht, dass es Verstrickungen zwischen den durchsuchten Objekten und kriminellen „Clans“ gibt, dienen die Schwerpunkteinsätze schließlich auch dazu, Erkenntnisse über mögliche Aufenthaltsorte bekannter Clanmitglieder zu gewinnen. Hierzu kann die Polizei an „kriminalitätsbelasteten Orten“ (KBO) die Personalien der Gäste in den kontrollierten Lokalitäten überprüfen. Die Polizei bewertet die Schwerpunkteinsätze selbst als großen Erfolg. So sei die Zahl der in den kontrollierten Objekten gefundenen Verstöße in den vergangenen Jahren stark zurückgegangen. Beispielsweise komme es inzwischen wesentlich seltener zu Betäubungsmittelfunden als noch vor ein paar Jahren.

Gleichwohl sind die Schwerpunkteinsätze in der öffentlichen Debatte nicht unumstritten. Kritiker*innen werfen den Behörden unter anderem vor, dass es keine Belege für die Wirksamkeit hinsichtlich der Bekämpfung von Clankriminalität gebe, die Auswahl der kontrollierten Betriebe nicht transparent sei und die eingesetzten Mittel in keinem Verhältnis zu der Anzahl der aufgedeckten Straftaten und Ordnungswidrigkeiten stünden¹¹.

Im Rahmen des SiQua-Projekts ging es jedoch weder um eine Evaluation der Wirksamkeit in Bezug auf die durch die beteiligten Akteur*innen selbstgesteckten Ziele, noch um eine Bewertung der Angemessenheit der untersuchten Kooperationsbeispiele. Ziel war ausschließlich die Kooperationspraxis der Fallbeispiele hinsichtlich ihrer Erfolgsfaktoren für die kooperative Sicherheitsproduktion in heterogenen Akteurskonstellationen zu untersuchen. Aufgrund der geführten Interviews und der Möglichkeit mehrfacher teilnehmender Beobachtungen erscheinen die Schwerpunkteinsätze als gute Praxisbeispiele kooperativer Sicherheitsproduktion.

Insbesondere vor dem Hintergrund, dass unter Behörden das Zuständigkeitsprinzip Kooperationen sonst eher verhindert, stellen die Schwerpunkteinsätze aufgrund der Tatsache, dass dort Vertreter*innen unterschiedlicher Behörden ihre Kompetenzen und Expertise zusammenzuführen und sich gegenseitig in der Durchführung ihrer Kontrollaufgaben unterstützen, ein besonders gelungenes Beispiel kooperativer Sicherheitsproduktion dar.

Zu den kooperierenden Behörden gehören dabei in Nordneukölln in erster Linie das Ordnungsamt, die lokalen Polizeiabschnitte und ein*e Vertreter*in der*des Bürgermeister*in. Gerade diese hauptverantwortlichen Akteur*innen zeichnen sich dabei durch großes und auch persönliches Engagement sowie Einsatzbereitschaft aus. Darüber hinaus nehmen aber auch andere Behörden regelmäßig teil. Zu

¹¹ Vgl. z.B.: <https://taz.de/Grossrazzien-in-Berlin-Neukoelln/!5587218/> (14.1.2021)

diesen gehören unter anderen Vertreter*innen des Zolls, des Finanzamts, des Bezirksamts oder des LKA. Die genaue Zusammensetzung variiert dabei je nach inhaltlichem Schwerpunkt der Einsätze.

Die Schwerpunkteinsätze entfalten dabei auf unterschiedliche Weise einen Mehrwert. Zunächst besteht dieser natürlich darin, dass alle relevanten Akteur*innen gleichzeitig zugegen sind. Besteht der Verdacht, dass bestimmte Verstöße vorliegen, ist gewährleistet, dass die hierfür zuständigen Behörden diese unmittelbar kontrollieren können. Führen die Behörden hingegen Einzelkontrollen durch und besteht vor Ort der Verdacht, dass weitere Verstöße vorliegen, müssen sie gegebenenfalls um Amtshilfe bitten. Dies kann auf dem regulären Dienstweg längere Zeit in Anspruch nehmen. Zudem besteht die Gefahr, dass die Mitarbeiter*innen der kontrollierten Läden, mögliche Beweise entfernen.

Vertreter*innen der Polizei berichten zudem, dass es bei den Einsätzen wiederholt zu aggressiven Reaktionen und teilweise auch gewalttätigen Auseinandersetzungen in den kontrollierten Betrieben gekommen sei. Um derartigen Vorfällen vorzubeugen und den anderen Beteiligten eine sichere Durchführung ihrer Kontrolltätigkeiten zu ermöglichen, tritt die Polizei meist mit einer größeren Personenzahl auf und übernimmt so eine Schutzfunktion bei der Durchführung der Maßnahmen. Würden die beteiligten Behörden ihre Kontrollen jeweils einzeln durchführen, wäre somit seitens der Polizei ein ungleich größerer Personalaufwand erforderlich. Aber nicht nur Schutz und Bündelung von Kompetenzen stellen einen Mehrwert dar. Die Akteur*innen können sich zudem wechselseitig beraten, wie in der Situation vor Ort zu verfahren ist. Gerade dann, wenn die Sachlage aus der Perspektive einer Behörde nicht ganz eindeutig ist, können sich die Behörden mit ihren unterschiedlichen Expertisen wechselseitig beraten oder zum Teil auch ad hoc weitere Informationen beschaffen.

Hinsichtlich der Kooperation ist zunächst bemerkenswert, dass es den Verantwortlichen gelungen ist, Mitarbeiter*innen aus unterschiedlichen Behörden zur gleichen Zeit und am gleichen Ort zusammenzuführen. Dies ist insbesondere auch deshalb positiv hervorzuheben, da die meisten Einsätze in den Abendstunden erfolgen, wenn in vielen Behörden bereits nicht mehr regulär gearbeitet wird. Hier war es teilweise erforderlich, die Dienstvorschriften in den Behörden anzupassen. Um die beteiligten Behörden angesichts der hohen Kontrollfrequenz nicht zu überlasten, erfolgt die Zusammensetzung der Teilnehmenden entsprechend der inhaltlichen Schwerpunkte der Einsätze. Die effektive Organisation wird zudem gewährleistet, indem die Vorbereitung der Einsätze durch eine kleine Gruppe von Akteur*innen erfolgt, während die anderen Behörden nur nach Bedarf um Amtshilfe und Teilnahme gebeten werden.

Um einen möglichst großen Mehrwert aus den Einsätzen zu ziehen, werden nicht nur die Einhaltung verschiedener Vorschriften kontrolliert, sondern auch mehrere Objekte hintereinander oder parallel aufgesucht. In der Durchführung selbst herrscht dabei eine klare Rollenaufteilung. Neben den fachlichen Rollen, die die eigentlichen Kontrolltätigkeiten durchführen, gibt es vor Ort eine kleine Gruppe von Personen, die den Einsatz koordinieren und dazu in einem engen kollegialen Austausch stehen. Schließlich werden die Schwerpunkteinsätze öfter von Medienvertreter*innen oder Wissenschaftler*innen begleitet. Um diesen vor Ort das Geschehen erklären zu können, um Fragen zu beantworten und um einen sicheren Zugang zu den untersuchten Objekten zu gewährleisten, wird ihnen ein*e Ansprechpartner*in der Polizei zur Seite gestellt.

Aus strategischer Sicht erfolgt die Auswahl der zu kontrollierenden Objekte und die Durchführung der Maßnahme durch die hauptverantwortlichen Akteur*innen im Vorfeld. Hinzugezogene Behörden haben dabei zudem teilweise auch die Möglichkeit eigene Objekte aufgrund ihrer Daten und Erkenntnisse

vorzuschlagen. Vor Ort unterstützen sich die verschiedenen Behörden gegenseitig in der Durchführung. Dies erfolgt zum einen durch Bündelung ihrer Kompetenzen, wodurch umfassendere und vor allem nicht zeitversetzte Kontrollen ermöglicht werden. Zum zweiten durch die gemeinsame Erörterung der akuten Situation vor Ort. Durch den wechselseitigen Austausch ihrer Expertisen gelangen sie nicht nur zu einer besseren Lageeinschätzung, sondern können Entscheidungen auch unter Berücksichtigung eines breiteren Spektrums an Perspektiven und Gesichtspunkten treffen.

Hinsichtlich der Zusammenarbeit fiel zudem auf, dass unter den beteiligten Akteur*innen ein offenes und vertrauensvolles Kooperationsklima herrschte. Die Beteiligten hielten untereinander enge Absprachen und diskutierten die Situation und weitere Maßnahmen vor Ort. Dabei waren die Verantwortlichen bestrebt, alle Beteiligten aktiv zu hören und einzubeziehen. Viele der Beteiligten kannten sich bereits aus früheren gemeinsamen Einsätzen und hatten offensichtlich ein gutes persönliches Verhältnis zueinander. Dies spricht für ein gutes Vertrauensverhältnis zwischen den Akteur*innen, was als ein entscheidender Gelingensfaktor für kooperatives Arbeiten angesehen werden kann. Dass die Zusammenarbeit auf der kulturellen Ebene derart gut funktioniert, überrascht nicht, da wie oben bereits beschrieben unter den Nordneuköllner Akteur*innen, die im Bereich der Sicherheitsproduktion tätig sind, generell ein gutes Kooperationsklima herrscht.

Zusammenfassend lassen sich somit folgende Erfolgsfaktoren herausarbeiten:

- Ressortübergreifendes Bündnis unterschiedlicher Behörden mit komplementären Kompetenzen und Expertisen
- Entlastung der einzelnen Behörden durch flexible Zusammenstellung der Teilnehmer*innen
- Kleines, gut vernetztes Koordinationsteam ermöglicht eine schnelle und flexible Einsatzplanung bei gleichzeitig hoher Maßnahmenfrequenz
- Vertrauensvolle und offene Lagebesprechungen vor Ort, aufgrund ausgeprägter Kooperationskultur und hoher Bereitschaft aller Akteur*innen, auf Augenhöhe zu kommunizieren

4 Gelingensbedingungen und Handlungsempfehlungen

Die Untersuchungen haben gezeigt, dass die ressortübergreifende Zusammenarbeit im Fallstudiengebiet bereits sehr gut entwickelt ist. Lediglich die vertikale Integration ist teilweise noch ausbaufähig. Das Finden von Ansprechpartner*innen und Unterstützung sollte nicht von den persönlichen Netzwerken einzelner Mitarbeiter*innen abhängen, sondern allen engagierten Akteur*innen möglich sein. Deutlich geworden ist aber auch, dass die Zusammenarbeit zwischen den Akteur*innen kein Selbstläufer ist. Vielmehr hat sich gezeigt, dass sowohl auf der Beziehungsebene als auch hinsichtlich der Strukturen der Zusammenarbeit die notwendigen Gelingensbedingungen geschaffen werden müssen.

4.1 Gelingensbedingungen auf der Beziehungsebene

Vertrauen: Damit die Zusammenarbeit gelingen kann, ist ein gutes Vertrauensverhältnis zwischen den Kooperierenden erforderlich. Dies zeigt sich deutlich am Beispiel der Zusammenarbeit zwischen Vertreter*innen der Polizei und der Sozialen Arbeit. Vorurteile oder schlechte Erfahrungen mit Einzelnen können den Vertrauensaufbau und die Zusammenarbeit mit der Organisation als Ganzes schnell erschweren. Dem Aufbau und der kontinuierlichen Pflege von Vertrauen kommt daher eine besondere Bedeutung zu. Am besten lässt sich dieser durch kontinuierliche Zusammenarbeit über einen längeren Zeitraum und mit den gleichen Personen etablieren. Vertrauen wächst dabei optimalerweise durch gemeinsame Erlebnisse, Herausforderungen oder Maßnahmen. Zugleich sollten alle Beteiligten entsprechender Kooperationen für die Anliegen und Kritik der Anderen offen sein und diese in die eigenen

Organisationen hineinragen. Dies setzt gleichwohl voraus, dass die Repräsentant*innen über hinreichend Einfluss verfügen, um Ressourcen zu mobilisieren oder Verhaltensänderungen herbeizuführen.

Umgangs- und Kommunikationsregeln: Am Beispiel der Zusammenarbeit mit Vertreter*innen der Polizei ist zudem deutlich geworden, welche Rolle der regulative Rahmen spielt. Auf der einen Seite hat sich gezeigt, dass entsprechende Regeln ein Hindernis für die Zusammenarbeit sein können, wenn sie Kommunikation und damit den Aufbau von Vertrauen zwischen den Akteur*innen erschweren. Hier sind vor allem das Zuständigkeitsprinzip, das Legalitätsprinzip und der Datenschutz zu nennen. Um diese Hindernisse zu umgehen, hat sich die frühzeitige Vereinbarung von Kommunikations- und Informationsaustauschregeln bewährt. Wichtig ist insbesondere, dass alle Akteur*innen frühzeitig ihre Grenzen und Vorschriften transparent kommunizieren und der Umgang mit sensiblen Daten verbindlich abgesprochen wird. Neben Vereinbarungen zu Dingen, über die nicht gesprochen werden soll, kann dies auch bedeuten, dass einvernehmliche Wege gefunden werden, diese Grenzen zu erweitern. Dies kann im Einzelfall z.B. durch Entbindungen von der Schweigepflicht durch die betroffenen Personen erfolgen. Neben den Grenzen des Informationsaustauschs ist aber auch wichtig, dass der Umgang der Akteur*innen untereinander auf Augenhöhe und größtmöglicher Offenheit und Fairness erfolgt.

Gestaltungsspielräume: Der Mehrwert kooperativer, sozialraumorientierter Zusammenarbeit besteht insbesondere darin, individuelle Kompetenzen zu bündeln, um gemeinsam neue Lösungen zu finden. Sind die Beteiligten dabei stets gezwungen, gemeinsam ausgehandelten Entscheidung und Vereinbarungen zur Arbeitsteilung, jedes Mal durch die eigene Herkunftsorganisation abzusichern, kommen Kooperationen schnell an ihre Grenze, wenn sich die Kommunikations- und Überzeugungsarbeit dadurch vervielfacht. Daher benötigen die Kooperierenden ausreichend Gestaltungsspielräumen und ein Mindestmaß an Ressourcen, um sich teilautonom in der Zusammenarbeit engagieren und Zusagen machen zu dürfen. Wie gut dies funktionieren kann, wurde am Beispiel der Suchthilfe deutlich. Die Beteiligten können dort in begrenztem Umfang verbindliche Zusagen und Unterstützungsangebote machen. Erst dadurch wird es möglich, dass sich die Kompetenzen der organisierten Akteur*innen wechselseitig ergänzen und die Akteur*innen als Dienstleister*innen oder wichtige Informationsquelle zusammenarbeiten können. Am Beispiel der Zusammenarbeit mit Schulen kann man wiederum sehen, dass dort, wo diese Freiräume fehlen, in der Regel nur dann intensivere Zusammenarbeit stattfindet, wenn sich besonders engagierte Einzelpersonen finden, die bereit sind, sich freiwillig und unbezahlt zu engagieren. In der Praxis zeigt sich dies jedoch nicht nur in den Schulen. Ganz generell ist in den Interviews deutlich geworden, dass ein besonderes Engagement einzelner Beteiligter in vielen Fällen noch immer der Motor ist, um die Zusammenarbeit am Leben zu erhalten. Solange sich dies nicht ändert und die Kooperierenden mit ausreichend Gestaltungsspielräumen ausgestattet werden, wird die quartiersorientierte kooperative Sicherheitsproduktion auch weiterhin auf das Engagement einzelner angewiesen bleiben und im Falle eines Ausscheidens der entsprechenden Personen in vielen Fällen zum Erliegen kommen.

4.2 Strukturelle Gelingensbedingungen

Stellen Vertrauen, gemeinsame Regeln und Gestaltungsspielräume auf der Beziehungsebene eine wichtige Grundlage dar, lässt sich die Wahrscheinlichkeit erfolgreicher, quartiersorientierter Zusammenarbeit aber auch durch eine Reihe struktureller Voraussetzungen weiter steigern. Nachfolgend sollen aus den „Gute Praxis Beispielen“ noch einmal die wichtigsten Gelingensbedingungen zusammenfassend dargestellt werden. Dies kann hier nur in stark verkürzter Form erfolgen. Eine detailliertere und weiterführende Darstellung der Handlungsempfehlungen wurde im Rahmen des Projekts im Handbuch Quartiersbezogene Sicherheitsproduktion (Hahne e.a. 2021) veröffentlicht:

4.2.1 Bezirklicher Rahmen

Ressortübergreifende & ebenenübergreifende Zusammenarbeit: Arbeiten Akteur*innen aus unterschiedlichen Behörden bzw. mit unterschiedlichen Kompetenzen, Ressourcen und Entscheidungsbefugnissen eng zusammen, ergeben sich aus der engen Verzahnung der Ressorts oftmals innovative Lösungsansätze, eine breiteres und vielfältigeres Bild der Situation vor Ort sowie meist große Synergien bei der Bewältigung kommunaler und quartiersspezifischer Problemlagen. Entsprechende Synergien können sich sowohl auf den Personal- und Ressourceneinsatz beziehen, als auch auf die Durchsetzung von Entscheidungen. Dasselbe gilt auch auf der Ebene der lokalen Akteur*innen. Wo diese sozialraumorientiert zusammenarbeiten entstehen oft innovative Ansätze zur Verbesserung der Situation vor Ort. Gleichwohl bleibt es in vielen Fällen bei gutgemeinten Vorschlägen, da die Umsetzung nicht selten auf Unterstützung durch die öffentliche Verwaltung oder Politik angewiesen ist. Sei es, um Vorhaben zu legitimieren oder um finanzielle Unterstützung zu erhalten. Entsprechend wichtig ist nicht nur die horizontale Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungen auf der einen und den lokalen Akteur*innen auf der anderen Seite. Vielmehr bringt oft erst die vertikale, ebenenübergreifende Zusammenarbeit wirkungsvolle Maßnahmen für die Probleme vor Ort. Gerade den vielen lokalen Akteur*innen fällt es jedoch schwer, die entsprechenden Kontakte eigenständig zu etablieren. Sei es aufgrund der hohen Arbeitsbelastung, geringer Ressourcen oder mangelnder Gelegenheiten entsprechende Kontakte in die Politik oder Verwaltung zu etablieren. Auch hier kommt den Schnittstellenakteur*innen eine zentrale Rolle für die ebenenübergreifende Arbeit zu. Oft werden erst durch sie aus guten Ideen realisierbare Projekte.

Schnittstellenakteur*innen: Ein wesentlicher Erfolgsfaktor von Sicherheitskooperationen liegt in der Zusammenarbeit von kommunalen Behörden, lokalen organisierten Akteur*innen und der Bevölkerung. Gleichwohl sind deren Interessen und Handlungslogiken nicht immer im Einklang miteinander. Auch bestehen häufig nur wenige Kontakte zwischen den Ebenen und die Vernetzung bedarf intensiver Kommunikationsarbeit und Beziehungspflege. Dies ist durch die Akteur*innen selbst in der Regel nicht zu leisten. Daher kommt Schnittstellenakteur*innen wie Quartiersmanagements, Sozialraumkoordinierenden, Kontaktbereichsbeamt*innen oder den Migrationsbeauftragten eine besondere Rolle zu. Sie sollen wichtige Kontakte in beide Richtungen knüpfen und pflegen. Hierzu gehört z.B. die Anliegen der Bevölkerung und lokal organisierten Akteur*innen in die Verwaltung zu tragen und umgekehrt die lokalen Akteur*innen zu den politischen Leitlinien, behördlichen Rahmenbedingungen und Fördermöglichkeiten zu beraten. Gleichwohl setzt auch dies voraus, dass hinreichend Kompetenzen, Personal und finanzielle Ressourcen für die Koordinationsarbeit zur Verfügung stehen, um den Schnittstellenakteur*innen die Möglichkeit zu geben, den formellen wie informellen Kontakt zu den Akteur*innen in den Sozialräumen aktiv zu pflegen.

Ganzheitliche Lösungsansätze: Verweisen horizontale und vertikale Zusammenarbeit auf die Notwendigkeit mit anderen Akteur*innen zu kooperieren, soll mit dem Hinweis auf ganzheitliche Lösungsansätzen noch einmal verdeutlicht werden, dass Sicherheit mehr ist, als nur die Verfolgung von Straftaten. Einerseits, weil für das Sicherheitsempfinden der Menschen vor Ort Unordnungsphänomene wie z.B. „Betrunkene, Jugendliche, die die Gegend unsicher machen oder einfach nur herumstehen, Hausierer, heruntergekommene Häuser, Autowracks, offener Konsum illegaler Drogen, Alkoholkonsum auf offener Straße, Graffiti, zerstörte Telefonzellen oder Bushaltestellen“ (Hohage 2004: 79) weitaus größere Bedeutung haben, aber auch weil repressive Maßnahmen allein meist keine Verbesserung der Sicherheitslage bringen. Vielmehr ist eine abgestimmte Verzahnung von Prävention, Intervention, städtebaulichen Maßnahmen sowie die Stärkung der nachbarschaftlichen Beziehungen und der Bürger*innen vor Ort entscheidend, um eine nachhaltige Verbesserung zu erzielen. Maßnahmen sollten

dabei alle Betroffenen und Beteiligten einbeziehen und sowohl Täter*innen als auch ihre Opfer zu Wort kommen lassen.

Handlungsempfehlungen:

Um die vertikale Integration zu verbessern, wird empfohlen den Ausbau von Schnittstellenstrukturen wie phänomen- und raumbezogenen Koordinatoren und Steuerungsrunden weiter ausbauen. Parallel sollte der Aufbau einer zentralen, institutionalisierten Anlaufstelle für Prävention und Sicherheit nachgedacht werden. In einigen Bezirken firmieren entsprechende Gremien als Präventionsräte. Beim Aufbau eines entsprechenden Gremiums kommt es jedoch ganz entscheidend darauf an, die Quartiersorientierung entsprechend der Prinzipien der kommunalen Kriminalprävention nicht aus den Augen zu verlieren. In der Vergangenheit hat sich dies in vielen Kommunen wieder und wieder gezeigt. Kommunale Präventionsräte scheitern, wenn es ihnen nicht gelingt eine gewisse Unabhängigkeit von der Politik zu wahren, sie über kein umfassendes vertikales Kooperationskonzept verfügen und persönliche Vorurteile oder Konkurrenzdenken die Berücksichtigung wichtiger Akteur*innen verhindern. Um ganzheitliche Lösungsansätze voranzutreiben wird daher empfohlen, Akteur*innen mit unterschiedlichen Expertisen und aus unterschiedlichen Ressorts einzubeziehen auch wenn dies bedeutet, dass zunächst in den Vertrauensaufbau investiert werden muss. Insbesondere sollten in Neukölln die Beteiligungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteure und engagierte Bürger mit Migrationshintergrund erweitert werden.

4.2.2 Gremienstruktur

Professionelle Koordination: Für die praktische Zusammenarbeit der Kooperationspartner*innen ist zudem zielführend, dass sie auf einer professionellen Koordination aufbaut. Idealerweise steht den Beteiligten dazu eine eigene Koordinations- oder Geschäftsstelle zur Verfügung, die mit ausreichend Personalmitteln ausgestattet ist, um Arbeiten wie die inhaltliche und organisatorische Vor- und Nachbereitung von Gremiensitzungen, Öffentlichkeitsarbeit, Kontaktpflege oder die Öffentlichkeitsarbeit zu übernehmen.

Zielorientierte Gremienstruktur: Neben den bisher genannten allgemeingültigen Gelingensbedingungen bedarf jede Kooperation immer auch individueller Anpassungen an die Ziele und gemeinsamen Aufgaben der Beteiligten. Gelingende Kooperation erfordert daher, dass zwischen allen Beteiligten ein Grundkonsens über die Ziele und Aufgaben in der Zusammenarbeit besteht. Zu klären ist daher bspw. ob es vor allem um den Informationsaustausch, die Entwicklung gemeinsamer Maßnahmen oder gar um die gemeinsame Zusammenarbeit vor Ort? Erst auf dieser Grundlage können die Gremienstrukturen und Inhalte an die Bedarfe der Kooperationen angepasst werden. So sollten etwa Kooperationen, die gemeinsame Maßnahmen planen auf eine kleinere Zahl an Teilnehmenden begrenzt werden, während Kooperationen mit einem Fokus auf den Informationsaustausch und die Situationsanalyse mit deutlich mehr Teilnehmenden ebenfalls gut funktionieren können. Darüber können für die individuelle Ausgestaltung Aspekte wie Frequenz und Dauer, personelle Zusammensetzung, Aufteilung in Arbeitsgruppen oder Fokussierung der Sitzungsinhalte nach den Kernaufgaben wichtige Stellschrauben für eine optimale Zusammenarbeit sein.

Handlungsempfehlungen:

Bei der Etablierung neuer Kooperationsgremien wird empfohlen geteilte Ziele frühzeitig zu identifizieren und die Strukturen der Kooperation daran auszurichten. Dabei sollte die Vor- und Nachbearbeitung

sowie die Durchführung durch professionelle und fachlich qualifizierte Koordinatoren erfolgen. Die Koordinationsfunktion sollte dabei angemessen in den Stellenprofilen der Rollenträger hinterlegt sein.

4.2.3 Gremienarbeit

Situationsanalyse: Erfolgreiche kooperative Sicherheitsproduktion gründet auf einem guten Verständnis der Situation vor Ort. Dazu gehört nicht nur zu wissen, wo sich bestimmte Formen der Kriminalität oder Unordnungsphänomene („incivilities“) häufen, sondern auch, was die lokalen Ursachen sind. Schließlich gehört zu einer guten Situationsanalyse auch zu wissen, welche Ressourcen und Kompetenzen in den Quartieren vorhanden sind. Um diese Informationen zusammenzutragen, sollten die Akteur*innen vor Ort sowohl auf aktuelle Zahlen der Kommune oder der Polizei zugreifen können, als auch das Wissen und die Einschätzungen der lokalen organisierten Akteur*innen und der Bevölkerung berücksichtigen.

Lösungsorientiertes Arbeiten: Zum Erfolg der Zusammenarbeit trägt bei, dass die Kooperierenden bereit und in der Lage sind lösungsorientiert zu arbeiten. Insbesondere zwischen den Behördenvertreter*innen bedeutet dies, das Zuständigkeitsprinzip zu überwinden. Dies muss gleichwohl nicht bedeuten, dass sich alle Beteiligten gleichermaßen an der Lösung eines Problems beteiligen sollen. Zumindest sollte jede*r Beteiligte aber einen Beitrag zur Verkürzung der Wege in den eigenen Behörden leisten. Das heißt vor allem, im Bedarfsfall die richtigen Ansprechpartner*innen in den eigenen Institutionen zu vermitteln und bei der Mobilisierung von Ressourcen und Zustimmung durch die Behördenleitungen zu unterstützen.

Pilotprojekte: In vielen Kommunen herrscht oft eine gewisse Skepsis gegenüber einer intensiven Kooperation zwischen den Ressorts. Oft besteht die Sorge, dass dadurch vor allem Mehrarbeit generiert wird. Das Beispiel der Task Force Okerstraße hat daher gezeigt, wie wichtig die Durchführung eng abgegrenzter Pilotprojekte mit einem dringlichen Problem und einem klaren Auftrag sind, um neue Formen der Zusammenarbeit zu erproben und Skeptiker*innen von der Wirksamkeit zu überzeugen.

Handlungsempfehlungen:

Um in den Kooperationsgremien effektiv und lösungsorientiert arbeiten zu können wird empfohlen, dass die beteiligten Institutionen die Mitarbeitenden, die sie in die Kooperationen entsenden, mit hinreichend Gestaltungsspielräumen und ausreichend Arbeitszeit ausstatten. Kooperation kann nicht nebenbei erfolgen, sondern braucht eigene Ressourcen. Um den Ressourceneinsatz zu begrenzen, sollten innovative Konzepte zunächst als Pilot- oder Leuchtturmprojekte in ausgewählten Quartieren erprobt werden. Schließlich sollte in allen Projekten die Situationsanalyse nicht außer Acht gelassen werden. Zu oft agieren die Akteur*innen angesichts knapper Ressourcen, ohne die Hintergründe der Probleme vor Ort genau zu kennen. Anstatt passender Lösungen werden meist schnell und einfach umzusetzende Aktionen realisiert, die in vielen Fällen keinen nachhaltigen Effekt haben.

Literaturverzeichnis

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2020: Einwohnerinnen und Einwohner im Land Berlin am 31. Dezember 2019. Statistischer Bericht A I 16 – hj 2/19.

BKA (Hg.) (2019): Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2017: Opfererfahrungen, kriminalitätsbezogene Einstellungen sowie die Wahrnehmung von Unsicherheit und Kriminalität in Deutschland. Wiesbaden.

Hahne, Michael; Burgold, Julia, Lorenz, Jan Wilhelm (2021): Quartiersorientierte kooperative Sicherheitsproduktion. In: Stiftung DFK; SiQua (2021): Handbuch Quartiersorientierte kooperative Sicherheitsproduktion. Bonn

Hirtenlehner, Helmut; Hummelsheim-Doss, Dina (2015): Kriminalitätsfurcht und Sicherheitsempfinden: Die Angst der Bürger vor dem Verbrechen (und dem, was sie dafür halten). In: Nathalie Guzy, Christoph Birkel und Robert Mischkowitz (Hg.): Viktimisierungsbefragungen in Deutschland Teil: Band 1., Ziele, Nutzen und Forschungsstand. Wiesbaden: Bundeskriminalamt (Polizei + Forschung), S. 458–487.

Polizei Berlin- Landeskriminalamt (2020): Kriminalitätsatlas Berlin. Der Polizeipräsident in Berlin, Landeskriminalamt LKA St 14.

Russo, Silvia; Roccato, Michele (2010): How long does victimization foster fear of crime? A longitudinal study. In: Journal of Community Psychology 38 (8), S. 960–974.

Schütte, Patricia M.; Wendekamm, Michaela (2019): Sicherheitsproduktion in unübersichtlichen Zeiten. In: Nicole Burzan (Hg.) 2019: Komplexe Dynamiken globaler und lokaler Entwicklungen. Verhandlungen des 39. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Göttingen 2018. 39.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin (2017a): Monitoring Soziale Stadtentwicklung, Index-Indikatoren nach Status und Dynamik – Anteilswerte auf Ebene der Planungsräume 2016. http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/de/2017/tabellen.shtml. [09.04.2020].

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin (2017b): Monitoring Soziale Stadtentwicklung, Kontext-Indikatoren auf Ebene der Planungsräume. http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/de/2017/tabellen02.shtml. [09.04.2020].

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (2021): Geoportal Berlin/ WebAtlas Berlin. Nutzung nach dl-de/by-2-0. https://fbinter.stadt-berlin.de/fb/index.jsp?pluginkey=zoom-start&mapId=k_webatlasberlin@senstadt&bbox=392029,5814147,394846,5815855. [12.05.2021].

Stiftung DFK; SiQua (2021): Handbuch Quartiersorientierte kooperative Sicherheitsproduktion. Bonn #

Statistisches Bundesamt (2020): Glossar: Migrationshintergrund. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Glossar/migrationshintergrund.html>. [07.04.2020].